

2024

Beteiligungsbericht



Der Kreis Groß-Gerau

Herausgeber:
Kreisausschuss Groß-Gerau,
Wilhelm-Seipp-Str. 4,
64521 Groß-Gerau

Verfasser:
Zentrale Dienste / Beteiligungsmanagement

aufgestellt:
November 2025

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Landrats	4
Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5
Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	6
Beteiligungsbegriff	8
Rechts- und Organisationsformen kommunaler Unternehmen	9
Zusammengefasste Unternehmensdaten	13
Gesamtübersicht (Stand: Dezember 2024).....	15
Teilübersicht Riedwerke (Stand: Dezember 2024).....	16
Gegenüberstellung der Segmente	17
Eigenbetriebe	19
Kreisvolkshochschule Groß-Gerau	20
Eigenbetrieb Rettungsdienst	25
Kapitalgesellschaften	29
Kreisklinik Groß-Gerau GmbH	30
MVZ Kreis Groß-Gerau GmbH.....	33
Projektmanagement Schulsanierung Kreis Groß-Gerau GmbH	35
Technologie-, Innovations- und Gründungszentrum GmbH	38
AVM gGmbH	45
EnergieTechnik Rhein-Main GmbH.....	49
Zweckverbände	55
Riedwerke Kreis Groß-Gerau.....	56
AWS Abfall-Wirtschafts-Service GmbH.....	63
AWS Abfall-Wirtschaftszentrum Südhessen GmbH	66
Riedwerke Versorgungs GmbH	69
Lokale Nahverkehrsgesellschaft mbH des Kreises Groß-Gerau	72
VerkehrsService GmbH Groß-Gerau	77
SAVAG Südhessische Abfall-Verwertungs-GmbH	81
Hessenwasser GmbH & Co. KG	86
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	92
ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG.....	96
ÜWG Stromnetze Verwaltungs GmbH	100
Rohstoff- und Verwertungs-Zentrum Südhessen GmbH	103
Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.....	107
Kreissparkasse Groß-Gerau	108

Kommunales Jobcenter Kreis Groß-Gerau	115
Anhang.....	121
Anlage 1 Begriffserläuterungen.....	121
Anlage 2 Kennzahlen.....	125
Anlage 3 Mitgliedschaften und sonst. Vereinigungen	126
Anlage 4 Übersicht der Wirtschaftsprüfer.....	128

Vorwort des Landrats

Liebe Bürger*innen,

der vorliegende Lesestoff gibt Ihnen einen Eindruck davon, in welcher vielfältigen Art und Weise der Kreis Groß-Gerau und die dazugehörigen Beteiligungsunternehmen Dienstleistungen für die Bürger*innen erbringen.

Im Kreis Groß-Gerau lässt es sich gut leben, arbeiten und lernen. Der Kreis punktet mit modernen Schulen und verfügt über ein eng geknüpftes soziales Netz und hervorragende Möglichkeiten für Freizeit und Naherholung. Auch bei den Themen Ver- und Entsorgung sind wir gut aufgestellt, so können wir seit über zehn Jahren die Gebühren in der Abfallentsorgung stabil halten. Die Beteiligungen des Kreises tragen dazu bei, dass der Landkreis Groß-Gerau lebens- und liebenswert bleibt.

Als Landrat ist es mir besonders wichtig, dass sich die Einrichtungen, an denen der Kreis Beteiligungen hält, so weiterentwickeln, dass sie den künftigen Herausforderungen gewachsen sind. Sie sollen kundenorientiert und transparent ihre Aufgaben erfüllen.

Herausforderungen gibt es aktuell viele. Versorgungsengpässe, schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, nicht auskömmliche Finanzierung durch Bund und Land und Maßnahmen für den Klimawandel sind nur einige Beispiele, mit denen sich die Beteiligungen tagtäglich konfrontiert sehen. Unsere Beteiligungen sind grundsätzlich gut aufgestellt und ich bin davon überzeugt, dass wir im Kreis Groß-Gerau auch diese Herausforderungen meistern werden. Themen wie der Ausbau der erneuerbaren Energien, Klimaschutz und ressourcenschonendes Handeln beschäftigen uns schon lange im Kreis Groß-Gerau. Die Beteiligungen und der Kreis Groß-Gerau sind hier Impulsgeber und Innovator. Die Errichtung der Biovergärungsanlage, der Aufbau von Strukturen für die Wasserstoffversorgung und die Umstellung des ÖPNVs auf alternative Antriebe sind nur einige Beispiele hierfür.

In den Beteiligungen des Kreises waren im Jahr 2024 rund 1.900 Menschen beschäftigt.

Ein besonderer Dank gilt allen Mitarbeitenden in den Beteiligungsunternehmen, den Mitgliedern

der Geschäftsleitungen und der Aufsichts-gremien für ihre engagierte Arbeit.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und möchte Sie motivieren, uns Ihre Anregungen und kritischen Hinweise zum Bericht mitzuteilen. Damit unterstützen Sie uns bei der kontinuierlichen Weiterentwicklung dieses Informationsmediums.

Ihr



(Thomas Will)

Landrat



Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

Der vorliegende Beteiligungsbericht dient als Informationsgrundlage über die Beteiligungen des Kreises Groß-Gerau für die Kreisgremien, die Verwaltung und die Öffentlichkeit. Der Beteiligungsbericht des Kreises Groß-Gerau erfüllt die Anforderungen des §123a HGO. Berichtet wird über alle Beteiligungen an denen der Kreis zu mindestens 20 Prozent beteiligt ist.

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in vier wesentliche Teile.

Im **ersten Teil** werden allgemeine Informationen über die kommunalrechtlichen Voraussetzungen und der Beteiligungsbegriff erläutert.

Im **zweiten Teil** wird eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Kreises Groß-Gerau und des Zweckverband Riedwerke gegeben. Die wesentlichen Wirtschaftsdaten der Beteiligungen werden kompakt dargestellt.

Der **dritte Teil** stellt im Detail Informationen über die Beteiligungen des Kreises Groß-Gerau dar. Eine detaillierte Betrachtung wird für alle Kapitalgesellschaften, Eigenbetriebe, Zweckverbände, sowie Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (KöR + AöR), an denen der Landkreis mit **mindestens 20%** beteiligt ist, getätigt.

Die Darstellung der einzelnen Beteiligungen folgt in der Regel einer allgemeingültigen Struktur, die wie folgt aussieht:

- Name und Anschrift der Beteiligung
- Darstellung des Unternehmenszwecks
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks und wirtschaftliche Betätigung
- Beteiligungsverhältnisse
- Organe der Beteiligung
- Bezüge der Geschäftsführung und Gremien
- Ertrags-Vermögens- und Finanzlage
 - Bilanz
 - GuV
 - Auswirkungen auf den Kreishaushalt und Gewährung von Sicherheiten
 - Kennzahlen
- Auszug aus dem Lagebericht

Im Allgemeinen beziehen sich die wirtschaftlichen Daten auf das Jahr 2018. Die Besetzung der Gremien hat den Stand zum Dezember 2018. Bei Abweichungen von dieser Praxis wird gesondert darauf hingewiesen.

Der **vierte Teil** beinhaltet eine Erläuterung der Kennzahlen, eine Übersicht über Mitgliedschaften bei Vereinen und sonstigen Vereinigungen und eine Übersicht der Wirtschaftsprüfer.

Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 GG). Diese verfassungsrechtlich normierte Selbstverwaltungsgarantie räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein, d.h. das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung der Aufgaben zu geschehen hat.

Nach § 52 Abs. 1 HKO in Verbindung mit § 121 HGO eröffnet sich den Landkreisen die Möglichkeit, wirtschaftliche Unternehmen zu errichten, zu übernehmen oder wesentlich zu erweitern, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt;
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann (Subsidiaritätsvorbehalt).

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO gilt, dass Tätigkeiten, die vor dem 01.04.2004 ausgeübt wurden, ohne den Subsidiaritätsvorbehalt zulässig sind.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die gemäß ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung,
- bei der Wohnraumversorgung, sofern die bauliche Errichtung auf private Dritte beschränkt ist, der Energieversorgung bis zum Hausanschluss sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Dies bedeutet, dass nur Tätigkeiten, die nicht unter den Negativkatalog nach § 121 Abs. 2 HGO fallen, als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge genießen den besonderen Schutz des Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz.

Darüber hinaus wird in § 122 HGO festgelegt, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Neben den Voraussetzungen des § 121 HGO muss demnach gewährleistet sein, dass

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist;

- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält;
- der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB aufgestellt und geprüft werden kann.

Alle genannten Beteiligungsvoraussetzungen gelten entsprechend, wenn sich eine Gesellschaft, an der der Landkreis mit insgesamt mehr als 50% beteiligt ist, an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (vgl. §122 Abs. 5 HGO).

Ist die Gesellschaft nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet, darf der Landkreis die Gesellschaft nur dann gründen, oder sich an ihr beteiligen, wenn:

- die Voraussetzungen des § 122 HGO vorliegen und
- ein wichtiges Interesse des Landkreises an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

Beteiligungsbe­griff

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“, definiert.

Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 HGB im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten. Ob Anteile an einem Unternehmen eine Beteiligung darstellen, ist grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens. Eine Ausnahme stellt lediglich die eingetragene Genossenschaft dar. Die Mitgliedschaft in einer solchen ist nach § 271 Abs. 1 HGB keine Beteiligung im Sinne der Vorschriften über die Handelsbücher.

Ein etwas umfassenderer Beteiligungsbe­griff liegt offensichtlich den Vorschriften des Gemein­dewirtschaftsrechts zugrunde. So lässt sich aus der Zuordnung der Vorschrift des § 122 Abs. 6 HGO zu den Vorschriften über die „Beteiligungen an Gesellschaften“ schließen, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Genossenschaft als Beteiligung verstanden hat. In § 126 HGO ist zudem geregelt, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für die „Beteiligung an einer privatrechtlichen Vereinigung“ gelten. Dies kann zum Beispiel ein eingetragener Verein sein. Insofern setzt die Verwendung des Begriffs „Beteiligung“ offenbar nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsobjekt um ein Unternehmen in Sinne des § 271 Abs. 1 HGB oder des § 121 HGO handelt.

Als Beteiligungen gelten deshalb im Beteiligungsbericht alle Anteile an organisatorisch nicht zur Kreisverwaltung des Kreises Groß-Gerau gehörenden Unternehmen und Einrichtungen sowie die Mitgliedschaften in Vereinen. Als Beteiligungsobjekte kommen somit in Frage:

- Eigenbetriebe
- privatrechtliche Gesellschaften
- öffentlich-rechtliche Körperschaften
- öffentlich-rechtliche Anstalten
- Genossenschaften
- Vereine

Gemeinsames Merkmal dieser Beteiligungsobjekte ist, dass sie über eine eigenständige Buchhaltung verfügen. Dies kann in der Praxis auch als Abgrenzungskriterium für den Beteiligungsbe­griff herangezogen werden.

Ein Regiebetrieb stellt als rechtlich wie wirtschaftlich unselbständige Einrichtung kein Beteiligungsobjekt dar.

Die Einnahmen und Ausgaben eines Regiebetriebes werden durch die Buchhaltung der ihn tragenden Körperschaft erfasst.



Rechts- und Organisationsformen kommunaler Unternehmen

Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes). Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d. h. von der übrigen (Kreis-)Verwaltung getrennt (eigene Planung, Buchführung und Rechnungslegung sowie eigene Personalwirtschaft).

Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen und gelten als Sondervermögen des Kreises. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 EigBGes).

Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile zerlegte Stammkapital beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften (es besteht eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“).

Die Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem Gesellschaftsrecht freigestellt, jedoch für Gesellschaften mit kommunalen Beteiligungen wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO die Regel (Sicherung der Einflussnahme).

Die GmbH beruht auf einem Vertrag, der von dem/den Gesellschafter/n abgeschlossen wird (Gesellschaftervertrag).

Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)

Die gemeinnützige GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der besondere Steuervergünstigungen gewährt werden. Sie ist keine eigene Gesellschaftsform und unterliegt den Vorschriften des GmbH-Gesetzes. Die Inanspruchnahme der Steuervergünstigungen richtet sich nach den §§ 51 ff. der Abgabenordnung (AO).

Entsprechen Satzung und tatsächliche Geschäftsführung den Anforderungen des Gemeinnützigkeitsrechts, dann wird die gGmbH von bestimmten Steuern ganz oder teilweise befreit. Ihre Gewinne sind dann weitgehend gebunden, d. h. sie dürfen grundsätzlich nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, sondern müssen für den gemeinnützigen Zweck verwendet werden.

Die Verwendung des kleinen Buchstabens „g“ vor der Bezeichnung „GmbH“ ist eine firmenrechtliche Besonderheit, mit der auf eine gemeinnützige Betätigung der GmbH hingewiesen werden soll, zur Unterscheidung von der auf Gewinn zielenden, unternehmerischen Betätigung der GmbH.

Aktiengesellschaft

Aktiengesellschaften (AG) sind Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, also juristische Personen. Das sog. Grundkapital der AG ist in Aktien zerlegt. Die Aktionäre sind mit dem Nennbetrag ihrer Aktie am Grundkapital beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand (verantwortlicher Leiter der AG nach innen und außen), der Aufsichtsrat (Kontroll- und Überwachungsorgan) und die Hauptversammlung (Beschlussorgan).

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Regelungen und Formvorschriften vor. Für ergänzende/ individuelle Ausgestaltung des Vertragsverhältnisses der Aktionäre bleibt wenig Raum. Der Verselbstständigungsgrad der Gesellschaften gegenüber den Gesellschaftern ist als sehr weitgehend anzusehen.

Rechtlich selbständige Anstalten (Anstalten des öffentlichen Rechts)

Rechtlich selbständige Anstalten können durch die Kommunen nur aufgrund eines speziellen Gesetzes gebildet werden. Diese Rechtsform beschränkt sich in der kommunalen Praxis auf die nicht als privatrechtliche Gesellschaften organisierten Kreditinstitute, z. B. die Sparkassen. Die Kommunen sind die Gewährsträger der Sparkassen in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat, als Kontrollorgan.

Wie Zweckverbände führen die Sparkassen ihre Finanzwirtschaft eigenständig, wobei allerdings unter Beteiligung der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter vom Verwaltungsrat die Geschäftspolitik der Sparkasse als Richtlinie vorgegeben wird. Anders als bei den Zweckverbänden besteht jedoch keine personelle Verbindung zwischen dem Vorstand der Sparkasse und der sie tragenden Kommune.

Körperschaften

Die Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.) ist eine mitgliedschaftlich verfasste und unabhängig vom Wechsel der Mitglieder bestehende Organisation, die ihre Individualität als Rechtssubjekt nicht der Privatautonomie, sondern einem Hoheitsakt verdankt.

Körperschaften können aufgrund ihres Selbstverwaltungsrechts Regeln für ihre Mitglieder aufstellen. Dies geschieht durch Satzungen, welche die Mitglieder teilweise wesentlich in ihrer Freiheit einschränken. Als Körperschaften werden auch die sogenannten Verbandkörperschaften (höhere Kommunalverbände, Regionalverbände), wie z. B. der Landeswohlfahrtsverband, bezeichnet. Mitglieder können ausschließlich juristische Personen sein.



Zweckverbände

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen und wirtschaftlichen Erfüllung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen, zu deren Erledigung die Gemeinde oder der Landkreis berechtigt oder verpflichtet ist. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung.

Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand (Verwaltungsbehörde), der den Zweckverband vertritt, und die Versammlung (oberstes Organ), die gemäß Satzung über alle wichtigen Angelegenheiten entscheidet. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Weitere Rechts- und Organisationsformen

Daneben gibt es für kommunale Gebietskörperschaften weitere Möglichkeiten, spezielle Rechtsformen für Ihre Betätigungen zu wählen. Exemplarisch ist hier zum Beispiel ein rechtsfähiger Verein zu nennen, der auch eine privatrechtliche Organisationsform darstellt. Eine weitere Rechts- und Organisationsform stellen Genossenschaften dar. Im vorliegenden Beteiligungsbericht wird aufgrund von § 123a Abs. 1 HGO über diese Organisationsformen jedoch nicht berichtet.

Zusammengefasste Unternehmensdaten

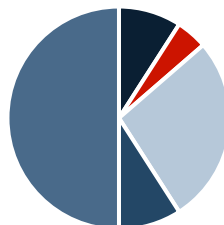
Beteiligung	Beteiligungsquote ¹	Eigenkapital (in Tsd. €)	Bilanzsumme (in Tsd. €)	Umsatz (in Tsd. €)	Beschäftigte
Eigenbetriebe					
Kreisvolkshochschule Groß-Gerau	-	2.111,9	3.172,1	3.814,2	43
Eigenbetrieb Rettungsdienst	-	50,0	2.327,9	3.932,7	47
		2.161,9	5.500,0	7.746,9	90
Kapitalgesellschaften					
Kreisambulanz Groß-Gerau GmbH	d: 100,0% i: 0,0% Σ: 100,0%	-	-	-	-
MVZ Kreis Groß-Gerau GmbH	d: 0,0% i: 100,0% Σ: 100,0%	-	-	-	-
Projektmanagement Schulsanierung Kreis Groß-Gerau GmbH	d: 51,0% i: 0,0% Σ: 51,0%	172,6	405,0	1.652,3	2
Technologie-, Innovations- und Gründungszentrum GmbH	d: 70,0% i: 12,0% Σ: 82,0%	843,4	1.680,2	364,9	5
AVM gGmbH	d: 20,0% i: 58,0% Σ: 78,0%	5.410,4	5.841,8	6.332,1	80
EnergieTechnik Rhein- Main GmbH	d: 33,3% i: 0,0% Σ: 33,3%	1.687,6	3.589,1	3.573,2	3
		8.114,0	11.516,1	11.922,5	90
Zweckverbände					
Riedwerke Kreis Groß- Gerau	-	14.223,2	78.646,0	38.200,4	27
AWS Abfall- Wirtschafts-Service GmbH	d: 0,0% i: 100,0% Σ: 100,0%	27.466,6	31.556,1	27.360,9	88
AWS Abfall- Wirtschaftszentrum Südhessen GmbH	d: 0,0% i: 100,0% Σ: 100,0%	242,1	247,7	-	0
Riedwerke Versorgungs GmbH	d: 0,0% i: 100,0% Σ: 100,0%	519,1	630,2	167,2	0



¹ d = direkt, i = indirekt, Σ = gesamt

Lokale Nahverkehrsgesellschaft mbH des Kreises Groß-Gerau	d: 0,0% i: 100,0% Σ:100,0%	458,6	16.805,4	7.296,5	37
VerkehrsService GmbH Groß-Gerau	d: 0,0% i: 100,0% Σ:100,0%	621,2	1.490,8	8.659,6	45
SAVAG Südhessische Abfall-Verwertungs-GmbH	d: 0,0% i: 33,33% Σ:33,33%	6.785,4	21.674,2	7.915,8	3
Hessenwasser GmbH & Co. KG	d: 0,0% i: 18,0% Σ: 18,0%	55.792,3	196.096,8	113.260,3	380
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	d: 0,0% i: 18,0% Σ: 18,0%	98,3	116,4	-	0
ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG	d: 0,0% i: 74,9% Σ: 74,9%	29.953,0	38.787,0	6.411,0	0
ÜWG Stromnetze Verwaltungs GmbH	d: 0,0% i: 74,9% Σ: 74,9%	40,1	49,9	-	2
Rohstoff- und Verwertungs-Zentrum Südhessen GmbH	d: 0,0% i: 50,0% Σ: 50,0%	320,2	721,3	3.657,3	0
		136.520,3	386.821,8	212.929,0	582
Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts					
Kreissparkasse Groß-Gerau	d: 100,0% i: 0,0% Σ:100,0%	154.744,0	4.245.216,7	111.879,8	540
Kommunales Jobcenter Kreis Groß-Gerau	d: 100,0% i: 0,0% Σ:100,0%	0,0	31.271,8	99,9	392
		154.744,0	4.276.488,5	111.979,7	932

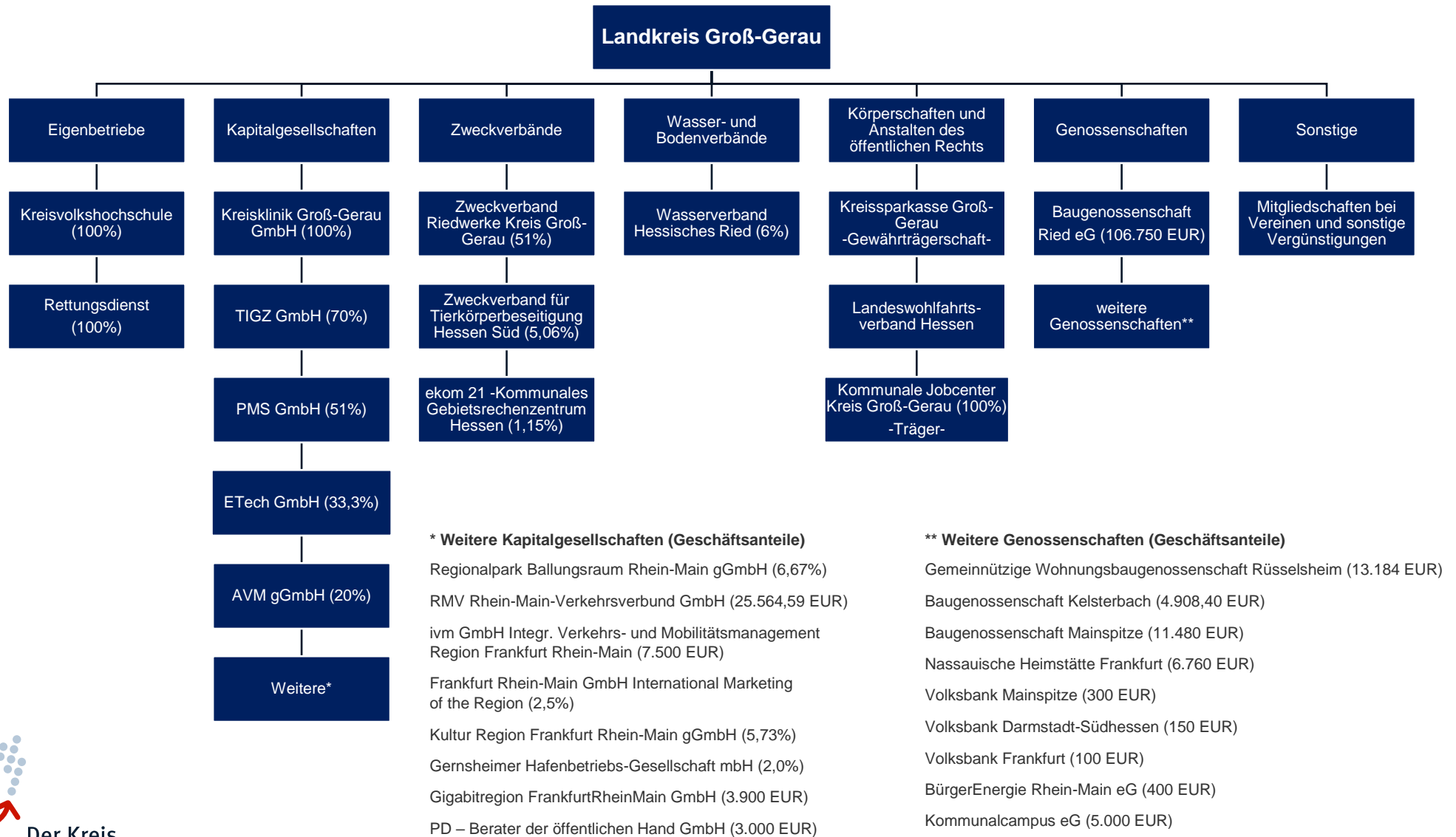
Anzahl der Beteiligungen nach Quote (gesamt)



■ Eigenbetriebe ■ Zweckverbände ■ > 50% ■ 20 - 50% ■ < 20% ■ Ohne wirt. Kapitalanteil



Gesamtübersicht (Stand: Dezember 2024)



*** Weitere Kapitalgesellschaften (Geschäftsanteile)**

- Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH (6,67%)
- RMV Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (25.564,59 EUR)
- ivm GmbH Integr. Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main (7.500 EUR)
- Frankfurt Rhein-Main GmbH International Marketing of the Region (2,5%)
- Kultur Region Frankfurt Rhein-Main gGmbH (5,73%)
- Gernsheimer Hafensbetriebs-Gesellschaft mbH (2,0%)
- Gigabitregion FrankfurtRheinMain GmbH (3.900 EUR)
- PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH (3.000 EUR)

**** Weitere Genossenschaften (Geschäftsanteile)**

- Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Rüsselsheim (13.184 EUR)
- Baugenossenschaft Kelsterbach (4.908,40 EUR)
- Baugenossenschaft Mainspitze (11.480 EUR)
- Nassauische Heimstätte Frankfurt (6.760 EUR)
- Volksbank Mainspitze (300 EUR)
- Volksbank Darmstadt-Südhessen (150 EUR)
- Volksbank Frankfurt (100 EUR)
- BürgerEnergie Rhein-Main eG (400 EUR)
- Kommunalcampus eG (5.000 EUR)

Teilübersicht Riedwerke (Stand: Dezember 2024)

Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau (Holding)

Verbandsversammlung

Kommunen	14 Stimmen
Kreis Groß-Gerau	15 Stimmen

Überlandwerk Groß-Gerau GmbH	
Riedwerke	5%
Stadtwerke Mainz AG	95%

ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG	
Riedwerke	74,9%
ÜWG Groß-Gerau GmbH	25,1%

ÜWG Stromnetz Verwaltungs GmbH	
Riedwerke	74,9%
ÜWG Groß-Gerau GmbH	25,1%

Abfall-Wirtschaftszentrum Südhessen GmbH	
Riedwerke	100%

AWS Abfall-Wirtschafts-Service GmbH	
Riedwerke	100%

SAVAG Südhessische Abfall-Verwertungs GmbH	
Riedwerke	25%
ZAS	25%
Meinhardt Städtereinigung	25%
RMD	25%

Rohstoff- und Verwertungszentrum Südhessen GmbH	
Riedwerke	50%
ZAS	50%

ETech EnergieTechnik Rhein-Main GmbH	
Riedwerke	33,3%
Überlandwerk Groß-Gerau GmbH	33,3%
Kreis Groß-Gerau	33,3%

AVM gGmbH	
Riedwerke	56%
Stadt Rüsselsheim	22%
Kreis Groß-Gerau	20%
Kommunales Jobcenter AöR	2%

Hessenwasser Verwaltungs GmbH	
Riedwerke	18%
Mainova AG	37%
HEAG	27%
ESWE Versorgungs AG	18%

Hessenwasser GmbH & Co. KG	
Riedwerke	18%
Mainova AG	37%
HEAG	27%
ESWE Versorgungs AG	18%

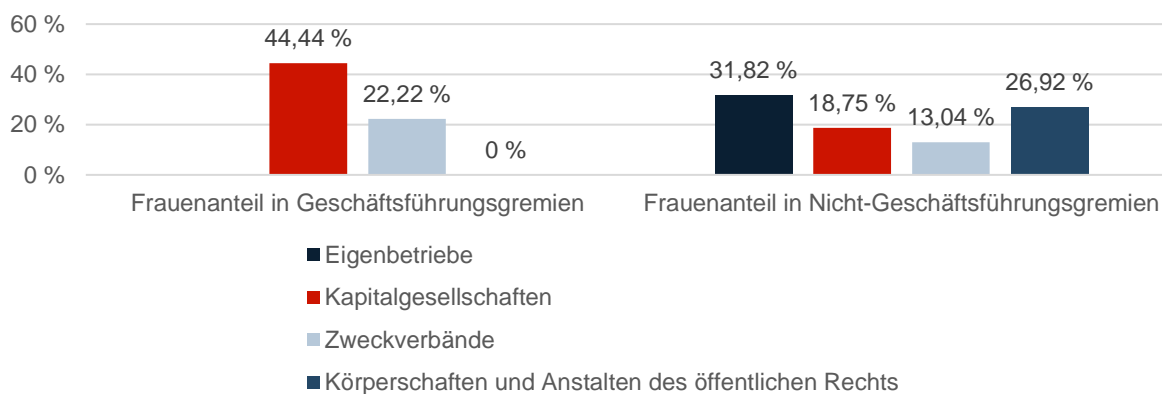
Riedwerke Versorgung GmbH	
Riedwerke	100%

LNVG Lokale Nahverkehrsgesellschaft mbH	
Riedwerke	100%

VerkehrService GmbH Groß-Gerau	
LNVG	100%

Gegenüberstellung der Segmente

Frauenanteil in den Gremien nach Segment



Eigenbetriebe

Kreisvolkshochschule Groß-Gerau

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Hauptstraße 1
64521 Groß-Gerau
Tel.: 061521870-0
Webseite: www.kvhsgg.de



Rechtsform: Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.1997

Stammkapital 26.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Planung, Organisation und Durchführung von allgemeinen, politischen, sozialen, kulturellen und beruflichen Bildungsveranstaltungen und Bildungsberatung zur Sicherstellung der Grundversorgung mit Weiterbildungsangeboten gemäß §§ 3 und 10 des Gesetzes zur Förderung der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens im Lande Hessen (HWBG).

Öffentlicher Zweck: Der Eigenbetrieb erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt, bzw. es besteht Bestandsschutz gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt der Eigenbetrieb keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Beteiligungsverhältnisse

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Betriebsleitung

Herr Dr. Stefan Hebenstreit Betriebsleitung

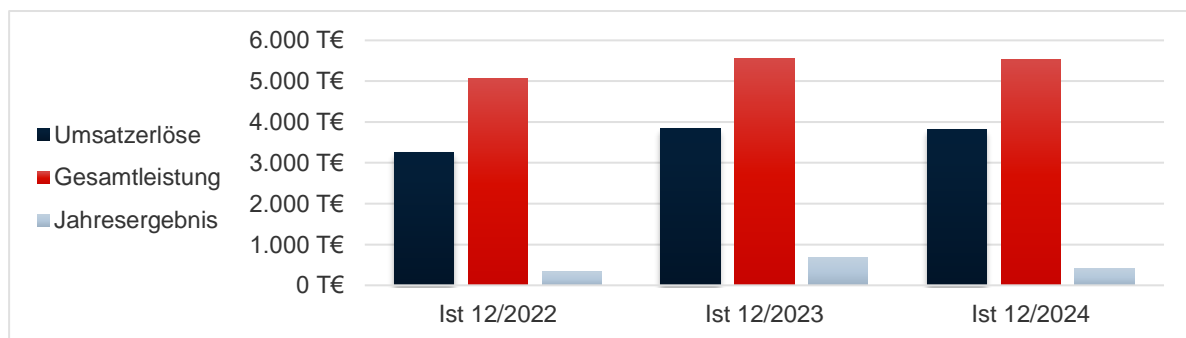
Betriebskommission

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau	Vorsitz
Frau Samreen Ahmed (bis 05.10.2024)	Personalrat	Mitglied
KTM Herr Marcel Baymus	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Bgm Herr Peter Burger	Stadt Gernsheim	Mitglied
Frau Silke Diesel (bis 05.10.2024)	Personalrat	Mitglied
Herr Jan Fischer (bis 05.10.2024)	Gemeinde Nauheim	Mitglied
Herr Harald Frick		Mitglied



Frau Dr. Eszter Füzéki (ab 07.10.2024)	Personalrat	Mitglied
Herr Gerhard Geipert	Gemeinde Biebesheim	Mitglied
Frau Dorothee Herberich	Stadt Raunheim	Mitglied
Frau Irmgard Horesnyi		Mitglied
Herr Ayhan Isikli		Mitglied
Herr Ingo Kalweit	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Roland Kappes (ab 07.10.2024)		Mitglied
Frau Sabine Kaus-Schmidt		Mitglied
KTM Herr Reiner Kiesel	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Bgm Herr Marcus Kretschmann	Stadt Riedstadt	Mitglied
Herr Bernd Körner		Mitglied
Bgm Herr Marcus Merkel	Gemeinde Büttelborn	Mitglied
Frau Ulrike Messerer (ab 07.10.2024)	Personalrat	Mitglied
Frau Helga Oehne		Mitglied
Herr Thies Puttnins-von Trotha		Mitglied
Frau Susanne Redlin (SPD)		Mitglied
Frau Doris Rendel		Mitglied
KTM Herr Matthias Roth	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Andreas Rotzinger		Mitglied
Herr Norbert Schaffner		Mitglied
Frau Josephine Wandt		Mitglied
Frau Sonja Wehner		Mitglied
Herr Bernd Wiederhold	Stadt Groß-Gerau	Mitglied

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	3.249	3.830	3.814
Sonstige betriebliche Erträge	11	11	425
Gesamtleistung	5.074	5.561	5.523
Materialaufwand	1.515	1.499	1.546
Personalaufwand	2.288	2.479	2.607
Sonstige betriebliche Aufwendungen	863	870	902
Abschreibungen	82	71	97
EBIT	325	642	371
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	45	50
EBT	332	686	420
Jahresergebnis	332	686	420

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	240	253	250
Umlaufvermögen	2.101	2.826	2.910
Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	13
Bilanzsumme	2.359	3.096	3.172
Passiva			
Eigenkapital	1.005	1.692	2.112
Rückstellungen	889	939	533
Verbindlichkeiten	329	303	295
Rechnungsabgrenzungsposten	135	163	232
Bilanzsumme	2.359	3.096	3.172

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	10,2	17,9	11,0
Materialaufwandsquote (in %)	29,9	26,9	28,0
Personalaufwandsquote (in %)	45,1	44,6	47,2
Finanzergebnis (T€)	6	45	49
Eigenkapital (T€)	1.005	1.692	2.112
Anlagendeckung I (in %)	419,4	668,5	846,0

Bezüge

Die Mitglieder der Betriebskommission erhielten im Berichtsjahr 753,00 € an Reisekostenerstattungen und Sitzungsgeldern.



Unter Anwendung der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB werden die Gesamtbezüge der Betriebsleitung nach § 285 Nr. 9a) HGB nicht angegeben.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 beliefen sich die Zuschüsse für den Eigenbetrieb Kreisvolkshochschule auf insgesamt 4,437 Mio. EUR (2024: 1,232 Mio. EUR; 2023: 1,597 Mio. EUR; 2022: 1,608 Mio. EUR)

Für die Folgejahre 2025-2027 sind folgende Zuschüsse geplant (lt. Haushaltsplan 2025/2026)

2025	2026	2027	Gesamt
1.540.200 EUR	1.499.900 EUR	1.701.900 EUR	4.742.000 EUR

Auszug aus dem Lagebericht

Chancen und Risiken

Leider bewahrheitet sich aktuell die im Lagebericht zum Jahresabschluss 2023 formulierte Sorge, das Geschäftsrisiko einer Abhängigkeit von Umsatzerlösen aus dem Projekt- und Maßnahmengeschäft werde sich grundlegend verschärfen, wenn aufgrund der Situation der öffentlichen Haushalte Projekt-Förderprogramme ausbleiben oder Mittelkürzungen bei maßnahmenvergebenden Stellen Ausschreibungen verhindern oder zumindest im Volumen reduzieren. Hieraus ergibt sich aktuell eine doppelte Unsicherheit, denn bei den sehr wenigen derzeit noch veröffentlichten Förderaufrufen zur Einreichung von Projektanträgen bzw. Maßnahmen-Ausschreibungen besteht schließlich nach wie vor das übliche Risiko, von einer Förderzusage bzw. Zuschlagserteilung im Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren abhängig zu sein.

Weiterhin kritisch zu verfolgen ist die bundesweite Debatte um den Rechtsstatus von Honorarkursleitern infolge des sog. „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts und der sich hierauf berufenden neuen Prüfpraxis der Deutschen Rentenversicherung (DRV Bund). Die von Bundestag und Bundesrat noch in der 20. Legislaturperiode verabschiedete Übergangsregelung für Lehrtätigkeiten und die entsprechende Versicherungspflicht ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Sie schafft zumindest bis 31. Dezember 2026 Klarheit und kann eine Grundlage dafür sein, künftig dauerhaft Planungs- und Rechtssicherheit für Bildungsträger zu gewährleisten.

Ebenso kritisch zu verfolgen ist nach wie vor Thema Umsatzsteuerbefreiung von Bildungsleistungen, da sich eine im Raum stehende Besteuerung auf die Bepreisung und damit womöglich auch auf Teilnehmerzahlen auswirken würde. In Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz und den kommunalen Spitzenverbänden bringt sich der Deutsche Volkshochschulverband mit juristischen Stellungnahmen gegenüber dem Bundesfinanzministerium in die aktuelle Debatte ein. Ziel ist weiterhin eine europarechtskonforme Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung für VHS-Kurse und andere Bildungsangebote.

In der strategischen Ausrichtung der KVHS gilt es an die erfreuliche Entwicklung der Leistungskennzahlen anzuknüpfen und die angestoßenen Themen (Generationenwechsel, Erschließung neuer Zielgruppen, Neustrukturierung der Semesterprogramme) weiterzuverfolgen. Die Deckungsbeiträge werden im Spagat zwischen der Konzeption Anlage IV / 9 und



Durchführung neuer wohnortnaher Bildungsangebote einerseits und der Kostenoptimierung andererseits in den Blick genommen. Als Fundament braucht die kommunal getragene Weiterbildung in Form der KVHS Groß-Gerau und der rund 850 weiteren Volkshochschulen in Deutschland aber auch (oder: gerade) in konjunkturell und damit haushaltspolitisch schwierigen Zeiten eine solide Grundfinanzierung, um die zentralen Bildungsaufgaben wie Arbeitskräftesicherung, Digitalisierung oder Integration mit passgenauen Programmen angehen zu können.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Eigenbetrieb Rettungsdienst

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Wilhelm-Seipp-Straße 4
64521 Groß-Gerau
Tel.: 0615298555-0
Webseite: www.gg112.de



Rechtsform: Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.1995

Stammkapital 50.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Sicherstellung des Rettungsdienstes des Kreises Groß-Gerau ist die Sicherstellung des Rettungsdienstes als Rettungsdienststräger sowie die Überwachung der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck: Der Eigenbetrieb erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt, bzw. es besteht Bestandsschutz gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt der Eigenbetrieb keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Beteiligungsverhältnisse

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Betriebsleitung

Herr Friedrich Schmidt	Vorsitz
Frau Bianca Mehl	Stellvertretung Vorsitz

Betriebskommission

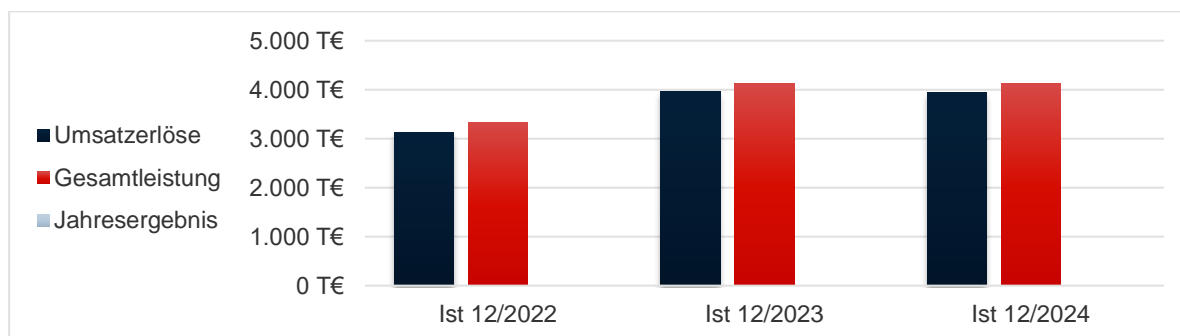
LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau	Vorsitz
KBgo Herr Heinz-Peter Becker		Mitglied
Herr Michael Görbing		Mitglied
Herr Hans-Joachim Junker (bis 24.08.2024)		Mitglied
Herr Steffen Kilian (bis 24.08.2024)		Mitglied
Bgm Herr Marcus Kretschmann		Mitglied
Frau Ute Kroiß		Mitglied



Herr Karsten Krämer
(ab 26.08.2024)
Herr Torsten Reinheimer
Herr Andreas Rotzinger
Herr Sebastian Schmidt

Mitglied
Mitglied
Mitglied
Mitglied

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	3.122	3.957	3.933
Sonstige betriebliche Erträge	217	166	189
Gesamtleistung	3.339	4.123	4.121
Materialaufwand	412	444	486
Personalaufwand	2.636	3.099	3.148
Sonstige betriebliche Aufwendungen	192	481	404
Abschreibungen	104	99	87
EBIT	-6	0	-5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	0	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	5
EBT	0	0	0
Jahresergebnis	0	0	0

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	153	290	347
Umlaufvermögen	2.499	1.739	1.948
Rechnungsabgrenzungsposten	32	30	34
Bilanzsumme	2.684	2.059	2.328
Passiva			
Eigenkapital	50	50	50
Rückstellungen	2.301	1.535	1.779
Verbindlichkeiten	179	184	152
Bilanzsumme	2.684	2.059	2.328



Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	0,0	0,0	0,0
Materialaufwandsquote (in %)	12,3	10,8	11,8
Personalaufwandsquote (in %)	79,0	75,2	76,4
Finanzergebnis (T€)	6	0	5
Eigenkapital (T€)	50	50	50
Anlagendeckung I (in %)	132,7	117,2	114,4

Bezüge

An die Mitglieder der Betriebskommission wurden im Berichtsjahr keine Aufwandsentschädigungen gezahlt.

Es wurden keine Bezüge im Rahmen ihrer Beamtentätigkeiten für den Kreis Groß-Gerau abgegolten.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 betragen die Kosten des Kreises Groß-Gerau für den Rettungsdienst insgesamt 1.198,9 TEUR (2024: 444,9 TEUR; 2023: 377,0 TEUR; 2022: 377,0 TEUR)

Für die Folgejahre 2025-2027 sind folgende Kosten geplant (lt. Haushaltsplan 2025/2026)

2025	2026	2027	Gesamt
499,7 TEUR	502,5 TEUR	504,2 TEUR	1.506,4 TEUR

Auszug aus dem Lagebericht

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

In 2024 wurden insgesamt 37220 Notfall- und Krankentransporte durchgeführt. Die Hochrechnungen für 2025 ergeben, dass ähnliche Einsatzzahlen zum Jahresende erreicht werden.

Durch den Fachkräftemangel im Bereich der Leitstellen und der hohen Personalfuktuation hat auch der Eigenbetrieb Rettungsdienst Schwierigkeiten, die offenen Stellen an Einsatzbearbeitern zu besetzen. Zwar wurde hier eine eigene Form der Ausbildung zum Leitstellenpersonal eingeführt, diese deckt jedoch keine kurzfristige Stellenbesetzung ab. Aufgrund der stets steigenden Einsatzzahlen in Verbindung mit der Unterbesetzung in der Leitstelle, sind Abweichungen zu gesetzlich vorgeschriebenen Notrufannahmezeiten möglich.

Seit Dezember 2023 ist die IT-Firma abass GmbH, Langen, mit der Überprüfung der Systeme in der Zentralen Leitstelle Groß-Gerau und deren IT-Landschaft beauftragt. Zur Weiterentwicklung der IT-Landschaft des Eigenbetriebs, insbesondere der Zentralen Leitstelle und zur Minimierung von Systemausfällen, wird die Firma abass GmbH auch in 2025 weiter beratend tätig sein.

Im Übrigen sind derzeit keine weiteren Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung für den Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Groß-Gerau ableitbar. Voraussetzung hierbei ist, dass der Kreistag des Kreises Groß-Gerau die Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckungen des jeweiligen Wirtschaftsjahres durch deren Berücksichtigung in der Rettungsdienstgebühr eines folgenden Wirtschaftsjahres beschließt.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Kapitalgesellschaften

Kreisklinik Groß-Gerau GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Wilhelm-Seipp-Straße 3
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152986-0
Webseite: www.kreisklinik-gg.de



Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.10.1965

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal 100,00% / - / 100,00%

Kapital:

Stammkapital 50.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege durch Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen, sowie durch Leistungserbringung in stationären, teilstationären, und ambulant tätigen Einrichtungen zur Versorgung kranker und pflegebedürftiger, sowie behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen. Zur Verwirklichung dieses Zwecks ist Gegenstand des Unternehmens der Betrieb des Kreiskrankenhauses Groß-Gerau als Zweckbetrieb im Sinne von § 67 AO sowie der Betrieb von Einrichtungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personen für die Gesundheit- und Pflegeberufe in eigener Regie oder Regie Dritter.

Öffentlicher Zweck: Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Kreis Groß-Gerau	50.000 €	100,0%
------------------	----------	--------

Beteiligungen

MVZ Kreis Groß-Gerau GmbH	25.000 €	100,0%
---------------------------	----------	--------

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Prof. Dr. Erika Raab	Vorsitz
---------------------------	---------



Aufsichtsrat

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Vorsitz
KTM Frau Christiane Böhm		Stellvertretung Vorsitz
Her Peter Coy		Mitglied
MdL Frau Kerstin Geis		Mitglied
Herr Tomislav Gmajnic		Mitglied
Herr Harald Krämer	Personalrat	Mitglied
Herr Rolf Leinz		Mitglied
Frau Dorothea Przybilla	Personalrat	Mitglied
Herr Tom Raith		Mitglied
KTM Herr Franz-Rudolf Urhahn (ab 01.01.2024)		Mitglied
KTM Herr Peter Ziemainz		Mitglied

Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Vorsitz
Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Mitglied
Herr Andreas Rotzinger		Mitglied

Gewinn und Verlust

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023
Erlöse aus Krankenhausleistungen	27.297	31.943
Erlöse aus ambulanten Leistungen	1.223	1.344
Summe Erlöse und betriebliche Erträge	31.130	35.607
Materialaufwand	7.327	8.572
Personalaufwand	22.544	25.112
Zwischenergebnis	1.259	1.923
Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	4.488	3.501
Aufwendungen aus Fördermitteln nach dem KHG	2.515	1.814
Abschreibungen	2.280	1.961
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.248	6.904
EBIT	-4.296	-5.255
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	170	711
EBT	-4.451	-5.948
Jahresergebnis	-4.454	-5.950
Gewinnvortrag / Verlustvortrag VJ	-45.198	-13.762
Bilanzergebnis	-49.588	-19.712



Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023
Aktiva		
Anlagevermögen	19.295	19.119
Umlaufvermögen	6.008	5.774
Rechnungsabgrenzungsposten	-49.503	-19.597
Bilanzsumme	39.100	37.471
Passiva		
Eigenkapital	0	0
Sonderposten	11.471	10.676
Rückstellungen	1.984	2.002
Verbindlichkeiten	25.644	24.792
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1
Bilanzsumme	39.100	37.471

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Verlustausgleich für die Geschäftsjahre 2022-2024 beläuft sich in Summe auf 13,7 Mio. EUR (2024: 5 Mio. EUR; 2023: 4,7 Mio. EUR; 2022: 4 Mio. EUR)

Für die Folgejahre 2025-2027 sind folgende Kosten geplant (lt. Haushaltsplan 2025/2026)

2025	2026	2027	Gesamt
5,625 Mio. EUR	5,625 Mio. EUR	5,625 Mio. EUR	16,875 Mio. EUR

Der geprüfte Jahresabschluss 2024 liegt zum Stichtag der Erstellung noch nicht vor.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

MVZ Kreis Groß-Gerau GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Wilhelm-Seipp-Straße 3
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152 97748-0
E-Mail: info@mvz-gg.de
Webseite: <https://mvz-gg.de>


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.07.2018

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 100,00% / 100,00%

Kapital:

Stammkapital 25.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Gründung und der Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 SGB V mit weiteren Betriebsstätten zur Erbringung aller danach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen, aller hiermit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern einschließlich Vorsorge und Rehabilitation, sowie nichtärztlichen Leistungserbringern im Gesundheitswesen, einschließlich Angebot und Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen.

(2) Die Gesellschaft ist befugt, alle Geschäfte wahrzunehmen, die mit dem in Abs. 1 beschriebenen Unternehmenszweck in Zusammenhang stehen. Sie darf sich an anderen Unternehmen beteiligen, Tochtergesellschaften gründen und Zweigniederlassungen errichten und betreiben

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Kreisklinik Groß-Gerau GmbH	25.000 €	100,0%
-----------------------------	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Prof. Dr. Erika Raab

Vorsitz



Gewinn und Verlust

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023
Sonstige betriebliche Erträge	48	38
Summe Erlöse und betriebliche Erträge	1.588	1.621
Materialaufwand	90	91
Personalaufwand	1.692	1.625
Zwischenergebnis	-194	-96
Sonstige betriebliche Aufwendungen	174	237
EBIT	-473	-442
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15	18
EBT	-488	-460
Jahresergebnis	-488	-460
Bilanzergebnis	-	-

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023
Aktiva		
Anlagevermögen	427	331
Umlaufvermögen	329	239
Bilanzsumme	2.754	3.028
Passiva		
Rückstellungen	22	31
Verbindlichkeiten	2.733	2.998
Bilanzsumme	2.754	3.028

Der geprüfte Jahresabschluss 2024 liegt zum Stichtag der Erstellung noch nicht vor.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Projektmanagement Schulsanierung Kreis Groß-Gerau GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Wilhelm-Seipp-Straße 4
64521 Groß-Gerau


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2002

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal 51,00% / - / 51,00%

Kapital:

Stammkapital 25.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand des Unternehmens ist die Projektsteuerung und das Projektmanagement von Sanierungsarbeiten an Schulgebäuden im Landkreis Groß-Gerau sowie das Facility-Management von Schulgebäuden.

Öffentlicher Zweck: Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Die Einrichtung und Unterhaltung von Schulgebäuden gehört nach § 138 i.V.m. § 158 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) zu den Aufgaben des Kreises als Schulträger. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Er rechtfertigt die Betätigung des Kreises gemäß §121 Abs. 1 HGO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Kreis Groß-Gerau	12.750 €	51,0%
WEP Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG	12.250 €	49,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Dr. Holger Koppe	WEP Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG	Vorsitz
Frau Gabriele Walter-Reichelt (bis 30.09.2024)	Kreis Groß-Gerau	Vorsitz
Herr Karsten Bohmann (ab 01.10.2024)	Kreis Groß-Gerau	Vorsitz

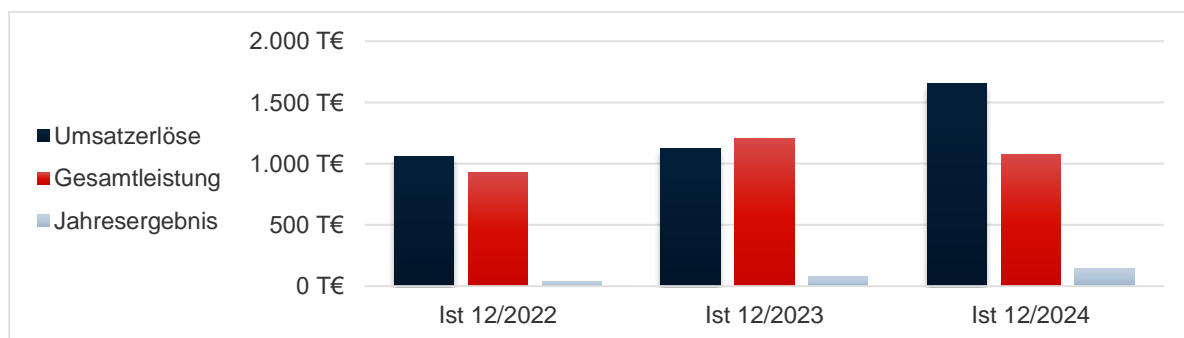


Aufsichtsrat

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Vorsitz
KBgo Herr Mario Bach		Mitglied
Frau Claudia Geier		Mitglied
Frau Ute Imig-Wittekind		Mitglied
Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Mitglied

Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau	Vorsitz
Herr Dr. Holger Koppe	WEP Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG	Mitglied

Gewinn und Verlust

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	1.062	1.122	1.652
Bestandsveränderungen	-143	73	-588
Sonstige betriebliche Erträge	12	12	12
Gesamtleistung	931	1.208	1.076
Personalaufwand	11	11	11
Sonstige betriebliche Aufwendungen	866	1.088	862
EBIT	54	109	203
EBT	54	109	203
Steuern vom Einkommen und Ertrag	14	33	56
Jahresergebnis	40	75	148

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Umlaufvermögen	862	888	405
Bilanzsumme	862	888	405



Passiva			
Eigenkapital	65	100	173
Rückstellungen	7	74	55
Verbindlichkeiten	790	714	178
Bilanzsumme	862	888	405

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	3,8	6,7	8,9
Personalaufwandsquote (in %)	1,2	0,9	1,0
Eigenkapital (T€)	65	100	173
Anlagendeckung I (in %)	6.495.922,0	10.014.467,0	17.258.518,0

Bezüge

An Aufsichtsratsvergütung wurden im Jahr 2024 EUR 300,00 gezahlt. Von der Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB, Angaben über die Gesamtbezüge der Geschäftsführung zu unterlassen, wird Gebrauch gemacht.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 beliefen sich die Kapitalerträge auf ca. 75,8 TEUR (2024: 32,3 TEUR; 2023: 17,2 TEUR; 2022: 26,3 TEUR).

Auszug aus dem Lagebericht

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Auslastungsgrad der PMS durch die vom Kreis bei der PMS abgerufenen Bauvorhaben ist gegenwärtig als gut einzuschätzen.

Neben den sich in der Endphase befindlichen Bauvorhaben Neubau der Mensa Georg-Mangold-Schule inkl. Ausbildungsrestaurant „Das Mangold“ und der Sanierung der Bestandsgebäude Grundschule Nauheim ist derzeit das bisher größte von der PMS betreute Bauvorhaben in Planung und Vorbereitung, die Berufsschule in Groß-Gerau, mit einem geschätzten Gesamtvolumen von ca.88 Mio. € brutto (inklusive Projektmanagement) und mit einem Fertigstellungshorizont bis in das Jahr 2029. Es liegt somit eine gesicherte Auftragslage der PMS für die nächsten Jahre vor.

Neben dem von der PMS betreuten Projekt des Neubaus an den Beruflichen Schulen werden auf der Liegenschaft weitere durch den Kreis Groß-Gerau selbst betreute Maßnahmen durchgeführt. Diese Maßnahmen sind im hier dargestellten Volumen nicht enthalten.

Die PMS wird auch weiterhin bestrebt sein, das erworbene Knowhow bei weiteren Neubau- bzw. Sanierungsprojekten des Kreises Groß-Gerau einsetzen zu können.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Technologie-, Innovations- und Gründungszentrum GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Ginsheimer Straße 1
65462 Ginsheim-Gustavsburg
Tel.: 06134557-0
Webseite: www.tigz.de



Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.1998

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal 70,00% / 12,00% / 82,00%

Kapital:

Stammkapital 103.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: 1. Betrieb eines Gründungs- und Technologiezentrums in Ginsheim-Gustavsburg

2. Förderung der Entstehung/Entwicklung innovativer Unternehmen

3. Hilfe beim Einsatz und der Entwicklung neuer Technologien

4. Angebot von Beratungsleistungen

5. Organisation von Technologie-Transfer

4. Unterstützung bei Wirtschaftsförderungsmaßnahmen im Landkreis Groß-Gerau

Öffentlicher Zweck: Die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben dauert weiterhin an. Der Kreis leistet mit seinem Engagement einen direkten Beitrag zur Gründung und Stabilisierung neuer Unternehmen in der Region. Es handelt sich um eine Aufgabe, die zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten des Kreises gehört und von Seiten Privater nicht wahrgenommen wird. Die Betätigung des Kreises rechtfertigt auch das sich aus der Aufgabenstellung der Gesellschaft abzuleitende Ziel zu verfolgen, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies steht auch im angemessenen Verhältnis zum finanziellen Einsatz. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Er rechtfertigt die Betätigung des Kreises gemäß § 121 Abs. 1 HGO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Kreis Groß-Gerau	72.100 €	70,0%
Kreissparkasse Groß-Gerau	12.360 €	12,0%
Frankfurter Volksbank Rhein/Main eG	6.180 €	6,0%
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	6.180 €	6,0%
Volksbank Main Spitze eG	6.180 €	6,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.



Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Dr. Petruta Tatulescu

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat
(SPD)

Kreis Groß-Gerau

Vorsitz

Herr Heiko Dennert

Kreissparkasse Groß-
Gerau

Mitglied

Herr Matthias Haas

Volksbank Mainspitze eG

Mitglied

Herr Josef Paul

Frankfurter Volksbank
Rhein/Main eG

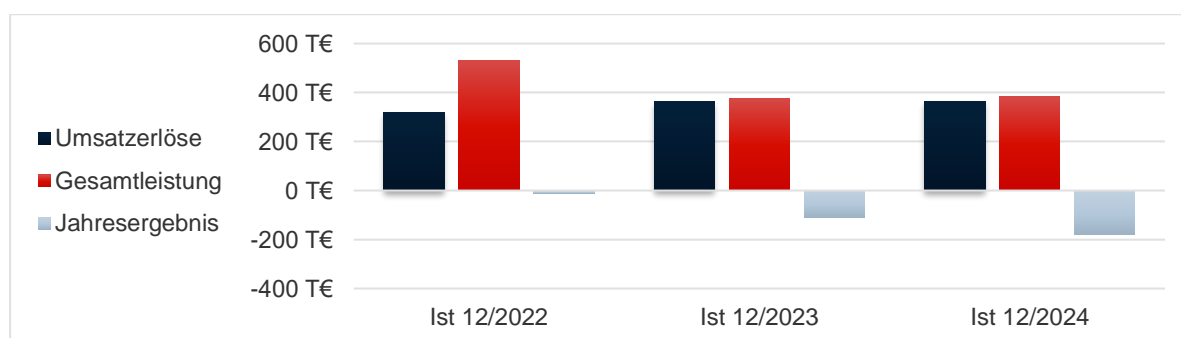
Mitglied

Bgm Herr Thorsten Siehr

Stadt Ginsheim-
Gustavsburg

Mitglied

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	319	363	365
Sonstige betriebliche Erträge	211	14	18
Gesamtleistung	530	377	383
Materialaufwand	134	118	155
Personalaufwand	230	204	188
Sonstige betriebliche Aufwendungen	121	109	161
Abschreibungen	43	44	40
EBIT	1	-97	-161
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	8
EBT	1	-97	-168
Sonstige Steuern	12	12	12
Jahresergebnis	-10	-108	-180



Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	778	778	860
Umlaufvermögen	358	240	802
Rechnungsabgrenzungsposten	7	16	18
Bilanzsumme	1.144	1.034	1.680
Passiva			
Eigenkapital	932	824	843
Rückstellungen	29	21	43
Verbindlichkeiten	177	184	788
Rechnungsabgrenzungsposten	5	5	6
Bilanzsumme	1.144	1.034	1.680

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	-3,3	-29,9	-49,3
Materialaufwandsquote (in %)	25,2	31,2	40,5
Personalaufwandsquote (in %)	43,5	54,1	49,0
Finanzergebnis (T€)	-	0	-7
Eigenkapital (T€)	932	824	843
Anlagendeckung I (in %)	119,8	105,9	98,1

Bezüge

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 beliefen sich die Aufwendungen (Verlustausgleich) für die TIGZ GmbH auf insgesamt rund 599,6 TEUR (2024: 199,6 TEUR; 2023: 120 TEUR; 2022: 280 TEUR).

Für die Folgejahre 2025-2027 sind folgende Kosten geplant (lt. Haushaltsplan 2025/2026):

2025	2026	2027	Gesamt
300 TEUR	300 TEUR	300 TEUR	900 TEUR

Auszug aus dem Lagebericht

Chancen- und Risikobericht

4.1. Chancenbericht gem. § 289 Abs. 2 HGB

Die Chancen der TIGZ Technologie-, Innovations- und Gründungszentrum GmbH ergeben sich weiterhin aus zwei zentralen Bereichen: den marktbezogenen Entwicklungen sowie den organisationsinternen Potenzialen, die im Jahr 2024 weiter ausgebaut wurden.

Im Kontext eines sich weiterhin dynamisch entwickelnden Marktes besteht mittelfristig die Perspektive auf eine Wiederbelebung der Investitionsbereitschaft, insbesondere im Bereich nachhaltiger und technologieorientierter Neugründungen. Diese Entwicklung könnte sich positiv auf die Nachfrage nach flexibel nutzbaren Büroflächen auswirken und die Auslastung des TIGZ-Gebäudes steigern. Darüber hinaus eröffnen die zunehmende Bedeutung von Nachhaltigkeit, ESG-Kriterien und klimafreundlichem Wirtschaften neue Chancen zur gezielten Ansprache von Start-ups in diesen Themenfeldern.

Ein bedeutsames strategisches Entwicklungsfeld stellt die konsequente energetische Sanierung der Immobilie dar. Die geplanten Maßnahmen – unter anderem die Sanierung von Dach, Fassade und Fenstern sowie die perspektivische Umstellung auf eine nachhaltigere Heizungsanlage in Verbindung mit der Installation von Solarpaneelen – versprechen nicht nur erhebliche Einsparungen bei CO₂-Emissionen, sondern auch langfristige ökonomische Vorteile im Hinblick auf die Betriebskosten.

Im Berichtsjahr 2024 konnten weitere infrastrukturelle und strategische Verbesserungen initiiert werden. Dazu zählt insbesondere die Fortführung der Baumaßnahmen zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Brandschutzaufgaben, deren Umsetzung allerdings mit einem erhöhten personellen und organisatorischen Aufwand einherging. Die Lärm- und Schmutzbelastung während der Bauphase führte zu einer spürbaren Mehrbelastung des Teams und erforderte ein erhöhtes Beschwerdemanagement gegenüber der Mieterschaft. Zugleich wurde durch die Bereitstellung des Kreiszuschusses im Jahr 2024 eine gewisse finanzielle Entlastung erzielt, die zur Aufrechterhaltung der operativen Handlungsfähigkeit beitrug. Darüber hinaus wurde im Jahr 2024 die dringend notwendige Sanierung des Schornsteins durch die Gesellschafter beschlossen und deren Umsetzung für 2025 IV/11 terminiert. Ein Teil der Fassade, der zeitweise gesperrt werden musste, weil die Gefahr von herabstürzenden Steinen zu groß war, konnte in der Zwischenzeit saniert werden. Ein Gutachten eines Fach-Steinmetzes kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass erhebliche Teile der Fassade ebenfalls dringend instandgehalten werden sollten. Es ist daher zu erwarten, dass weitere Bereiche aus Sicherheitsgründen abgesperrt werden müssen.

Ein zentrales Element der Chancenentwicklung ist die fortgeführte strategische Neuausrichtung des TIGZ als Zentrum für nachhaltige Gründungsförderung. Das im Jahr 2023/2024 erfolgreich durchgeführte Accelerator-Programm „EcoGPact“ wird aufgrund der positiven Resonanz im Jahr 2025 fortgesetzt. Die im Rahmen des Programms vermittelten Kompetenzen sowie die damit verbundenen Investorenkontakte führten bereits in der ersten Durchführung zu signifikanten Erfolgen: Fünf von sieben teilnehmenden Start-ups konnten eine Finanzierung sichern; eines zog dauerhaft ins TIGZ ein.

Im April 2024 wurde das partnerschaftliche Netzwerkprogramm „EcoGreenPact“ offiziell gestartet. Ziel dieses Programms ist es, regionale und überregionale Akteure im Bereich Nachhaltigkeit zu vernetzen und den Wissenstransfer sowie konkrete Kooperationsprojekte zwischen Start-ups, etablierten Unternehmen und Institutionen zu fördern. Das Programm stellt



ein bedeutsames Element der nachhaltigkeitsorientierten Profilierung des TIGZ dar und trägt wesentlich zur überregionalen Sichtbarkeit bei.

Zukunftsweisende Chancen eröffnen sich durch die geplante Etablierung eines interdisziplinären Nachhaltigkeitsclusters in Kooperation mit regionalen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und privatwirtschaftlichen Partnern. Dieses Cluster soll zukünftig als Innovationsplattform für Themen wie ESG, CleanTech, E-Mobilität und Umwelttechnologien fungieren und somit den Standort als attraktiven Inkubator für klimabewusste, technologieorientierte Gründungen weiter stärken.

Zur Erhöhung der Standortattraktivität wurden zudem investive Maßnahmen und konzeptionelle Weiterentwicklungen im Bereich der Infrastruktur fortgeführt. Der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, die Bereitstellung von Leihfahrrädern, der gut erreichbare Standort in unmittelbarer Bahnhofsnähe sowie die Möglichkeit des 24/7-Zugangs zu den Räumlichkeiten bilden ein modernes Arbeitsumfeld, das den Anforderungen junger Unternehmen entspricht. Zudem erlaubt das flexible Flächenmodell eine skalierbare Raumnutzung für wachsende Start-ups.

Nicht zuletzt bietet das gewachsene Netzwerk des TIGZ zahlreiche Chancen für den Aufbau belastbarer Geschäftskontakte, die Anbahnung von Kooperationen und den Zugang zu Kapitalgebern. Die Veranstaltungsreihe „Nachhaltigkeits-Business-Lunch“ wurde im Jahr 2024 erfolgreich fortgeführt und fungiert als zentrale Plattform für Wissenstransfer, Erfahrungsaustausch und Netzwerkbildung. Die interne Vernetzung der Mieterschaft konnte ebenfalls weiter gestärkt werden, was sich positiv auf die Mieterbindung und -zufriedenheit auswirkte.

Insgesamt sieht die Geschäftsführung in der strategischen Ausrichtung auf Nachhaltigkeit, der Modernisierung der Infrastruktur sowie in der aktiven Netzwerkpflge die wesentlichen Chancen für eine erfolgreiche Entwicklung der TIGZ GmbH in den kommenden Jahren

4.2. Risikobericht gem. § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB

Die TIGZ GmbH ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die sowohl externen als auch internen Ursprungs sind. Diese werden im Folgenden differenziert dargestellt.

Externe Risiken

Die Entwicklung auf dem Markt für Gewerbeimmobilien birgt nach wie vor Unsicherheiten. Ein Rückgang der Nachfrage nach Mietflächen könnte zu einer verringerten Auslastung des Gebäudes und damit zu sinkenden Mieteinnahmen führen. Zwar ist nach derzeitigem Stand keine gravierende Verschlechterung zu erwarten, doch auch moderate Rückgänge könnten sich kurzfristig negativ auf die Einnahmensituation auswirken. Mittel- bis langfristig wird jedoch mit einer Marktstabilisierung und einer zunehmenden Investitionsbereitschaft gerechnet, welche diese Effekte abfedern könnten.

Ein weiteres relevantes Risiko besteht in der Volatilität der Rohstoffpreise. Diese könnte die Kosten der notwendigen Sanierungsmaßnahmen erheblich erhöhen. Angesichts des fortgeschrittenen Sanierungsstaus ist die Durchführung dieser Maßnahmen jedoch unumgänglich. Eine mögliche Kostenminderung könnte durch gezielte Fördermittelakquise erreicht werden. Die Denkmaleigenschaft des Gebäudes sowie dessen regionale Bedeutung erhöhen hierbei die Chancen auf eine öffentliche Beteiligung an den Sanierungskosten auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene.

Zudem haben sich die Betriebskosten infolge der veralteten Heizungsinfrastruktur signifikant erhöht. Insbesondere die Nebenkosten für die über 30 Jahre alte Gasheizung sind im Vergleich zu den Vorjahren um rund 138 % angestiegen. Diese Entwicklung stellt eine erhebliche wirtschaftliche Belastung für die Mieterschaft dar. Es besteht das Risiko, dass sich potenzielle

oder bestehende Mieterinnen und Mieter aufgrund der gestiegenen Nebenkosten gegen eine Anmietung im TIGZ entscheiden, was mittelbar zu einer geringeren Auslastung und reduzierten Einnahmen führen könnte.

Ein anhaltendes externes Risiko stellt die seit mehreren Jahren bestehende Baustelle des Landes Hessen im unmittelbaren Umfeld des TIGZ dar. Diese beeinträchtigt die Standortattraktivität erheblich und hat bereits zu mehreren Mieterabwanderungen geführt. Es besteht die Gefahr, dass sich potenzielle Gründerinnen und Gründer aufgrund dieser Umstände gegen eine Ansiedlung im TIGZ entscheiden.

Besondere Relevanz kommt der derzeitigen Anfrage der Stadt Ginsheim-Gustavsburg nach Wegerechten und zusätzlichen Parkflächen zu. Nach Einschätzung von Fachjuristen, Architekten und externen Gutachtern würde ein zustimmender Gesellschafterbeschluss zu dieser Anfrage eine existenzielle Bedrohung für die TIGZ GmbH darstellen. Es wäre mit einem vollständigen Wegfall der Mieterstruktur und einem personellen Kollaps der operativen Organisation zu rechnen, was de facto das Ende des Betriebs am Standort Ginsheimer Straße 1 bedeuten könnte.

Ein weiteres zentrales Risiko ergibt sich aus der Finanzierungsstruktur: Der für den laufenden Betrieb essenzielle Zuschuss des Landkreises ist im Jahr 2023 nicht geflossen. Dies führte zu IV/13 einer signifikanten Einschränkung der Liquidität. Im Falle der Aktivierung des bereits beschlossenen Kredits besteht bei weiterhin ausbleibender Förderung ein akutes Insolvenzrisiko aufgrund mangelnder Rückzahlungsfähigkeit.

Der im April 2024 vom Kreisausschuss erteilte Prüfauftrag zur möglichen Reduktion oder Beendigung der kommunalen Beteiligung am TIGZ stellt ein erhebliches strategisches Risiko dar. Unabhängig vom Ausgang der Prüfung entfaltet bereits die öffentliche Diskussion hierüber eine potenziell schädliche Signalwirkung für die regionale Gründungslandschaft und könnte Investoren sowie Kooperationspartner verunsichern.

Interne Risiken

Aufgrund der jahrelangen Vernachlässigung notwendiger Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen unter der früheren Geschäftsführung ergibt sich ein erheblicher technischer und finanzieller Rückstand. Bereits im Jahr 2012 bezifferte das Ingenieurbüro Molitor die erforderlichen Maßnahmen mit einem Volumen von mehreren Millionen Euro. Diese Einschätzung wurde 2021 durch das Architekturbüro Mittelstädt aktualisiert und mit über 5 Millionen Euro beziffert. Aufgrund des erheblichen Sanierungsstaus müssen die Maßnahmen nun unter hohem Zeitdruck und bei gleichzeitig ungeklärter Finanzierungslage realisiert werden. Der notwendige Investitionsbedarf übersteigt die aus dem operativen Geschäft generierbaren Mittel deutlich, sodass eine externe Finanzierung zwingend erforderlich ist.

Die besonders dringliche Umsetzung der brandschutztechnischen Ertüchtigung – insbesondere die Installation einer Brandmeldeanlage gemäß den behördlichen Auflagen – stellt ein signifikantes Einzelrisiko dar. Die ursprüngliche Kostenschätzung aus dem Jahr 2021 belief sich auf etwa 700.000 Euro; infolge denkmal- und bauordnungsrechtlicher Anforderungen wurde diese im Jahr 2022 auf rund 1,5 Millionen Euro korrigiert. Fördermittel konnten für diese Maßnahme bislang nicht akquiriert werden, was das finanzielle Risiko zusätzlich erhöht. Aufgrund der sicherheitsrelevanten Bedeutung ist ein Aufschub der Maßnahme nicht möglich, wodurch sich die Dringlichkeit und Risikointensität weiter verschärfen.

Die Gesellschafter beschlossen in Anbetracht der behördlichen Auflagen sowie des akuten Handlungsbedarfs die Aufnahme eines Kredits zur Finanzierung der Maßnahme. Die Installa-



tionsarbeiten begannen im September 2024 und sollen voraussichtlich bis Juli 2025 abgeschlossen werden. Die Tilgung des Kredits war ursprünglich durch regelmäßige Zuschüsse des Kreises über einen Zeitraum von 17 Jahren vorgesehen. Da jedoch im Jahr 2023 aufgrund des fehlenden Haushaltsplans kein entsprechender Zuschuss gewährt wurde, bestehen nun erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der gesicherten Rückfinanzierung. Sollte die erwartete Unterstützung dauerhaft ausbleiben, könnte dies langfristig zu einer erheblichen Belastung der Liquidität und im ungünstigsten Fall zu einer Gefährdung der Zahlungsfähigkeit führen.

Auch im Bereich der personellen Ressourcen bestehen signifikante interne Risiken. Die derzeitige Personalstruktur ist mit lediglich fünf Mitarbeitenden äußerst schlank aufgestellt. Wesentliche Fachkompetenzen sind dabei stark an einzelne Personen gebunden, was insbesondere im Falle von Krankheit, Ausfall oder Fluktuation zu einem erheblichen Wissens- und Funktionsverlust führen kann. Die bevorstehende Verrentung der langjährigen Buchhalterin im September 2025 stellt in diesem Zusammenhang eine weitere Herausforderung dar, da deren Ausscheiden nicht nur den Verlust von institutionellem Wissen bedeutet, sondern auch eine erhebliche Mehrbelastung für die verbleibenden vier Mitarbeitenden mit sich bringt.

Die aktuelle Geschäftsführung hat diesem Risiko durch die Einführung eines strukturierten internen Wissensmanagements sowie durch regelmäßige Austauschformate wie wöchentliche Jour Fixes und eine systematische Dokumentation in analoger wie digitaler Form entgegen gewirkt. Dennoch verbleibt aufgrund der geringen Teamgröße ein Restrisiko hinsichtlich der personellen Resilienz und organisatorischen Kontinuität, das im Fall unvorhergesehener Ausfälle oder personeller Engpässe zu einer Beeinträchtigung des laufenden Betriebs führen könnte.

Das bestehende interne Risikomanagementsystem umfasst ein engmaschiges internes Reporting sowie eine wöchentliche Überwachung der Liquiditätslage, sodass auf Abweichungen zeitnah reagiert werden kann.

Bestandsgefährdende Risiken

Trotz der eingeleiteten Gegenmaßnahmen sind mehrere bestandsgefährdende Risiken gegenwärtig. Durch die undichte Dachkonstruktion sind diverse Räume im dritten Obergeschoss aufgrund massiver Wasserschäden derzeit nicht vermietbar. Die fehlenden Einnahmen belasten die ohnehin angespannte Liquiditätslage zusätzlich.

Die brandschutztechnische Ertüchtigung mit einem Finanzvolumen von rund 1,5 Millionen Euro kann ohne externe Mittel nicht finanziert werden. Auch ist eine zunehmende Mieterfluktuation infolge der fortdauernden Baustellenbelastung zu verzeichnen.

Schließlich stellt die potenzielle Zustimmung zu den Wegerechten und zur Überlassung von Parkflächen zugunsten der Stadt sowie der geplante Bau der Sport- und Kulturhalle in unmittelbarer Nachbarschaft – in der derzeit diskutierten Form – ein Risiko dar, das nach einhelliger fachlicher Einschätzung die Existenz des TIGZ am aktuellen Standort unmittelbar gefährden würde.

Ein Teil der Fassade, der zeitweise gesperrt werden musste, weil die Gefahr von herabstürzenden Steinen zu groß war, konnte in der Zwischenzeit saniert werden. Ein aktuelles Gutachten eines Fach-Steinmetzes kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass erhebliche Teile der Fassade ebenfalls dringend instandgehalten werden sollten. Es ist daher zu erwarten, dass weitere Bereiche aus Sicherheitsgründen abgesperrt werden müssen.

AVM gGmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Bernhard-Adelung-Str. 20a
65428 Rüsselsheim am Main
Tel.: 061427964-0
Webseite: www.avm-ruesselsheim.de



Rechtsform: gGmbH

Gründungsdatum: 01.01.1979

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal 20,02% / 1,95% / 21,97%

Kapital:

Stammkapital 51.200 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Die Gesellschaft verfolgt gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Aufgabe und Zweck der Gesellschaft ist die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in anerkannten Ausbildungsberufen nach § 25 Berufsbildungsgesetz bzw. § 25 Handwerksordnung für solche Jugendliche, die aufgrund von Bildungs- und Sozialisationsdefiziten in der Regel keinen Ausbildungsplatz in einem Betrieb erhalten können, sowie die damit zusammenhängende vorberufliche Bildung und berufliche Fortbildung.

Weiterer Zweck der Gesellschaft ist die Wohlfahrtspflege im Sinne des § 66 Abs. 2 AO durch die berufliche, persönliche und soziale Qualifizierung und Beschäftigung von Arbeitslosen und Problemgruppen des Arbeitsmarktes, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe und des Personenkreises des § 53 AO, um ihnen zu helfen, im Anschluss daran ihre Existenz durch Erwerbsfähigkeit sichern zu können.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Öffentlicher Zweck: Der gemeinnützige Gesellschaftszweck wird in vollem Umfang erfüllt. Der öffentliche Zweck ist gemäß § 121 HGO erfüllt.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Riedwerke Kreis Groß-Gerau	28.700 €	56,1%
Stadt Rüsselsheim am Main	11.250 €	22,0%
Kreis Groß-Gerau	10.250 €	20,0%
Kommunales Jobcenter Kreis Groß-Gerau	1.000 €	2,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Olaf Doerenbächer	Vorsitz
------------------------	---------

Aufsichtsrat

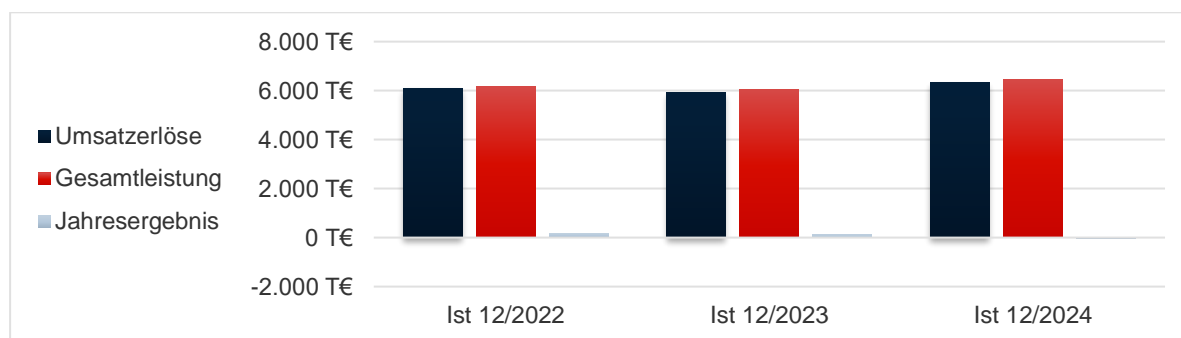
LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Vorsitz
Bgm Herr Dennis Grieser (bis 29.11.2024)	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Stellvertretung Vorsitz
Bgm Herr Murat Karakaya (ab 01.12.2024)		Stellvertretung Vorsitz
KBgo Herr Mario Bach		Mitglied
KTM Frau Christiane Böhm	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Robert Hoffmann		Mitglied
KTM Frau Doris Hofmann		Mitglied
KTM Frau Renate Meixner-Römer	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Mitglied
KTM Frau Kirsten Schork		Mitglied
Herr Dipl. Geograph Christian Sommer		Mitglied

Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Kreis Groß-Gerau	Vorsitz
Bgm Herr Dennis Grieser	Stadt Rüsselsheim am Main	Mitglied
Herr Robert Hoffmann	Kommunales Jobcenter Kreis Groß-Gerau	Mitglied



Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	6.105	5.910	6.332
Sonstige betriebliche Erträge	73	145	133
Gesamtleistung	6.179	6.055	6.465
Materialaufwand	195	202	174
Personalaufwand	4.191	4.339	4.948
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.460	1.245	1.249
Abschreibungen	121	112	118
EBIT	211	157	-24
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	20
EBT	211	157	-4
Steuern vom Einkommen und Ertrag	14	11	0
Sonstige Steuern	14	14	15
Jahresergebnis	183	131	-19
Gewinnvortrag / Verlustvortrag VJ	1.085	-	-
Bilanzergebnis	1.267	-	-

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	3.267	3.231	3.312
Umlaufvermögen	1.690	2.140	2.513
Ausgleichsposten	-	-	-
Rechnungsabgrenzungsposten	24	19	17
Bilanzsumme	4.982	5.391	5.842
Passiva			
Eigenkapital	4.688	5.125	5.410
Rückstellungen	148	141	243
Verbindlichkeiten	127	125	189
Rechnungsabgrenzungsposten	18	-	-
Bilanzsumme	4.982	5.391	5.842



Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	3,0	2,2	-0,3
Materialaufwandsquote (in %)	3,2	3,3	2,7
Personalaufwandsquote (in %)	67,8	71,7	76,5
Finanzergebnis (T€)	0	0	20
Eigenkapital (T€)	4.688	5.125	5.410
Anlagendeckung I (in %)	143,5	158,6	163,3

Bezüge

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben in 2024 eine Aufwandsentschädigung von insgesamt 884,10 EUR erhalten.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 gab es keine direkten Auswirkungen auf den Kreishaushalt.

Auszug aus dem Lagebericht

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die AVM gGmbH als die gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Rüsselsheim am Main, des Kreises Groß-Gerau, des Kommunalen Jobcenters Kreis Groß-Gerau und der Riedwerke Kreis Groß-Gerau richtet sich in ihrer Geschäftstätigkeit nach den Vorgaben der Satzung.

Durch stark reduzierte Finanzierung der Mittel in der Bildungslandschaft mussten wir weiterhin eine auffällig reduzierte Beauftragung von Qualifizierungsmaßnahmen und Ausbildungsmaßnahmen feststellen. Dies führte zu weiteren Umsatzreduzierungen, die nicht vollumfänglich kompensiert werden konnten. Insbesondere der wiederholt fehlende Bundeshaushalt und die vorläufige Haushaltsführung reduziert und vernichtet jahrelang erfolgreiche Qualifizierungsmaßnahmen und nimmt Leistungsbeziehern aus dem SGB II die Möglichkeit qualifiziert Fuß auf dem 1. Arbeitsmarkt zu fassen.

Bereits in 2024 haben wir mit der Bundesagentur für Arbeit Kontakt aufgenommen und erste Entwicklungsgespräche geführt, da sich andeutet, dass wir weitere Kürzungen seitens des Jobcenters Kreis Groß-Gerau verzeichnen werden. In diesem Zusammenhang wurde uns mitgeteilt, dass das Jobcenter Kreis Groß-Gerau in 2025 durch eine fehlende Finanzierung die überwiegende Anzahl unserer Maßnahmen im AQTIV-Center nicht mehr weiterführen kann. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Qualifizierungsangebote im Kreis Groß-Gerau und für die AVM gGmbH. Der Geschäftsbereich 4 – Arbeitsmarkt wird massiv geschwächt und rund die Hälfte der Belegschaft im AQTIV-Center wird Ihren Arbeitsplatz verlieren.

Für das Jahr 2024 wurde im Wirtschaftsplan mit Erlösen und Erträgen von insgesamt TEUR 5.520 gerechnet, denen planmäßige Aufwendungen von insgesamt TEUR 6.458 gegenüberstehen. Wie bereits unter Punkt 2 ausgeführt, wurde das Planergebnis positiv verändert.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

EnergieTechnik Rhein-Main GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Heimstraße 7
64521 Groß-Gerau
Webseite: www.etech-rhein-main.de


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2009

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal 33,33% / - / 33,33%

Kapital:

Stammkapital 37.500 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand der Gesellschaft ist die energetische Nutzung von Abfällen zur Energiegewinnung, die Entwicklung und Umsetzung von Projekten im Bereich der Wärme- und der Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere im Bereich von Abfallentsorgungsanlagen, die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten und Projekten zur rationellen Nutzung von Primärenergie und zur Erhöhung der Energieeffizienz auch im Bereich der Abfallentsorgung, der zielgerichtete Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien, die Deckung des Eigenbedarfs der Gesellschafter mit Energie im Bereich Groß-Gerau und im Rhein-Main-Gebiet sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Versorgung von Elektrizität und Gas für verbundene Unternehmen und Mitglieder des Zweckverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau im Kreis Groß-Gerau und im Rhein-Main-Gebiet.

Öffentlicher Zweck: Das Unternehmen erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Kreis Groß-Gerau	12.500 €	33,3%
Riedwerke Kreis Groß-Gerau	12.500 €	33,3%
Überlandwerk Groß-Gerau GmbH	12.500 €	33,3%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Hendrik Frey	Vorsitz
Herr Stefan Metzger	Vorsitz
Herr Jürgen Schmidt	Vorsitz

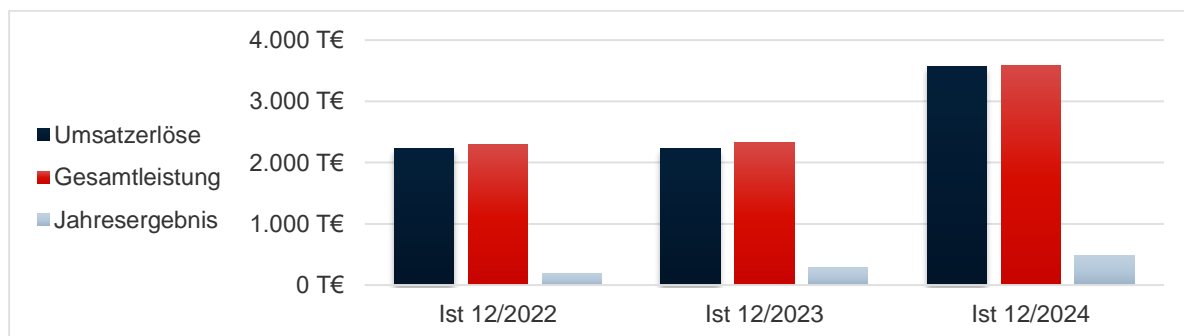


Aufsichtsrat

Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Vorsitz
KBgo Herr Mario Bach		Mitglied
KBgo Herr Heinz-Peter Becker	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Daniel Gahr		Mitglied
Herr Klaus Hartenfels (bis 09.07.2024)		Mitglied
Herr Dipl. Geograph Christian Sommer	Riedwerke Kreis Groß- Gerau	Mitglied

Gesellschafterversammlung

Herr Dipl. Geograph Christian Sommer		Vorsitz
Herr Jürgen Schmidt	Überlandwerk Groß- Gerau GmbH	Stellvertretung Vorsitz
LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Mitglied

Gewinn und Verlust

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	2.234	2.223	3.573
Sonstige betriebliche Erträge	54	100	16
Gesamtleistung	2.287	2.323	3.590
Materialaufwand	1.586	1.512	2.471
Personalaufwand	105	108	127
Sonstige betriebliche Aufwendungen	135	96	77
Abschreibungen	157	167	189
EBIT	304	441	726
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	29	30
EBT	272	413	696
Steuern vom Einkommen und Ertrag	77	125	206
Sonstige Steuern	4	4	4
Jahresergebnis	190	284	486

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	1.543	1.911	1.962
Umlaufvermögen	1.083	1.359	1.627
Bilanzsumme	2.626	3.270	3.589
Passiva			
Eigenkapital	917	1.201	1.688
Rückstellungen	162	196	214
Verbindlichkeiten	1.271	1.616	1.452
Passive latente Steuern	45	52	56
Bilanzsumme	2.626	3.270	3.589

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	8,5	12,8	13,6
Materialaufwandsquote (in %)	69,3	65,1	68,8
Personalaufwandsquote (in %)	4,6	4,7	3,5
Finanzergebnis (T€)	-33	-29	-30
Eigenkapital (T€)	917	1.201	1.688
Anlagendeckung I (in %)	74,5	73,6	95,2

Bezüge

Bezüglich der Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird von den Befreiungsvorschriften des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.



Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen TEUR 1 (i.Vj. TEUR 1).

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die Energie Technik Rhein-Main GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft verfügt aufgrund ihrer überschaubaren Größe über kein formalisiertes Risikomanagementsystem (RMS), sondern ist über die Geschäftsführung in das RMS der Mainzer Stadtwerke AG (MSW) einbezogen.

Die Gesellschafter sind bestrebt, die operativen Tätigkeiten in Betrieb und Instandhaltung vermehrt in Eigenleistung abzubilden, zur nachhaltigen Qualitätssicherung sowie Realisierung von Einspareffekten.

Die Wärmeversorgung der Kreisklinik besteht seit Oktober 2019. Die ETech hat die Heizzentrale übernommen und versorgt die Kreisklinik sowie das Wärmenetz der ENTEGA AG, an dem mehrere kommunale Liegenschaften angeschlossen sind. Zum 1. Januar 2021 wurde ein 10-jähriger Wärmeliefervertrag mit der Kreisklinik Groß-Gerau GmbH und der ENTEGA AG abgeschlossen. Gegen die Kreisklinik wurde am 1. März 2020 ein Insolvenzverfahren eröffnet. Das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung ist mittlerweile abgeschlossen, der Klinikbetrieb wird fortgeführt. Es sind innerhalb der nächsten zwei Jahre umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in der Heizzentrale vorgesehen.

Für das Jahr 2025 stehen Investitionen im Zusammenhang mit den geplanten Neubaumaßnahmen des Kreises an, hier u.a. die Neue Grundschule in Raunheim und die Grundschule Worfelden.

Neben den bereits im Eigentum befindlichen Zentralen befasst sich die ETech auch mit weiteren kreiseigenen Objekten, bei denen durch Erweiterung oder Sanierung Bedarf an der Anpassung der Wärmeversorgung besteht.

Die Risiken der Gesellschaft wurden nicht quantifiziert und werden im Folgenden in absteigender Reihenfolge ihrer Bedeutsamkeit erläutert:

Als Hauptrisiko ist der Ausfall der Energieerzeugungsanlagen zu nennen. Zu diesem Zweck wurden entsprechende Serviceverträge abgeschlossen.

Durch den Abschluss langfristiger Lieferverträge sowie den langfristig gesicherten EEG-Einspeisevergütungen bestehen keine wesentlichen Absatzrisiken. Bestandsgefährdende Risiken liegen nicht vor.

Der Kreis Groß-Gerau plant zahlreiche Erweiterungen und Neubauten der Liegenschaften. Hier besteht die Chance neue Energieerzeugungsanlagen zu installieren.

Für das Jahr 2025 wird mit einem positiven Jahresergebnis stark unter dem des Geschäftsjahres 2024 gerechnet. Der Grund hierfür liegt in steigenden Materialaufwendungen. Dies ist überwiegend auf die Kostensteigerungen in den stark volatilen Gas- und Strommärkten begründet. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in dem Bereich der Stromerzeugung

(Photovoltaik und BHKW) sowie in dem Bereich der Wärmeerzeugung und deren Bereitstellung. Die Bereitstellung erfolgt größtenteils für kommunale Liegenschaften.

Einige der im Lagebericht gemachten Angaben enthalten zukunftsbezogene Aussagen. Diese wurden auf Grundlage unserer Erwartungen und Einschätzungen über künftige, uns betreffende Ereignisse formuliert. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen naturgemäß Risiken und Ungewissheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse abweichen oder schlechter ausfallen als beschrieben.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Zweckverbände

Riedwerke Kreis Groß-Gerau

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Wilhelm-Seipp-Straße 9
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152173-0
Webseite: www.riedwerke.de


Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.01.1962

Stammkapital	764.381 €	29 Stimmen
--------------	-----------	------------

Unternehmenszweck:
1. Wasserversorgung

- a. Die Mitgliedsgemeinden mit Trink- und Brauchwasser versorgen und die hierzu notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
- b. Langfristige Sicherung des Bedarfs an einwandfreiem Trink- und Betriebswasser.

2. Abfallentsorgung

- a. Befördern, Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen.
- b. Errichtung, Unterhaltung und Betreiben der hierzu erforderlichen Anlagen.

3. Öffentlicher Personennahverkehr

- a. Dem Zweckverband obliegt die ihm vom Kreistag des Kreises Groß-Gerau übertragene Aufgabe zur Wahrnehmung der Aufgabenträgerschaft im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes sowie die Zuständigkeit im Sinne des § 4 Regionalisierungsgesetz.
- b. Übernahme der Aufgaben der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft.
- c. Mit dem organisatorisch von den Aufgaben der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft getrennt geführten Verkehrsbetrieb kann er sich als Wettbewerber an Vergabeverfahren von Linienverkehren beteiligen.
- d. Im Rahmen seiner Möglichkeiten kann er sich auch im Gelegenheitsverkehr betätigen.

4. Förderung der beruflichen Bildung insbesondere junger Menschen im Kreis Groß-Gerau.
5. Kommunale Energieerzeugung und -versorgung sowie Netzbetrieb im Bereich Strom und Gas.
6. Der Zweckverband kann im Einzelfall nach Beauftragung für den Kreis Groß-Gerau Aufgaben der Beratung und Förderung im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz erfüllen.

Öffentlicher Zweck: Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Er rechtfertigt die Bestätigung des Kreises gemäß § 121 Abs. 1 HGO. Das Gebiet der Abfall- und Abwasserbeseitigung ist gemäß § 121 Abs. 2 HGO keine wirtschaftliche Tätigkeit.

Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder

Kreis Groß-Gerau	15
Gemeinde Biebesheim	1
Gemeinde Bischofsheim	1
Gemeinde Büttelborn	1
Gemeinde Nauheim	1
Gemeinde Stockstadt	1
Gemeinde Trebur	1
Stadt Gernsheim	1
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	1
Stadt Groß-Gerau	1
Stadt Kelsterbach	1
Stadt Mörfelden-Walldorf	1
Stadt Raunheim	1
Stadt Riedstadt	1
Stadt Rüsselsheim am Main	1

Beteiligungen

AWS Abfall-Wirtschafts-Service GmbH	25.000 €	100,0%
AWS Abfall-Wirtschaftszentrum	150.000 €	100,0%
Südhessen GmbH		
Lokale Nahverkehrsgesellschaft mbH des Kreises Groß-Gerau	50.000 €	100,0%
ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG	2.996.000 €	74,9%
ÜWG Stromnetze Verwaltungs GmbH	18.725 €	74,9%
AVM gGmbH	28.700 €	56,1%
Riedwerke Versorgungs GmbH	25.000 €	50,0%
Rohstoff- und Verwertungs-Zentrum Südhessen GmbH	12.500 €	50,0%
EnergieTechnik Rhein-Main GmbH	12.500 €	33,3%
SAVAG Südhessische Abfall- Verwertungs-GmbH	17.334 €	33,3%
Hessenwasser GmbH & Co. KG	3.000.000 €	18,2%
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	5.550 €	18,2%
Überlandwerk Groß-Gerau GmbH	650.000 €	5,0%

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Verbandsvorsitz

Herr Stefan Metzger	Vorsitz
Herr Dipl. Geograph Christian Sommer	Stellvertretung Vorsitz



Herr Hendrik Frey

Mitglied

Verbandsversammlung

Bgm Herr Marcus Merkel	Kreis Groß-Gerau	Vorsitz
Herr Michael Hagspühl	Stadt Mörfelden-Walldorf	Stellvertretung Vorsitz
KTM Frau Karen Lischka	Kreis Groß-Gerau	Stellvertretung Vorsitz
Herr Frieder Engel (bis 15.12.2024)	Gemeinde Büttelborn	Mitglied
Herr Marc Friedrich	Gemeinde Nauheim	Mitglied
Herr Kai Hammann	Gemeinde Biebesheim	Mitglied
Herr Markus-Johannes Jagla	Stadt Rüsselsheim am Main	Mitglied
Herr Ingo Kalweit	Kreis Groß-Gerau	Mitglied
Herr Gerald Kummer	Stadt Riedstadt	Mitglied
Herr Michael Lange	Gemeinde Stockstadt	Mitglied
KTM Herr Kurt Linnert	Stadt Kelsterbach	Mitglied
Herr Rüdiger Maurer	Gemeinde Bischofsheim	Mitglied
Herr Klaus Meinke (ab 17.12.2024)	Stadt Groß-Gerau	Mitglied
Herr Christian Paatz	Stadt Ginsheim- Gustavsburg	Mitglied
Bgm Herr David Rendel	Stadt Raunheim	Mitglied
Frau Hildegard Saltzer	Stadt Gernsheim	Mitglied
Herr Dieter Schulmeyer (ab 17.12.2024)	Gemeinde Büttelborn	Mitglied
Herr Berthold Stadion	Gemeinde Trebur	Mitglied
Frau Laura Sturm (bis 15.12.2024)	Stadt Groß-Gerau	Mitglied

Verwaltungsrat

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Vorsitz
Herr Thomas Schell	Riedwerke Kreis Groß- Gerau	Stellvertretung Vorsitz
KBgo Frau Inge Auer (bis 30.12.2024)	Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
KBgo Herr Mario Bach	Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
KBgo Herr Heinz-Peter Becker (ab 17.12.2024)		Mitglied
Frau Jutta Ehrenfels (ab 24.05.2024, bis 01.11.2024)	Personalrat	Mitglied
Bgm Herr Jochen Engel	Riedwerke Kreis Groß- Gerau	Mitglied
Herr Ugur Karaaytu	Personalrat	Mitglied
Bgm Herr Marcus Kretschmann		Mitglied
Herr Jörg Lowin	Gemeinde Büttelborn	Mitglied
Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Mitglied
Frau Angelika Rautenberg (bis 22.05.2024)	Personalrat	Mitglied



KBgo Herr Brian Röcken	Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Frau Daniela Schnitzer	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Mitglied
KBgo Herr Andreas Swirschuk	Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
KTM Herr Franz-Rudolf Urhahn	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Mitglied
Bgm Herr Thomas Winkler	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Mitglied
KTM Herr Peter Ziemainz	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Mitglied

GuV Riedwerke

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	33.678	33.563	38.200
Sonstige betriebliche Erträge	566	1.797	2.212
Gesamtleistung	34.244	35.360	40.412
Materialaufwand	35.971	35.173	43.652
dar.: Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.038	2.794	2.847
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	32.933	32.379	39.457
dar.: Zuführung Rückstellungen für Deponienachsorgemaßnahmen	846	1.028	1.348
Rohergebnis	-1.727	187	-3.240
Personalaufwand	2.984	2.329	2.162
dar.: Löhne und Gehälter	1.656	1.611	1.437
dar.: soziale Abgaben	1.327	718	725
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.005	6.184	6.111
EBITDA	-9.716	-8.325	-11.513
Abschreibungen	1.958	2.016	2.088
EBIT	-11.674	-10.342	-13.601
Erträge aus Beteiligungen	6.349	6.615	5.693
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	119	108	101
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	217	68
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	543	678	793
EBT	-5.744	-4.080	-8.531
Ergebnis nach Steuern	-5.744	-4.080	-8.531
Sonstige Steuern	28	29	29
Erträge aus Verlustübernahme	7.522	6.122	9.756
Jahresergebnis	1.750	2.013	1.196
Entnahmen aus Rücklagen	-82	39	-
Zuführungen in die Rücklagen	-	-	408
Bilanzergebnis	1.668	2.052	788



Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	59.303	61.020	61.621
Umlaufvermögen	15.761	19.619	17.021
Bilanzsumme	75.064	80.639	78.646
Passiva			
Eigenkapital	14.210	15.079	14.223
Rückstellungen	35.055	35.647	34.159
Verbindlichkeiten	27.466	31.964	30.263
Rechnungsabgrenzungsposten	-	1	1
Bilanzsumme	76.732	82.691	78.646

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	5,2	6,0	3,1
Materialaufwandsquote (in %)	105,0	99,5	108,0
Personalaufwandsquote (in %)	8,7	6,6	5,3
Finanzergebnis (T€)	5.930	6.262	5.069
Eigenkapital (T€)	14.210	15.079	14.223
Anlagendeckung I (in %)	24,0	24,7	23,1

Bezüge

Die Bezüge des Vorstands betragen im Berichtsjahr 46 TEUR.

Die Bezüge des Verwaltungsrats betragen im Berichtsjahr 4 TEUR.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 beliefen sich die Aufwendungen (Betriebskostenumlage ÖPNV) für den Zweckverband Riedwerke auf ca. 13,45 Mio. EUR (2024: 4,85 Mio. EUR; 2023: 5,8 Mio. EUR; 2022: 2,8 Mio. EUR).

Für die Folgejahre 2025-2027 sind folgende Aufwendungen geplant (lt. Haushaltsplan 2025/2026):

2025	2026	2027	Gesamt
5,25 Mio. EUR	6,5 Mio. EUR	6,5 Mio. EUR	18,25 Mio. EUR

Auszug aus dem Lagebericht

Hinweis auf die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die Auswirkungen des seit 2022 andauernden Kriegs in der Ukraine machen sich weiterhin in nahezu allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen bemerkbar. Zahlreiche Effekte - insbesondere Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen sowie verlängerte Lieferzeiten - wurden zwischenzeitlich weitgehend in den operativen Alltag integriert.

Die anhaltende humanitäre Notlage stellt jedoch weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Besonders die Energiemärkte sind betroffen: Vor dem Hintergrund der klimapolitisch vorgegebenen Transformation erfolgt derzeit eine umfassende strukturelle Neuausrichtung, um bestehende Abhängigkeiten - insbesondere von fossilen Energieimporten - nachhaltig zu reduzieren.

Die konkreten mittel- und langfristigen Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2025 sowie die Folgejahre sind derzeit aufgrund der volatilen geopolitischen Lage nicht belastbar quantifizierbar.

Gesamtgesellschaftliche Risiken werden in den Bereichen Fachkräftemangel, Energiekrise, Materialknappheit, Inflation und psychischer Gesundheit gesehen. Hinsichtlich des erlebten Cyberangriffs ist das Bewusstsein bei allen Beteiligten gestiegen, dass Angriffe auf Unternehmens-IT derzeit auf Platz 1 der unternehmensgefährdenden Risiken stehen. Die gemachten Erfahrungen führten einerseits zu einer massiven "Härtung" der Soft- und Hardwarestrukturen, andererseits zur systematischen Aufarbeitung in Projektform und deren Projektform und deren Dokumentation. Im Zuge dessen haben die Riedwerke und die AWS zum 01.01.2024 eine Cyberversicherung abgeschlossen. Eine solche Versicherung existiert auch bei der LNVG, VSGG und dem AVM.

Aus Sicht des ÖPNV geht es aktuell nicht um die Frage, wie eine Verkehrswende erreicht werden kann, sondern darum, wie und in welchem Umfang der Bestand gesichert werden kann. Es besteht ein erhebliches Risiko in der dauerhaften Sicherstellung der Finanzierung bestehender Verkehrsverträge, wenn der Landkreis Groß-Gerau sowie die Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, ihre finanziellen Verpflichtungen zur Grunddaseinsvorsorge nachzukommen.

Weitere wesentlichen Risiken für die künftige Entwicklung der Riedwerke werden nicht gesehen.

Chancen werden insbesondere darin gesehen, dass auf dem Abfallzentrum Büttelborn bis zum 31.12.2030 vorbehandelter Siedlungsabfall abgelagert werden kann. Dies ist über den 1. Juni 2005 hinaus nur den Deponien erlaubt, die die Kriterien der technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI) erfüllen; in Südhessen ist dies nur die Deponie Büttelborn.



Durch Entsorgungsverträge für Siedlungs-, Bio- und Grünabfälle sowie Sperrmüll mit noch mehrjähriger Laufzeit ist die Entsorgungssicherheit auch zukünftig gewährleistet und Risiken mittelfristig nicht erkennbar.

Chancen werden insbesondere durch die Zusammenarbeit mit der SAVAG und dem damit vereinbarten Mehrvolumen auf der Deponie und mit der in 2014 gegründeten Rohstoff- und Verwertungs-Zentrum Südhessen GmbH (RVZ) in abfallwirtschaftlichen Belangen gesehen. Hierdurch wird die Entsorgungssicherheit im Kreis Groß-Gerau und eine Gebührenstabilität gewährleistet. Für das Jahr 2025 wird im Bereich Abfallentsorgung ein Jahresfehlbetrag von 0,39 Mio. € erwartet. Für das Jahr 2026 ist zu erwarten, dass sich der Jahresfehlbetrag leicht erhöht. Der Bereich ÖPNV wird bei Erträgen von 18,1 Mio. €, Aufwendungen von 31,6 Mio. € sowie einer Teilverlustabdeckung durch den Bereich Wasserversorgung von den Verbandsmitgliedern voraussichtlich 12,5 Mio. € Ausgleichszahlungen für das Jahr 2025 erheben, um den satzungsgemäßen Mindestgewinn auszuweisen. Für das Jahr 2026 werden höhere Ausgleichszahlungen erwartet.

Für den Bereich Wasserversorgung wird bei Erträgen von 1,27 Mio. €, davon Beteiligungsertrag Hessenwasser 1,20 Mio. €, und geringfügigen Aufwendungen ein Betriebsergebnis 2025 von voraussichtlich 1,17 Mio. € erwartet. Für das Jahr 2026 wird ein Betriebsergebnis in ähnlicher Höhe erwartet.

Der Bereich Förderung der beruflichen Bildung wird bei Erträgen von 0,14 Mio. € und Aufwendungen von 0,31 Mio. € einen Betriebsverlust in Höhe von 0,17 Mio. € für das Jahr 2025 ausweisen. Für das Jahr 2026 ist zu erwarten, dass es sich ähnlich entwickelt.

Für den Bereich Kommunale Energieerzeugung und -versorgung wird bei Beteiligungserträgen von 1,09 Mio. € und Aufwendungen von 0,60 Mio. € ein Betriebsergebnis 2025 von voraussichtlich 0,49 Mio. € erwartet. Für das Jahr 2026 wird ein Betriebsergebnis in ähnlicher Höhe erwartet.

Für den Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz wird für das Jahr 2024 weder mit Erträgen noch mit Aufwendungen gerechnet.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

AWS Abfall-Wirtschafts-Service GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Auf der Hardt/An der B42
64572 Büttelborn
Tel.: 061527119-0
Webseite: www.aws-service.com



Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2008

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 100,0 % / 100,0%

Kapital:

Stammkapital 25.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand des Unternehmens ist die Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen jeder Art einschließlich der Planung, Errichtung und des Betriebs von Anlagen und Systemen zur Erfassung, Behandlung, Verwertung und Beseitigung von festen und flüssigen Abfällen.

Öffentlicher Zweck: Das Unternehmen erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO gelten Tätigkeiten im Gebiet der Abfall- und Abwasserbeseitigung nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Riedwerke Kreis Groß-Gerau	25.000 €	100,0%
----------------------------	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Stefan Metzger	Vorsitz
Herr Jens Tollkühn	Vorsitz

Aufsichtsrat

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Vorsitz
Bgm Herr Marcus Merkel	Stellvertretung Vorsitz



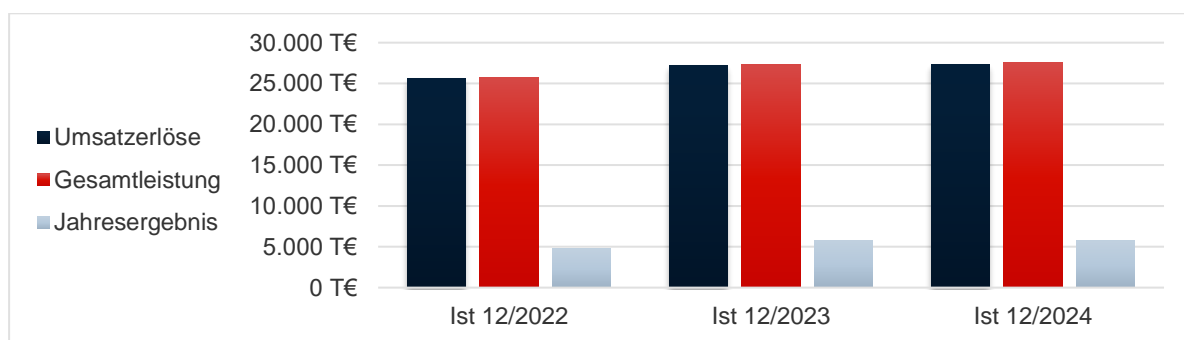
KTM Herr Heinrich Adler	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Mitglied
Herr Dipl. Geograph Christian Sommer	Riedwerke Kreis Groß- Gerau	Mitglied

Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat
(SPD)

Vorsitz

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	7.036	6.854	18.554
Umlaufvermögen	16.864	19.877	12.978
Rechnungsabgrenzungsposten	8	15	24
Bilanzsumme	23.907	26.746	31.556
Passiva			
Eigenkapital	20.931	24.245	27.467
Rückstellungen	1.186	986	1.150
Verbindlichkeiten	1.789	1.515	2.939
Bilanzsumme	23.907	26.746	31.556

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	18,5	21,4	20,9
Materialaufwandsquote (in %)	43,3	41,1	42,5
Personalaufwandsquote (in %)	14,4	14,9	15,2
Finanzergebnis (T€)	-32	109	370
Eigenkapital (T€)	20.931	24.245	27.467
Anlagendeckung I (in %)	297,5	353,7	148,0

Bezüge

Die Darstellung der Geschäftsführerbezüge (§ 285 Nr. 9 HGB) wurde gem. § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die AWS Abfall-Wirtschafts-Service GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf Risiken

Wie sich die wirtschaftliche Lage entwickelt hängt entscheidend vom Rohstoffmarkt und der weiteren allgemeinwirtschaftlichen Entwicklung ab. Zwar hat die Gesellschaft unterschiedliche Geschäftszweige und somit ein kalkulierbares Risiko für negative Entwicklungen in einzelnen Segmenten, jedoch können Gesetzesänderungen, volatile Rohstoffpreise und ein anhaltender Fachkräftemangel auch als Risikopotenzial betrachtet werden.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

AWS Abfall-Wirtschaftszentrum Süd Hessen GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Auf der Hardt/An der B42
64572 Büttelborn
Tel.: 061527119-0


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2000

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 100,0 % / 100,0%

Kapital:

Stammkapital 150.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Die AWSüd Hessen hat derzeit keine operativen Aufgaben und wird als Vorratsgesellschaft des Gesellschafters Riedwerke geführt.

Öffentlicher Zweck: Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO gelten Tätigkeiten im Gebiet der Abfall- und Abwasserbeseitigung nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Riedwerke Kreis Groß-Gerau	150.000 €	100,0%
----------------------------	-----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

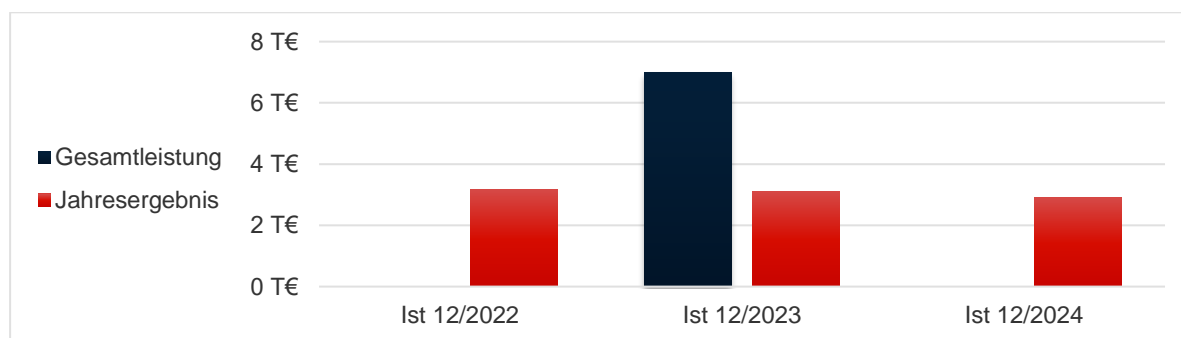
Herr Stefan Metzger	Vorsitz
---------------------	---------

Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Vorsitz
--------------------------------------	---------



Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Sonstige betriebliche Erträge	-	7	-
Gesamtleistung	-	7	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2	3	3
EBIT	-2	4	-3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	-	7
EBT	5	4	4
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1	1	1
Jahresergebnis	3	3	3

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	-	-	-
Umlaufvermögen	242	246	248
Bilanzsumme	242	246	248
Passiva			
Eigenkapital	236	239	242
Rückstellungen	6	6	6
Verbindlichkeiten	-	1	-
Bilanzsumme	242	246	248

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Finanzergebnis (T€)	7	-	7
Eigenkapital (T€)	236	239	242



Bezüge

Der Geschäftsführer erhielt im Geschäftsjahr 2024 keine Bezüge von der Gesellschaft.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die AWS Abfall-Wirtschaftszentrum Südhessen GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht

Risikobericht und Prognosebericht

Die Gesellschaft wird als Vorratsgesellschaft des Gesellschafters Riedwerke geführt.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Riedwerke Versorgungs GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Am Schindberg
65474 Bischofsheim
Tel.: 0614296319-0


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2010

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 100,0 % / 100,0%

Kapital:

Stammkapital 50.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Die Versorgungs GmbH soll im Bereich der Energieerzeugung und -versorgung (Wasser, Strom, Gas, erneuerbare Energien, Wärme) und insbesondere im Bereich Wasserstoff tätig werden.

Öffentlicher Zweck: Das Unternehmen erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Meinhardt Städtereinigung GmbH & Co. KG	25.000 €	50,0%
Riedwerke Kreis Groß-Gerau	25.000 €	50,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

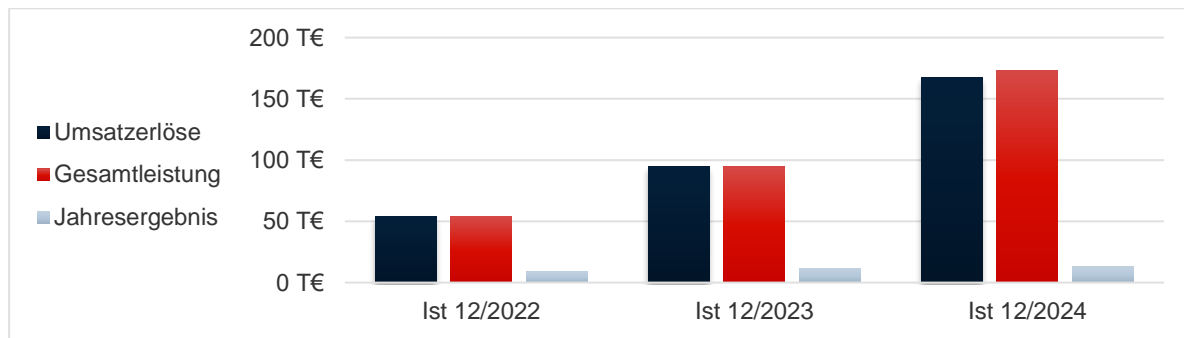
Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Stefan Metzger	Vorsitz
Herr Hendrik Frey	1. Stellvertretung Vorsitz

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	54	95	167
Sonstige betriebliche Erträge	-	-	6
Gesamtleistung	54	95	173
Materialaufwand	42	68	139
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5	16	22
EBIT	7	10	12
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	6	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	-	-
EBT	13	17	18
Sonstige Steuern	4	5	6
Jahresergebnis	9	12	13

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	180	233	162
Umlaufvermögen	322	298	468
Bilanzsumme	502	531	630
Passiva			
Eigenkapital	495	506	519
Rückstellungen	7	12	12
Verbindlichkeiten	-	12	99
Bilanzsumme	502	531	630



Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	16,9	12,2	7,7
Materialaufwandsquote (in %)	78,1	71,9	80,2
Finanzergebnis (T€)	6	6	6
Eigenkapital (T€)	495	506	519
Anlagendeckung I (in %)	274,9	217,4	320,4

Bezüge

Von der Erleichterung des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die Riedwerke Versorgungs GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht

Hinweis auf Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2025 wird ein ähnlicher Jahresüberschuss von 43 T€ erwartet.

Rechtliche und wirtschaftliche Bestandsgefährdungspotenziale

Rechtliche Bestandsgefährdungspotenziale sind nicht erkennbar.

Sonstige Risiken mit besonderem Einfluss auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Derzeit sind keine Risiken erkennbar.

Chancen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2024 mit dem Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektromobilität weitergeführt. Hier gab es zudem schon zahlreiche Gespräche mit weiteren Interessierten. Weitere Projekte sind im Bereich der Wärmeversorgung und Installation von Erneuerbaren Energien-Anlagen (Photovoltaik-Anlagen) geplant. Die lokale Nahverkehrsgesellschaft Groß-Gerau (LNVG) hat zum 4. Quartal 2024 den Einsatz von Wasserstoffbussen gestartet. Die Riedwerke Versorgungs GmbH ist hierbei für die Errichtung der Tankstelle und Versorgung der Busse mit Wasserstoff verantwortlich.

Einige der im Lagebericht gemachten Angaben enthalten zukunftsbezogene Aussagen. Diese wurden auf Grundlage unserer Erwartungen und Einschätzungen über künftige, uns betreffende Ereignisse formuliert. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen naturgemäß Risiken und Ungewissheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse abweichen oder schlechter ausfallen als beschrieben.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Lokale Nahverkehrsgesellschaft mbH des Kreises Groß-Gerau

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Jahnstraße 1
64521 Groß-Gerau
Tel.: 061529395-0
Webseite: www.lnvg-gg.de


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2000

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 100,0% / 100,0%

Kapital:

Stammkapital 50.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: 1. Die Gesellschaft soll im Rahmen der ihr übertragenen Aufgaben sicherstellen, dass der öffentliche Personennahverkehr im Kreis Groß-Gerau bedarfsgerecht erschlossen und bedient wird, und zwar nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

2. Unternehmensziel ist es dabei, den diskriminierungsfreien Wettbewerb auf dem Verkehrsmarkt in Groß-Gerau zu fördern und das Nahverkehrsangebot zu den geringsten Kosten für die Allgemeinheit anzubieten.

3. Gegenstand des Unternehmens ist es, die Aufgaben wahrzunehmen, die ihm im Rahmen des Aufgabenübertragungs- und Beleihungs-Vertrages vom 31.05./01.06.2016 sowie durch den Leistungsvertrag vom 31.05./01.06.2016 im öffentlichen Personennahverkehr zugewiesen sind, soweit nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen.

Öffentlicher Zweck: Das Unternehmen erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt bzw. es besteht Bestandsschutz gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Riedwerke Kreis Groß-Gerau	50.000 €	100,0%
----------------------------	----------	--------

Beteiligungen

VerkehrsService GmbH Groß-Gerau	25.000 €	100,0%
---------------------------------	----------	--------



Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Dipl. Geograph Christian Sommer	Vorsitz
--------------------------------------	---------

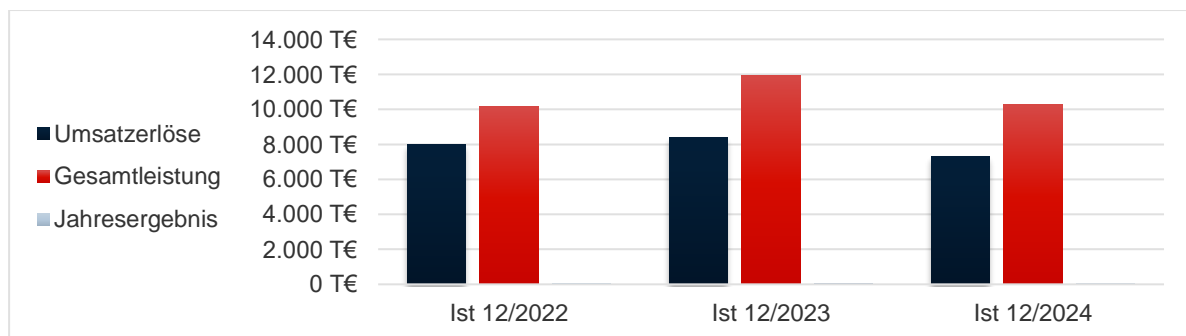
Aufsichtsrat

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Vorsitz
Herr Stefan Metzger	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Stellvertretung Vorsitz
KTM Herr Heinrich Adler		Mitglied
KBgo Herr Heinz-Peter Becker	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Gerald Kummer	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Mitglied

Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Vorsitz
Herr Stefan Metzger	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Stellvertretung Vorsitz
KTM Herr Heinrich Adler	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Christian Greb	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Mitglied
Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Mitglied

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	7.975	8.371	7.296
Sonstige betriebliche Erträge	2.176	3.541	2.991
Gesamtleistung	10.151	11.912	10.287
Materialaufwand	5.944	6.792	4.941
<i>dar.:</i>	-	-	-
Personalaufwand	2.246	2.257	2.550
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.510	2.327	2.012
Abschreibungen	361	434	628
EBIT	89	102	157
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21	39	45
EBT	69	63	112
Steuern vom Einkommen und Ertrag	14	21	36
Sonstige Steuern	2	2	2
Jahresergebnis	53	40	73

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	3.396	4.089	9.714
Umlaufvermögen	6.142	7.801	7.077
Rechnungsabgrenzungsposten	22	11	14
Bilanzsumme	9.560	11.902	16.805
Passiva			
Eigenkapital	336	380	459
Rückstellungen	3.115	4.613	2.634
Verbindlichkeiten	5.399	6.511	13.659
Rechnungsabgrenzungsposten	710	398	54
Bilanzsumme	9.560	11.902	16.805

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	0,7	0,5	1,0
Materialaufwandsquote (in %)	58,6	57,0	48,0
Personalaufwandsquote (in %)	22,1	18,9	24,8
Finanzergebnis (T€)	-20	-39	-45
Eigenkapital (T€)	336	380	459
Anlagendeckung I (in %)	9,9	9,3	4,7



Bezüge

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben für das Geschäftsjahr Sitzungsgelder (inkl. Fahrgeldentschädigung) in Höhe von insgesamt 1.044,78 € erhalten.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die LNVG.

Auszug aus dem Lagebericht

Hinweis auf wesentliche Risiken und Chancen

Angesichts einer anhaltend positiven Nachfrageentwicklung und gleichzeitig enormer finanzieller Belastungen und Herausforderungen interagieren die Chancen und Risiken der Gesellschaft.

Die Einführung des Deutschland-Tickets hat gezeigt, dass über einen politischen bzw. regulatorischen Eingriff in den Verkehrsmarkt erhebliche Chancen für die öffentliche Mobilität geschaffen wurden, dabei aber die Preisbereitschaft der Fahrgäste unterlaufen und funktionale Organisations- und Vertriebsstrukturen nachhaltig geschädigt wurden. Unter einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung bleibt der Erfolg deutlich hinter der Erwartung zurück, sodass eine öffentliche Finanzierung des weiterhin preislich attraktiven Tickets dauerhaft unumgänglich ist.

Eine dauerhafte Finanzierung des Deutschland-Tickets ist erforderlich um mehr Menschen als Neukunden im ÖPNV gewinnen zu können. Im Ergebnis ist neben der Verkehrserstellung zunehmend auch deren Inanspruchnahme zu finanzieren, sodass für die notwendigen verkehrlichen und infrastrukturellen Maßnahmen im Rahmen einer nachhaltigen Verkehrswende, keine geeigneten Mittel zur Verfügung stehen.

Die vertragliche Einbindung der LNVG in den Riedwerke-Konzern sichert die Gesellschaft und damit das beauftragte Verkehrsangebot im Landkreis Groß-Gerau, in Abhängigkeit der politischen Beschlüsse in den verantwortlichen Gremien, jederzeit ab. Grundsätzlich entscheiden die Gesellschafter der Riedwerke bis zu welchem Punkt ihre finanzielle Belastbarkeit reicht, nachdem offensichtlich weite Teile der finanziellen Verantwortung für den ÖPNV von Bund und Land nachhaltig der kommunalen Gemeinschaft übertragen werden.

Die LNVG sieht somit einen maßgeblichen Teil ihrer Aufgaben in der Vorlage und Moderation verkehrlicher Lösungsansätze, die auf dem Bewährten und den verkehrspolitischen Zielsetzungen aufbauen. Die entsprechenden qualitativen und quantitativen Standards der künftigen Verkehrsleistungen im ÖPNV wird damit in die direkte Abhängigkeit der finanziellen Möglichkeiten der Gesellschafter übertragen. Daraus resultiert das Risiko einer dauerhaften Mangelentwicklung im Bereich der öffentlichen Mobilität, oder aber auch die Chance sukzessive über gezielte Maßnahmen die aktuellen finanziellen Problemstellungen zu überwinden.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass alle Beteiligte im Kreisgebiet von einer nachhaltigen Verkehrswende überzeugt sind und entsprechende verkehrliche Lösungen auf den Weg gebracht werden können. Hierzu gehören in erster Linie die Neuausrichtung der Schülerbeförderung im Rahmen des ÖPNV, die finanzielle und betriebliche Belastungen reduziert und die im Rahmen ausgeweiteter Taktverkehre sichergestellt wird. Umsteigefreie und zeitlich optimierte Spezialverbindungen in der traditionelle Schülerbeförderung finden außerhalb des ÖPNV statt und stehen somit auch außerhalb der finanziellen Verantwortung der LNVG. Diese Vorgehensweise bietet die Voraussetzung um das Verkehrsangebot auf eine qualitativ bessere und vor allem wirtschaftlichere Basis zu stellen.



Eine weitere große Chance liegt in der Hebung von Synergien im Zusammenspiel von Linienverkehren verschiedener Zuständigkeiten. In diesen Fällen werden bestehende und/oder neue Verkehrsleistungen qualitativ und quantitativ miteinander verbunden und dabei bestehende Kostensenkungspotenziale in Bezug auf Fahrzeug- und Personalbedarf realisiert. Diese Möglichkeiten werden im Zusammenspiel mit benachbarten Aufgabenträger auf den Weg gebracht bzw. die Voraussetzungen im Zuge gemeinsamer Nutzenkostenuntersuchungen geschaffen.

Die fortlaufende Digitalisierung im Bereich des ÖPNV erhöht auch die Gefahr von externen Angriffen auf die kritische Infrastruktur. Der Cyberangriff im vergangenen Berichtsjahr hat gezeigt, dass es daraus zu erheblichen Einschränkungen im Betrieb bis hin zum Verlust von Kundendaten kommen kann. Gerade Letzteres würde das Vertrauen in unsere Gesellschaft und unsere Dienstleistungen nachhaltig erschüttern.

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts sind für die LNVG keine wesentlichen oder systemische Sachverhalte erkennbar, die in ihrer Gesamtheit zu Risiken für den Fortbestand der LNVG führen, zumal auch die vertragliche Einbindung der LNVG in den Zweckverband Riedwerke finanzwirtschaftliche Risiken nahezu ausschließt.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

VerkehrService GmbH Groß-Gerau

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Wasserweg 12
64521 Groß-Gerau


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 07.04.2022

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal

- / 100,0% / 100,0%

Kapital:

Stammkapital

25.000 € - Stimmen

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

 Lokale Nahverkehrsgesellschaft mbH
des Kreises Groß-Gerau

25.000 € 100,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

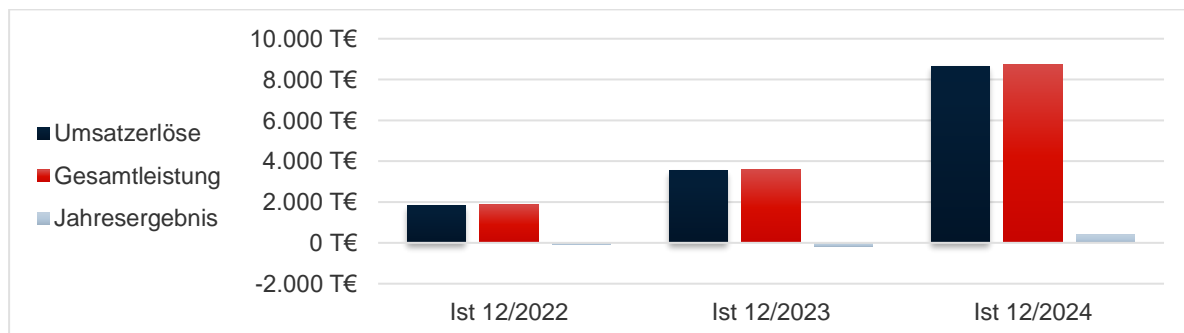
 Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Bernd Englisch

Vorsitz

Gewinn und Verlust



	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	1.847	3.526	8.660
Sonstige betriebliche Erträge	30	67	96
Gesamtleistung	1.877	3.592	8.755
Materialaufwand	493.	990	3.512
Personalaufwand	765	1.504	2.638
Sonstige betriebliche Aufwendungen	707	1.274	2.149
EBIT	-88	-175	457
EBT	-88	-175	457
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	59
Jahresergebnis	-88	-175	397

GuV

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	1.847	3.526	8.660
Sonstige betriebliche Erträge	30	67	96
Gesamtleistung	1.877	3.592	8.755
Materialaufwand	493	990	3.512
dar.: Aufwendungen für bezogene Leistungen	493	990	3.512
Rohergebnis	1.384	2.603	5.243
Personalaufwand	765	1.504	2.638
dar.: Löhne und Gehälter	612	1.179	2.122
dar.: soziale Abgaben	153	325	515
Sonstige betriebliche Aufwendungen	707	1.274	2.149
EBITDA	-88	-175	457
EBT	-88	-175	457
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	59
Ergebnis nach Steuern	-88	-175	397
Jahresergebnis	-88	-175	397

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	-	-	2
Umlaufvermögen	1.107	1.269	1.485
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	3
Bilanzsumme	1.107	1.269	1.491
Passiva			
Eigenkapital	1	224	621
Rückstellungen	24	66	195
Verbindlichkeiten	1.082	979	675
Bilanzsumme	1.107	1.269	1.491



Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	-4,7	-5,0	4,6
Materialaufwandsquote (in %)	26,3	27,5	40,1
Personalaufwandsquote (in %)	40,8	41,9	30,1
Eigenkapital (T€)	1	224	621
Anlagendeckung I (in %)	-	-	29.737,5

Bezüge

Von den Erleichterungen des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die VerkehrService GmbH Groß-Gerau.

Auszug aus dem Lagebericht

Hinweise auf wesentliche Risiken und Chancen

Risiken

Der geplante Umbau des Betriebshofes in Groß-Gerau und der Bau der Wasserstofftankstelle verzögert sich. Für den Übergang und als Redundanz wurde zunächst im Dezember 2024 ein Mechanical Dispenser in Betrieb genommen. Es ist geplant, im Sommer 2025 für zwei Jahre eine mobile Wasserstofftankstelle auf dem Betriebshof durch Dritte zu errichten. Leider ist auch dieses Projekt aktuell durch Verzögerungen betroffen. Wenn die mobile Wasserstofftankstelle nicht spätestens Ende November 2025 auf dem Betriebshof zur Befüllung der Brennstoffzellenbusse zur Verfügung steht, ist der Betriebs der 15 Brennstoffzellen-Solo- und 8 Brennstoffzellen-Gelenkbusse nicht wie geplant möglich. Es mussten dann ggf. für einen Übergangszeitraum nochmals Dieselbusse beschafft werden, was sich nach derzeitiger Lage auf dem Gebrauchtfahrzeugmarkt als schwierig und kostspielig darstellen würde. Die Leistungsausweitung im Linienbündel LGG Mitte und die Umstellung der Linie 72 auf Gelenkbusse ist bei nicht termingerechter Fertigstellung der mobilen Wasserstofftankstelle, spätestens Ende November 2025, stark gefährdet. Bei Ausfällen im Linienverkehr besteht die Gefahr von Vertragsstrafen im Rahmen des Verkehrs-Service-Vertrages.

Eine Verlängerung der Liniengenehmigungen für die Linien 63 und 65 im Linienbündel LGG Ost um zwei Jahre soll im 3. Quartal 2025 für den Zeitraum Dezember 2025 bis Dezember 2027 durch die VSGG beim RP Darmstadt beantragt werden. Die Geschäftsführung der VSGG und LNVG gehen aktuell davon aus, dass die Linienverkehrsgenehmigung nach Beantragung durch die VSGG seitens des RP Darmstadt erteilt wird. Einsprüche Dritter können nicht final ausgeschlossen werden, zumal ein Vergabeverfahren seitens des Aufgabenträgers im laufenden Jahr 2025 avisiert waren.

Der Fachkräftemangel betrifft auch in starkem Maße Busfahrer. Busfahrer ist offiziell ein Mangelberuf und in der Engpassanalyse der Bundesanstalt für Arbeit vertreten. Wenn künftig nicht ausreichend Fahrpersonale zur Verfügung stehen, kann das zu Ausfällen im Linienverkehr führen.



Bei ausbleibender Förderung von Bussen mit alternativen Antrieben erhöht sich der Eigenanteil und die Kosten für die Fahrzeuge erheblich. Die Kosten für die Verkehre steigen.

Chancen

Seit Dezember 2025 wird ein erheblicher Teil der Verkehrsleistung in den Linienbündel LGG Nord, LGG Ost, LGG Mitte und LGG West mit Brennstoffzellenbussen gefahren. Die emissionsfreien Busse tragen in erheblichem Maß zur Verkehrswende bei. Die Attraktivität des ÖPNV wird dadurch gesteigert und der Arbeitsplatz als Omnibusfahrer aufgewertet.

Im Koalitionsvertrag 2025 von CDU, CSU und SPD soll zur Stärkung des ÖPNV ein Modernisierungspaket gestartet werden. Es soll auch die Flottenumrüstung auf klimaneutrale Busse im ÖPNV gefördert werden. Wann diese Forderungsmaßnahme starten und wie diese aussehen soll, ist noch nicht bekannt.

Die Werkstattertüchtigung für Wartungs- und Servicearbeiten an Brennstoffzellen-Bussen durch den Umbau einer Werkstattspur auf dem Omnibusbetriebshof Groß-Gerau mit Gaswarnanlage und weiteren Sicherheitseinrichtungen nach erforderlichem Sicherheitskonzept bereitet die Omnibuswerkstatt auf die Zukunft vor. Die Anlage wird so aufgebaut, dass diese zukünftig auch erweiterbar sein wird. Solaris und Müller Busservice, an welche die Werkstatt durch die RWGG vermietet ist, haben einen Vertrag miteinander geschlossen, welcher die Arbeiten an unseren Brennstoffzellenbussen ermöglicht. Daraus ergeben sich kurze schnelle Wege für Arbeiten an unseren Brennstoffzellenbussen.

Die Geschäftsführung sieht in der angedacht zukünftigen Kooperation mehrerer Gesellschaften der Riedwerke (RWGG), Ausbildungsverbund Metall gGmbH (AVM) — Abfall-Wirtschafts-Service GmbH (AWS) — LNVG und VSGG, Berufskraftfahrer auszubilden und die beschleunigte Grundqualifikation zu ermöglichen, eine Chance die gewünschte Qualität in die Verkehrsleistungserbringung der VSGG aufzubauen und nachhaltig zu erbringen.

Diese Vorgehensweise kann auf bestehende Ressourcen zurückgreifen, wie auf die Ausbildungserfahrung und Schulungsräume der AVM oder Kraftverkehrsmeister der RWGG — VSGG. Die Führerscheine der Klassen C und D sollen in Zusammenarbeit mit einer Fahrschule erworben werden. Erste Gespräche dazu haben bereits stattgefunden. Die Bundesagentur für Arbeit wurde dabei mit einbezogen. Daraus würde sich die Möglichkeit ergeben, benötigte und bereits nach den eigenen Erfordernissen geschulte Berufskraftfahrer mit den Führerscheinen der Klasse C (LKW) und D (Omnibus) in die Konzernunternehmen einzubringen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

SAVAG Südhessische Abfall-Verwertungs-GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Auf der Hardt/An der B42
64572 Büttelborn
Webseite: www.savag-suedhessen.de


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2006

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 33,3% / 33,3%

Kapital:

Stammkapital 52.002 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Entsorgungsdienstleistungen aller Art und der Betrieb von Entsorgungsanlagen.

Öffentlicher Zweck: Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO gelten Tätigkeiten im Gebiet der Abfall- und Abwasserbeseitigung nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Meinhardt Städtereinigung GmbH & Co. KG	17.334 €	33,3%
Riedwerke Kreis Groß-Gerau	17.334 €	33,3%
Zweckverband Abfallverwertung Südhausen	17.334 €	33,3%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Denis Göttert	Vorsitz
Frau Tamara Lutz	Vorsitz
Herr Jens Tollkühn	Vorsitz

Aufsichtsrat

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Riedwerke Kreis Groß- Gerau	Vorsitz
---	--------------------------------	---------

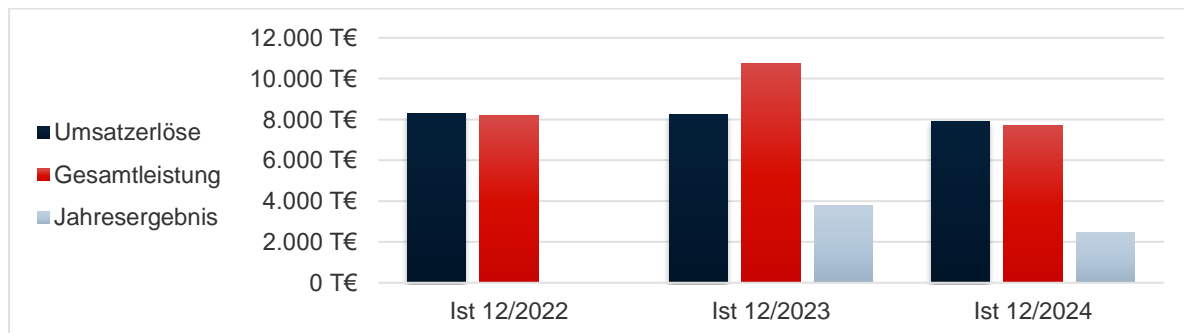


Herr Marco Hesser (ab 01.02.2024)		Mitglied
Frau Dr. Julia Klinger	Zweckverband Abfallverwertung Südhessen	Mitglied
Herr Frank-Steffen Meinhardt	Meinhardt Städtereinigung GmbH & Co. KG	Mitglied
Herr Stefan Metzger		Mitglied
Herr Holger Schmitz	Meinhardt Städtereinigung GmbH & Co. KG	Mitglied
Herr Günter Verst (bis 30.01.2024)	Zweckverband Abfallverwertung Südhessen	Mitglied

Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Riedwerke Kreis Groß- Gerau	Vorsitz
Herr Marco Hesser	Zweckverband Abfallverwertung Südhessen	Mitglied
Herr Frank-Steffen Meinhardt	Meinhardt Städtereinigung GmbH & Co. KG	Mitglied

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	8.268	8.231	7.916
Bestandsveränderungen	-118	52	-250
Sonstige betriebliche Erträge	22	2.436	58
Gesamtleistung	8.172	10.719	7.724
Materialaufwand	6.816	4.022	3.440
Personalaufwand	39	39	40
Sonstige betriebliche Aufwendungen	193	383	401
Abschreibungen	913	1.022	860
EBIT	210	5.253	2.984



Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	186	544
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	170	39	5
EBT	40	5.400	3.523
Steuern vom Einkommen und Ertrag	15	1.634	1.079
Jahresergebnis	25	3.765	2.444
Gewinnvortrag / Verlustvortrag VJ	1.399	-	-
Bilanzergebnis	1.424	-	-

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	2.809	3.562	3.252
Umlaufvermögen	11.019	15.177	16.495
Rechnungsabgrenzungsposten	201	180	156
Aktive latente Steuern	1.501	1.783	1.771
Bilanzsumme	15.530	20.702	21.674
Passiva			
Eigenkapital	1.476	5.242	6.785
Rückstellungen	13.272	14.938	14.516
Verbindlichkeiten	783	522	373
Bilanzsumme	15.530	20.702	21.674

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	0,3	45,7	30,9
Materialaufwandsquote (in %)	83,4	37,5	44,5
Personalaufwandsquote (in %)	0,5	0,4	0,5
Finanzergebnis (T€)	-170	147	539
Eigenkapital (T€)	1.476	5.242	6.785
Anlagendeckung I (in %)	52,5	147,2	208,6

Bezüge

Die von der Gesellschaft gezahlten Bezüge für die Geschäftsführer betragen EUR 32.400.

Die Gesamtbezüge der Aufsichtsräte betragen 22.680,00 EUR.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die SAVAG Südhessische Abfall-Verwertungs GmbH.



Auszug aus dem Lagebericht

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Zukünftige Entwicklung

Es ist davon auszugehen, dass sich die wirtschaftliche Lage der SAVAG innerhalb der nächsten 6 Jahre (Restlaufzeit) weiterhin positiv entwickelt. Die Verfügbarkeit von Deponien der Deponiekategorie II wird geringer, im Gegenzug steigt die Nachfrage für entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten. Nach derzeitiger Wirtschaftsplanung ist für 2025 auf Basis von 170.133 m³ Verfüllvolumen mit Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 9.393 und einem Ergebnis vor Steuern von TEUR 4.074 zu rechnen. Aufgrund des aktuellen schlechten Wirtschaftswachstums i.V.m. dem teilweisen Einbruch der Bauindustrie sind die am Markt befindlichen mineralischen Abfälle derzeit deutlich reduziert. Dies könnte zu einer Reduzierung des Marktpreises führen und demnach zu geringeren Erlösen als aktuell geplant.

Anordnung für spez. freigegebene Abfälle

Mit Anhörungsschreiben gemäß § 28 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) vom 16. November 2022 und 26. April 2023 soll eine Anordnung zur Gestattung der Mitbenutzung der SAVAG-Deponie Büttelborn für spezifisch freigegebene Abfälle gem. § 29 Abs. 1 S.1 KrWG sowie § 28 Abs. 2 KrWG umgesetzt werden. Mit dieser Anordnung soll die SAVAG-Deponie verpflichtet werden spezifisch freigegebene Abfälle aus dem Rückbau des AKW Biblis zu beseitigen. Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 21.11.2022 werden juristische Schritte gegen die Anordnung gemeinsam mit dem Planfeststellungsinhaber Riedwerke Kreis Groß-Gerau eingeleitet. Als juristischer Beistand ist das Anwaltsbüro okl&Partner aus Köln mandatiert. Die hieraus entstehenden Kosten werden zwischen der SAVAG GmbH und den Riedwerken Kreis Groß-Gerau aufgeteilt.

Die Anordnung gem. § 29 Abs. 1 S.1 KrWG i.V.m. § 28 Abs. 2 KrWG zur Gestattung der Mitbenutzung der SAVAG-Deponie Büttelborn für spez. freigegebene Abfälle wurde am 18.07.2023 zugestellt.

Gegen den Bescheid wurde am 02.08.2023 Klage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt eingereicht. Mit einem weiteren Beschluss hat das Verwaltungsgericht den Streitwert vorläufig auf 171.360 EUR festgesetzt. Die Streitwertfestsetzung erfolgte zunächst vorläufig. Die endgültige Festsetzung erfolgt bei Beendigung des Verfahrens.

Das Urteil des VG Darmstadt über die eingereichten Eilanträge wurde am 30.04.2024 zugestellt. Es beinhaltet die Anordnung des Sofortvollzuges. Weitere rechtliche Schritte wurden nachfolgend eingeleitet.

Zusätzlich zur Beschwerdebeurteilung wurde am 24.06.2024 eine durch unser Ingenieurbüro ISK erstellte Berechnung einer Sicherheitsleistung beim VGH Kassel eingereicht. Diese Sicherheitsleistung soll der Erzeuger/Anlieferer der Abfälle für den Fall bei der SAVAG hinterlegen, dass im Hauptsacheverfahren entschieden wird, dass die Abfälle wieder ausgebaut werden müssen.

Die SAVAG hat die Stellungnahme der RWE beantwortet. Das Preisangebot der SAVAG wurde vom ZAKB abgelehnt, und die Verhandlungen gelten als gescheitert.

Der VGH Kassel hält die Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage der Riedwerke für relevant und setzte eine Frist bis zum 01.11.2024 für Stellungnahmen, die nach Fristverlängerung am 08.11.2024 fristgerecht eingereicht wurden.

Am 01.11.2024 wurde ein Einbaukonzept an das RP Darmstadt und den ZAKB übermittelt. Der ZAKB forderte am 14.11.2024 das RP Darmstadt auf, das Entgelt gemäß § 29 Abs. 1 KrWG festzusetzen, da das ISK-Gutachten nicht akzeptiert wird. Zudem laufen Schriftsätze mit dem VGH Kassel zur Klagebefugnis der Riedwerke mit einer Frist zur Stellungnahme bis 11.12.2024.

Die Entscheidung vom 05.02.2025 wurde durch die Juristen geprüft. Innerhalb der Fristen wurden eine Anhörungsrüge beim VGH Kassel und eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Anhörungsrüge wurde am 19. März 2025 vom VGH Kassel zurückgewiesen.

Die SAVAG hat eine neue Verfassungsbeschwerde eingereicht, Frist ist der 21.04.2025. Die vorherige Beschwerde vom 06.03.2025 bleibt bestehen und wird verbunden, um die Zulässigkeit sicherzustellen. Am 26.03.2025 fand ein Abstimmungstermin mit dem ZAKB statt, bei dem die SAVAG u.a. eine lückenlose Überprüfung des Freimessprozesses und die Aufnahme eines rückholbaren Einbauprozesses ins Konzept forderte. Eine Rückmeldung des ZAKB steht noch aus.

Chancen

Wegen der landesweit zurückgehenden verfügbaren Deponiekapazitäten sieht die SAVAG GmbH in dem Ausbau des Deponiefeldes 10 mit optimierter Verfüllgeometrie eine Chance die Nachfrage nach den noch vorhandenen Entsorgungsmöglichkeiten bedienen zu können.

Risiken

Die Bildung von Rückstellungen für die Deponienachsorge ist ein wichtiger Bestandteil der Planung. Aufgrund der volatilen Zeiten sind ständige Anpassungen an die aktuellen Entwicklungen notwendig, um später ausreichende Mittel für die Deponienachsorge zur Verfügung zu haben. Die Entwicklung der potenziellen Kosten wird daher stetig beobachtet und von Ingenieurbüros entsprechend regelmäßig neu berechnet. Das Risiko, nicht ausreichend liquide Mittel für die Zeit nach der Stilllegung zur Verfügung zu haben, muss unbedingt geringgehalten werden.

Die Gesellschaft verfügt über ein Gesamtguthaben von rd. TEUR 14.310,8, welches auf die Kreissparkasse Groß-Gerau, die Volksbank Darmstadt Mainz eG und die Deutsche Bank verteilt ist. Diese Bankguthaben sind über den Einlagensicherungsfonds nur bis zu einem Betrag von TEUR 100 abgesichert. Sollte eine der Einlagenbanken in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten und die Guthaben nur teilweise oder nicht zurückführen können, wäre diese Differenz ertragswirksam auszubuchen. Aufgrund der Kontenverteilung ist dieses Risiko jedoch als gering einzustufen, dennoch muss diese Lage beobachtet werden, um gegebenenfalls frühzeitig handeln zu können.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Hessenwasser GmbH & Co. KG

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Taunusstraße 100
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06925490-0
Webseite: www.hessenwasser.de


Rechtsform: GmbH & Co. KG

Gründungsdatum: 01.01.2000

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 18,2% / 18,2%

Kapital:

Stammkapital 16.500.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand der Gesellschaft ist die Wassergewinnung, der Wasserbezug sowie die Aufbereitung, die Speicherung, der Transport und die Lieferung von Wasser an die Gesellschafterkunden und sonstige Dritte, wasserver- und entsorgungsnaher Dienstleistungen, insbesondere Labordienstleistungen, Betriebsführung und Beratung, sowie die Entsorgung von Abwasser. Zu diesem Zweck kann sie eigene Anlagen zur Wassergewinnung, zum Transport von Wasser und zur Abwasserentsorgung betreiben.

Öffentlicher Zweck: Das Unternehmen erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt bzw. es besteht Bestandsschutz gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Mainova AG	6.000.000 €	36,4%
ENTEKA AG	4.500.000 €	27,3%
ESWE Versorgungs AG	3.000.000 €	18,2%
Riedwerke Kreis Groß-Gerau	3.000.000 €	18,2%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

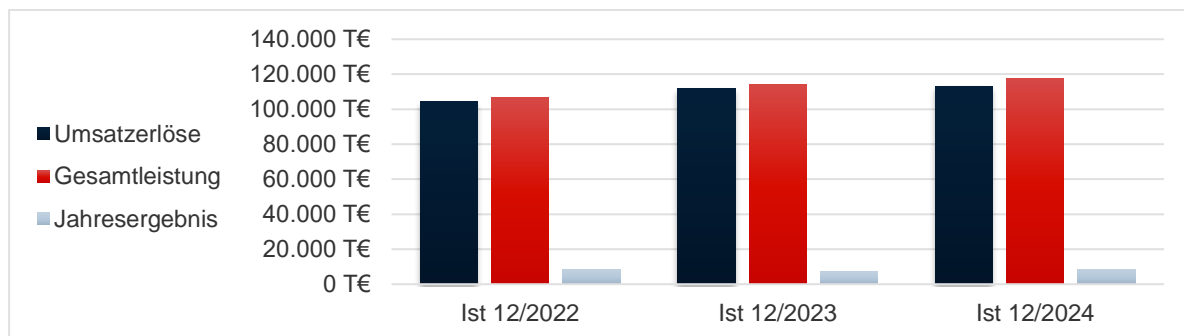
Frau Elisabeth Jreisat

Vorsitz



Gesellschafterversammlung

Herr Andreas Niedermaier	ENTEKA AG	Vorsitz
Herr Dr. Constantin Alsheimer	Mainova AG	Mitglied
Herr Norbert Breidenbach	Mainova AG	Mitglied
Herr Jörg Höhler	ESWE Versorgungs AG	Mitglied
Frau Dr. Julia Klinger	ENTEKA AG	Mitglied
Herr Stefan Metzger		Mitglied
Herr Ralf Schodlok	ESWE Versorgungs AG	Mitglied
LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Mitglied

Gewinn und Verlust

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	104.159	111.902	113.260
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.325	1.460	1.641
Sonstige betriebliche Erträge	965	862	2.524
Gesamtleistung	106.449	114.224	117.425
Materialaufwand	51.464	58.859	54.486
Personalaufwand	30.422	30.969	33.531
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.682	6.359	7.232
Abschreibungen	7.960	7.982	9.612
EBIT	10.920	10.055	12.563
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	1	1	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	184	338
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.159	1.594	2.507
EBT	9.763	8.646	10.395
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.350	1.270	1.644
Sonstige Steuern	171	178	181
Jahresergebnis	8.242	7.198	8.571
Zuführungen in die Rücklagen	4.796	3.599	4.285
Bilanzergebnis	3.446	3.599	4.285



Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	136.126	145.603	163.453
Umlaufvermögen	23.621	20.320	32.433
Rechnungsabgrenzungsposten	154	218	211
Bilanzsumme	159.901	166.141	196.097
Passiva			
Eigenkapital	47.068	50.821	55.792
Rückstellungen	9.038	9.161	8.725
Verbindlichkeiten	97.397	97.462	121.592
Rechnungsabgrenzungsposten	233	730	43
Bilanzsumme	159.901	166.141	196.097

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	7,9	6,4	7,6
Materialaufwandsquote (in %)	48,3	51,5	46,4
Personalaufwandsquote (in %)	28,6	27,1	28,6
Finanzergebnis (T€)	-1.157	-1.409	-2.168
Eigenkapital (T€)	47.068	50.821	55.792
Anlagendeckung I (in %)	39,1	40,4	40,2

Bezüge

Von der Möglichkeit, auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung nach § 286 Abs. 4 HGB zu verzichten, wurde Gebrauch gemacht.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die Hessenwasser GmbH & Co. KG.

Auszug aus dem Lagebericht

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Einzelrisiken der Hessenwasser werden im Folgenden absteigend in ihrer Bedeutung für die Hessenwasser dargestellt.

Die Inflation und die allgemein gestiegenen Bau- und Investitionskosten, Fachkräftemangel und demographischer Wandel, Digitalisierung und erhöhte Auslastung bei den Baufirmen stellen auch die Hessenwasser vor Herausforderungen.

Auch die Themen Notvorsorge und Krisenfall, eine in diesem Zusammenhang aufkommende Forderung nach einer 72-stündigen Wasserversorgung bei Stromausfall Szenarien, Notstrom-Konzepte für Kunden und verstärkte Kritis-Anforderungen spielten in diesem Zusammenhang eine Rolle. Welche Bedeutung diese Themen auch für Kommunen und andere kommunale



Unternehmen haben, konnte dem großen Interesse an diesen Themen im Rahmen der Hessenwasser Sommertour deutlich entnommen werden. Eine rege Diskussion ergab sich hier insbesondere zum Thema der Notvorsorge. Hier waren die Fragen über zu klärende Zuständigkeiten sowie die fehlende Vorrangige Belieferung der Wasserversorgung im Krisenfall Themenschwerpunkte.

Hessenwasser hat als Unternehmen der kritischen Infrastruktur schon lange Wert auf eine besonders hohe Cybersicherheit gelegt. Aufgrund der momentanen politischen Lage wurden alle Mitarbeitenden auf die Verpflichtung einer besonderen Achtsamkeit hingewiesen sowie alle Maßnahmen überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Insgesamt führt die Situation zu stark steigenden Kosten, die insbesondere durch die Entwicklung auf dem Energiesektor aber auch durch die steigenden Lohnkosten sowie Zinsen getrieben werden. Die steigenden Kosten werden im Rahmen von Preisgleitklauseln mit Zeitverzug an die Kunden weitergegeben.

Insbesondere der Bereich der Energiekosten ist bereits heute wieder auf einem Niveau angelangt, welches nicht wesentlich über dem Niveau des Zeitraums vor der Ukrainekrise liegt. Da dies sich in unsicheren Zeiten auch jederzeit wieder ändern kann, hat Hessenwasser bereits jetzt Stromverträge für 2025 abgeschlossen, und so eine sichere Planungsgrundlage in diesem Bereich geschaffen.

Aufgrund anstehender hoher Investitionstätigkeiten stellt die Entwicklung der gestiegenen Leitzinsen der Europäischen Zentralbank ein Risikopotential für die Ertragslage dar. Hessenwasser hat im Jahr 2023 eine langfristige Finanzierung zum Bau des südlichen Teils der zweiten Riedleitung (R2S) abgeschlossen und so, zumindest für diesen Teil, das Zinsänderungsrisiko reduziert und eine feste Basis für eine folgende Ausschreibung geschaffen. Für Hessenwasser besteht bei weiteren Zinsanstiegen das Risiko, dass die Zinsaufwendungen aus Kreditfinanzierungen höher ausfallen als geplant. Hessenwasser hat ihr Liquiditätsmanagement so organisiert, dass immer eine ausreichende Reserve an liquiden Mitteln verfügbar ist. Dazu gehört auch die Möglichkeit, auf Kreditlinien von Finanzinstituten flexibel und in angemessener Höhe zurückgreifen zu können.

Hessenwasser sieht neben diesen Sachverhalten unverändert wesentliche allgemeine Risiken, in den im Augenblick noch in der Schwebe befindlichen Rahmenbedingungen der Wasserversorgung in Südhessen.

Über den erhöhten Aufwand, welcher sich durch die Umsetzung weiterer gesetzlicher Anforderungen, hier sind insbesondere die Umsetzung der EU Trinkwasserrichtlinie über eine umfassende Novelle der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) ergibt, wurde im einleitenden Teil bereits berichtet.

Die großen Herausforderungen für die Wasserversorgung stellen insbesondere der Klimawandel sowie das Bevölkerungswachstum in der Metropolregion Rhein-Main dar. Insgesamt stellt nicht die zur Verfügung stehende Wasserressource, sondern die zur Aufbereitung oder zum Transport des Wassers benötigte Infrastruktur den größten Engpassfaktor dar. Die Maßnahmen, die Hessenwasser ergriffen hat, um diese Aufgaben zu bewältigen und eine sichere Wasserversorgung für Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zu gewährleisten, wurden ebenfalls unter den Rahmenbedingungen bereits ausführlich dargestellt.

Bereits seit langer Zeit stellt Hessenwasser die Weichen für eine nachhaltige Wasserversorgung. Die dargestellte Dekarbonisierungsstrategie, die Umstellung auf „Grünstrom“, die Einführung des Nachhaltigkeitsmanagements sowie die Einstellung eines Klimamanagers sind weitere Schritte auf dem Weg, immer nachhaltiger zu werden.

Zur Erlangung des DNK-Signets wurde bereits jetzt eine Wesentlichkeitsmatrix erstellt, Handlungsfelder und Maßnahmen definiert sowie Kennzahlen ermittelt. Durch diese, bei Hessenwasser eingeführten Strukturen, wurden bereits die Voraussetzungen geschaffen, welche der Hessenwasser die zukünftig notwendige ESG-Berichterstattung erleichtern werden. Dennoch sind für die Hessenwasser große Anstrengungen erforderlich, um den zukünftigen Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung im Rahmen des Lageberichts gerecht zu werden. Auch hier sei auf die Ausführungen unter den Rahmenbedingungen verwiesen, da bereits hier dargestellt wurde, welche Maßnahmen Hessenwasser bereits jetzt ergriffen hat, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Hessenwasser erzielt ihre wesentlichen Umsätze mit den Gesellschafterkunden. Bei den Verhandlungen zu den auslaufenden Wasserlieferverträgen mit Drittkunden werden die bereits angesprochenen, für die Erhaltung der Versorgungssicherheit unumgänglichen, Investitionen in die Infrastruktur berücksichtigt. Aus diesem Grund muss es bei neu abzuschließenden Wasserlieferverträgen, auch in Abhängigkeit der Nutzung der Infrastruktur, zu Preisadjustierungen kommen.

Auch die Ausweitung weiterer Geschäftsfelder im Bereich des Drittgeschäfts hat Hessenwasser erfolgreich vorangetrieben. An dieser Stelle sei insbesondere auf die, bei vielen Drittkunden bereits angefragte, Asset-Bewertung verwiesen. Zudem wurde eine Dienstleistung für unsere Kunden für die Umsetzung der Trinkwassereinzuggebieteverordnung erarbeitet.

Aufgrund von Veränderungen in den Rahmenbedingungen für Hessenwasser ist es notwendig Personal nachzuführen. Es ist erforderlich in den kommenden Jahren weitere VZÄ aufzubauen, um den bestehenden Anforderungen gerecht zu werden. Dieser Personalaufbau erfolgt aufgrund verschiedener Einflussfaktoren, wie den Erhalt des Anlagenbestand (Zuwachs & Substanzerhaltung), Beteiligungen bei Drittprojekten mit der besonderen Herausforderung im Ballungsraum, Ausweitung des Drittgeschäftes, Digitalisierung, Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD, Taxonomie), Recruiting und dem Schutz kritischer Infrastruktur. Auch und gerade die zunehmenden Rohrbrüche im Jahr 2024 zeigen, dass in den nächsten Jahren die risikobasierte Instandhaltungsstrategie gestärkt werden soll. Um den allgemein steigenden Kosten entgegenzuwirken, hat Hessenwasser Projekte im Bereich der Digitalisierung vorangetrieben, die in das Effizienzprogramm EP 27 eingebettet sind. Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und Unsicherheiten aufzulösen, hat Hessenwasser im Winter 2020/2021 die Entwicklung ihrer Digitalisierungsstrategie „Digital 2030“ gestartet und auch im Jahr 2024 fortgeführt. Die Projekte Customer-Relationship-Management (CRM), das digitale Instandhaltungsmanagement, der digitale Postlauf, die digitale Vorgangsbearbeitung und Aktenführung im juristischen Bereich sowie die Einführung einer KI-Strategie sind Projekte, die sich bereits konkret in der Erarbeitungsphase befinden.

Der Weg der Digitalisierung muss auch in den Folgejahren konsequent weiter beschritten werden, um transparentere und optimierte Prozessabläufe zu erreichen, und somit auch die Zufriedenheit unserer Mitarbeitenden und Kunden zu erhöhen.

Hessenwasser hat das bestehende Risikomanagementsystem im Oktober 2024 aktualisiert. Außer den bereits ausführlich dargestellten Risiken durch die Ukrainekrise haben sich keine wesentlichen Erkenntnisse über grundlegende neue Risiken ergeben.

Hessenwasser ist auch in das Risikomanagementsystem einer Gesellschafterin einbezogen und meldet ihre Risiken entsprechend. Die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen ein gestiegenes Risiko bei den Kosten für geplante Investitionsmaßnahmen (Fremdfinanzierung, Bau- und Lieferleistungen) erwarten, was sich durch die daraus folgenden höheren Kapitalkosten negativ auf das Ergebnis auswirken könnte.

Als regionaler Wasserversorger planen wir stets mit allen witterungsbedingten Eventualitäten, um die entsprechend veränderliche Bedarfs- und Ressourcenlage in einen optimierten Ausgleich im Rahmen der betrieblichen und wasserrechtlichen Rahmenbedingungen zu bringen. Unser Instrument hierfür ist das den Leitungsverbund der Hessenwasser übergreifende Wasserressourcenmanagement in Verbindung mit den infiltrationsgestützten Wasserwerken und der Oberflächenwasseraufbereitung.

Bestandsgefährdende Risiken für die künftige Entwicklung der Hessenwasser bestehen derzeit nicht.

Trotz der dargestellten Herausforderungen sieht Hessenwasser, insbesondere vor dem Hintergrund der dargestellten Maßnahmen, sich gut aufgestellt, um auch in Zukunft Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität gemeinsam erreichen zu können.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Hessenwasser Verwaltungs-GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Taunusstraße 100
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06925490-0
Webseite: www.hessenwasser.de


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2003

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 18,2% / 18,2%

Kapital:

Stammkapital 30.550 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften. Die Gesellschaft ist insbesondere berufen, bei der Kommanditgesellschaft unter der Firma Hessenwasser GmbH & Co. KG die Rechtsstellung einer persönlich haftenden Gesellschafterin einzunehmen und deren Geschäfte zu führen.

Öffentlicher Zweck: Das Unternehmen erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt bzw. es besteht Bestandsschutz gemäß § 121 Abs. 1 Satz 2 HGO.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Mainova AG	11.100 €	36,3%
ENTEKA AG	8.350 €	27,3%
ESWE Versorgungs AG	5.550 €	18,2%
Riedwerke Kreis Groß-Gerau	5.550 €	18,2%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Frau Elisabeth Jreisat Vorsitz

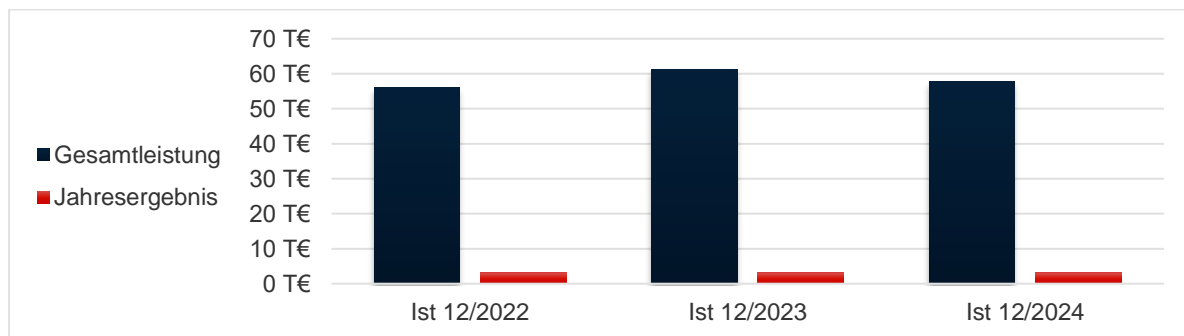


Aufsichtsrat

Herr Dr. Jörg Becker		Vorsitz
Herr Patrick Albert	Hessenwasser GmbH & Co. KG	Stellvertretung Vorsitz
Herr Andreas Niedermaier	ENTEKA AG	Stellvertretung Vorsitz
Herr Dennis Blessing	Hessenwasser GmbH & Co. KG	Mitglied
Herr Ronny Ehrlich	Hessenwasser GmbH & Co. KG	Mitglied
Frau Katja Fassoth		Mitglied
Herr Stefan Haas		Mitglied
Herr Jörg Höhler	ESWE Versorgungs AG	Mitglied
Frau Anne-Rose Jung	Hessenwasser GmbH & Co. KG	Mitglied
Herr Uwe Kettner (ab 01.01.2024, bis 30.07.2024)		Mitglied
Frau Dr. Julia Klinger	ENTEKA AG	Mitglied
Herr Dr. Michael Maxelon (ab 01.08.2024)		Mitglied
Herr Stefan Metzger		Mitglied
Herr Heiko Müller	Hessenwasser GmbH & Co. KG	Mitglied
Herr Ralf Schodlok	ESWE Versorgungs AG	Mitglied
KTM Herr Franz-Rudolf Urhahn		Mitglied
Frau Anja Weygand	Hessenwasser GmbH & Co. KG	Mitglied

Gesellschafterversammlung

Herr Andreas Niedermaier	ENTEKA AG	Vorsitz
Herr Dr. Constantin Alsheimer	Mainova AG	Mitglied
Herr Norbert Breidenbach	Mainova AG	Mitglied
Herr Jörg Höhler	ESWE Versorgungs AG	Mitglied
Frau Dr. Julia Klinger	ENTEKA AG	Mitglied
Herr Stefan Metzger		Mitglied
Herr Ralf Schodlok	ESWE Versorgungs AG	Mitglied
LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)		Mitglied

Gewinn und Verlust

Alle Angaben in T€



	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Sonstige betriebliche Erträge	56	61	58
Gesamtleistung	56	61	58
Sonstige betriebliche Aufwendungen	48	52	48
EBIT	8	9	10
EBT	8	9	10
Sonstige Steuern	5	6	7
Jahresergebnis	3	3	3

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Umlaufvermögen	109	118	116
Bilanzsumme	109	118	116
Passiva			
Eigenkapital	92	95	98
Rückstellungen	8	12	9
Verbindlichkeiten	9	10	9
Bilanzsumme	109	118	116

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Eigenkapital (T€)	92	95	98

Bezüge

Die Geschäftsführung erhielt im Geschäftsjahr 2024 keine Bezüge von der Gesellschaft.

Die Bezüge des Aufsichtsrates betragen im Berichtsjahr 39 TEUR.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die Hessenwasser Verwaltungs-GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht

Risiken und künftige Entwicklungen

Das Risiko der Gesellschaft besteht derzeit ausschließlich in der Übernahme der persönlichen Haftung im Rahmen ihrer Komplementärstellung bei der Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau.



Ausblick

Die Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau, weist im Geschäftsjahr 2024 einen Bilanzgewinn (Jahresüberschuss abzüglich Einstellung der Gewinnrücklage) von TEUR 4.285 aus, das Eigenkapital beläuft sich zum 31. Dezember 2024 auf TEUR 55.792. Vor diesem Hintergrund aus betrachtet, besteht für die Hessenwasser Verwaltungs-GmbH unverändert Anlass, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Für das Jahr 2025 wird mit einem Jahresüberschuss auf unverändertem Niveau gerechnet.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Friedrichstraße 45
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152 718-0
Webseite: www.uewg.de


Rechtsform: GmbH & Co. KG

Gründungsdatum: 01.01.2005

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 74,9% / 74,9%

Kapital:

Stammkapital 4.000.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und Verpachtung der gesellschaftseigenen Energienetze nebst den dazugehörigen Grundstücken.

Öffentlicher Zweck: Die Voraussetzungen des § 121 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Riedwerke Kreis Groß-Gerau	2.996.000 €	74,9%
Überlandwerk Groß-Gerau GmbH	1.004.000 €	25,1%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

Herr Hendrik Frey	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Vorsitz
Herr Michael Worch	Mainzer Netze GmbH	Vorsitz

Aufsichtsrat

Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)		Vorsitz
Bgm Herr Jochen Engel	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied

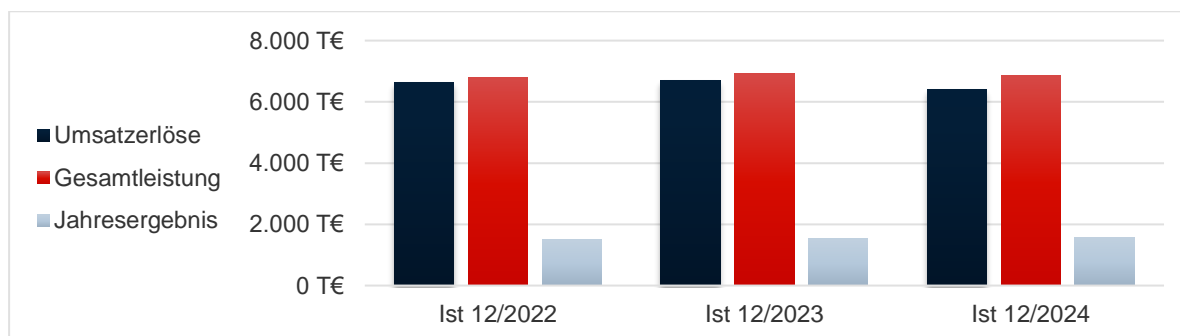


Bgm Frau Lisa Gößwein (ab 03.01.2024)		Mitglied
Herr Fabian Hensel	Mainzer Netze GmbH	Mitglied
Bgm Herr Marcus Kretschmann	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Stefan Metzger	AWS Abfall- Wirtschaftszentrum Südhessen GmbH	Mitglied
Herr Thomas Schell (bis 01.01.2024)	Kreistag des Kreises Groß-Gerau	Mitglied
Herr Jürgen Schmidt	Überlandwerk Groß- Gerau GmbH	Mitglied

Gesellschafterversammlung

Herr Jürgen Schmidt	Überlandwerk Groß- Gerau GmbH	Vorsitz
LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Riedwerke Kreis Groß- Gerau	Stellvertretung Vorsitz

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	6.644	6.681	6.411
Sonstige betriebliche Erträge	139	232	441
Gesamtleistung	6.783	6.913	6.852
Materialaufwand	2.754	2.852	2.682
Sonstige betriebliche Aufwendungen	285	323	353
Abschreibungen	1.851	1.847	1.852
EBIT	1.893	1.891	1.965
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148	146	144
EBT	1.745	1.745	1.821
Steuern vom Einkommen und Ertrag	249	219	245
Sonstige Steuern	3	4	6
Jahresergebnis	1.493	1.522	1.570

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	36.992	37.060	37.596
Umlaufvermögen	1.365	1.706	1.191
Bilanzsumme	38.357	38.766	38.787
Passiva			
Eigenkapital	29.415	29.744	29.953
Rückstellungen	49	79	140
Verbindlichkeiten	8.032	8.186	8.038
Passive latente Steuern	734	702	648
Bilanzsumme	38.357	38.766	38.787

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	22,5	22,8	24,5
Materialaufwandsquote (in %)	40,6	41,3	39,1
Finanzergebnis (T€)	-148	-146	-144
Eigenkapital (T€)	29.415	29.744	29.953
Anlagendeckung I (in %)	79,9	80,4	79,7

Bezüge

Bezüglich der Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird von den Befreiungsvorschriften des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 1 TEUR (i. Vj. 1TEUR).

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG.

Auszug aus dem Lagebericht

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Seitens der Regulierungsbehörde wird im Rahmen der Netzentgeltregulierung die wirtschaftliche Ausgangsbasis für den Netzbetrieb gelegt. Als Verpächterin für die ÜWG Stromnetze sind dabei gemäß den mit den Pächterinnen der Netze vereinbarten Pachtverträge in erster Linie die Eigenkapitalverzinsung, die kalkulatorischen Abschreibungen und die kalkulatorische Gewerbesteuer maßgeblich. Insofern ergeben sich aus dieser Vereinbarung die größten Risiken und gleichwohl Chancen. Für die Jahre 2024 bis 2028 (vierte Regulierungsperiode) gelten die von der Bundesnetzagentur am 12.10.2021 neu festgelegten Eigenkapitalzinssätze. Danach wurde der Eigenkapitalzins von 6,91% auf 5,07% für Neuinvestitionen und von 5,12% auf



3,51% für Altinvestitionen gesenkt. Gleichzeitig ergibt sich in Folge der politischen Ziele zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 für die Erzeugungs-, Mobilitäts- und Wärmetransformation ein erheblicher Netzausbaubedarf und aufgrund abgeleiteter regulatorischer Vorgaben zur Steuerung von Einspeiseanlagen sowie steuerbaren Verbrauchseinrichtungen nach §14a des 3. Energiewirtschaftsgesetzes ein erheblicher zusätzlicher Investitionsbedarf in die Digitalisierung der Verteilnetze. Der Finanzierungsbedarf liegt deutlich über dem bisherigen jährlichen Finanzierungsvolumen. Aufgrund der im Vergleich zu den aktuell zugestandenen niedrigen Eigenkapitalzinsen hohen Fremdkapitalzinsen deuten sich für die Gesellschaft trotz erhöhter Investitionstätigkeit keine deutlichen Verbesserungen der wirtschaftlichen Chancen an. Deshalb wurde im Jahr 2024 seitens der Gesellschaft in Abstimmung mit den Gesellschaftern eine Wirtschaftsprüfungskanzlei mit der Prüfung von regulatorisch optimierten Finanzierungsoptionen beauftragt. Die Ergebnisse werden im zweiten Quartal des Jahres 2025 erwartet.

Weitere wesentliche Risiken oder Chancen sind zurzeit nicht erkennbar.

Bezogen auf das Geschäftsjahr 2025 geht die Gesellschaft bei moderat niedrigeren Umsatzerlösen sowie moderat höheren Aufwendungen und bereinigt um den Sondereffekt Verkauf 20-kV-Schaltheis Waldweg moderat höheren Abschreibungen von einem Jahresüberschuss von ca. EUR 1,2 Mio. aus.

Einige der im Lagebericht gemachten Angaben enthalten zukunftsbezogene Aussagen. Diese wurden auf Grundlage der Erwartungen und Einschätzungen der Gesellschaft über künftige relevante Ereignisse formuliert. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen naturgemäß Risiken und Ungewissheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse abweichen oder schlechter ausfallen als beschrieben.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

ÜWG Stromnetze Verwaltungs GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Friedrichstraße 45
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152718-0
Webseite: www.uewg.de



Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 01.01.2013

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 74,9% / 74,9%

Kapital:

Stammkapital 25.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Übernahme und Verwaltung einer Beteiligung als geschäftsführungsbefugte persönlich haftende Gesellschafterin an der Kommanditgesellschaft unter der Firma ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Groß-Gerau.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar gefördert werden kann.

Öffentlicher Zweck: Die Voraussetzungen des § 121 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt in den Leistungsdaten wider.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Riedwerke Kreis Groß-Gerau	18.725 €	74,9%
Überlandwerk Groß-Gerau GmbH	6.275 €	25,1%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Geschäftsführung

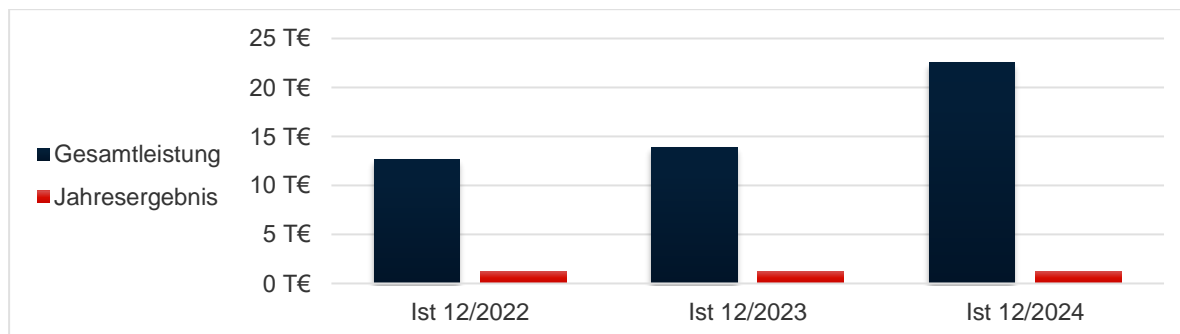
Herr Hendrik Frey	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Vorsitz
Herr Michael Worch	Mainzer Netze GmbH	Vorsitz



Gesellschafterversammlung

Herr Jürgen Schmidt	Überlandwerk Groß-Gerau GmbH	Vorsitz
LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Stellvertretung Vorsitz

Gewinn und Verlust



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Sonstige betriebliche Erträge	13	14	23
Gesamtleistung	13	14	23
Personalaufwand	7	8	17
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4	5	4
EBIT	2	2	2
EBT	2	2	2
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresergebnis	1	1	1

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Umlaufvermögen	63	51	50
Bilanzsumme	63	51	50
Passiva			
Eigenkapital	38	39	40
Rückstellungen	5	5	5
Verbindlichkeiten	21	8	5
Bilanzsumme	63	51	50

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Personalaufwandsquote (in %)	55,5	55,1	73,4
Eigenkapital (T€)	38	39	40

Bezüge

Bezüglich der Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird von der Befreiungsvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die ÜWG Stromnetze Verwaltungs GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht

Chancen, Risiken und Ausblick

Aufgrund der ausschließlichen Funktion als Komplementärin der ÜWG Stromnetze sind wesentliche Risiken oder Chancen zurzeit nicht erkennbar.

Bezogen auf das Geschäftsjahr 2025 gehen wir von einem positiven Ergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2024 aus, das sich aus der Komplementärfunktion ergibt.

Einige der im Lagebericht gemachten Angaben enthalten zukunftsbezogene Aussagen. Diese wurden auf Grundlage unserer Erwartungen und Einschätzungen über künftige, uns betreffende Ereignisse formuliert. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen naturgemäß Risiken und Ungewissheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse abweichen oder schlechter ausfallen als beschrieben.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Rohstoff- und Verwertungs-Zentrum Süd Hessen GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Auf der Hardt/An der B42
64572 Büttelborn
Tel.: 061527119-0


Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 23.10.2014

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal - / 50,% / 50,0%

Kapital:

Stammkapital 25.000 € - Stimmen

Unternehmenszweck: Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Entsorgungsdienstleistungen in Bezug auf Abfälle aller Art und Herkunft und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte und Dienstleistungen zur Auslastung der bei den Gesellschaftern und ihren verbundenen Unternehmen vorhandenen Anlagen im Rahmen der bestehenden Genehmigungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften, Maßnahmen und abfallrechtlichen Aktivitäten einschließlich Hilfs- und Nebengeschäften berechtigt, die zur Förderung ihres Unternehmensgegenstandes unmittelbar oder mittelbar geeignet sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich zur Förderung des Gesellschaftszwecks an anderen Unternehmen zu beteiligen oder solche zu erwerben sowie die Leitung und das Management für andere Unternehmen zu übernehmen, soweit es dem Unternehmensgegenstand entspricht.

Öffentlicher Zweck: Das Unternehmen erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO gelten Tätigkeiten im Gebiet der Abfall- und Abwasserbeseitigung nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Riedwerke Kreis Groß-Gerau	12.500 €	50,0%
Zweckverband Abfallverwertung Süd Hessen	12.500 €	50,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

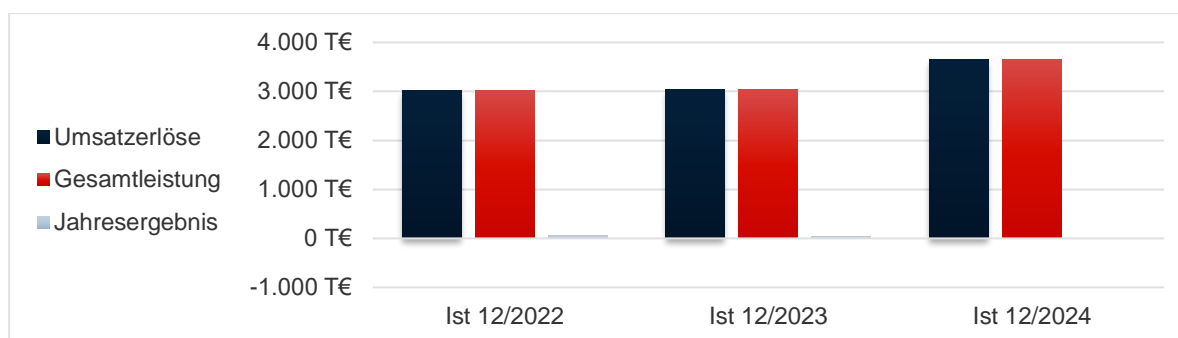
Geschäftsführung

Frau Dr. Julia Klinger	Vorsitz
Herr Jens Tollkühn	Vorsitz



Gesellschafterversammlung

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Riedwerke Kreis Groß-Gerau	Vorsitz
LRat Herr Klaus Peter Schellhaas	Zweckverband Abfallverwertung Südhessen	Mitglied

Gewinn und Verlust

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	3.016	3.037	3.657
Gesamtleistung	3.016	3.037	3.657
Materialaufwand	2.902	2.938	2.897
Personalaufwand	14	17	16
Sonstige betriebliche Aufwendungen	21	29	751
EBIT	78	53	-8
EBT	78	53	-8
Steuern vom Einkommen und Ertrag	24	16	-1
Jahresergebnis	55	37	-6

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Umlaufvermögen	972	634	721
Bilanzsumme	972	634	721
Passiva			
Eigenkapital	340	327	320
Rückstellungen	44	20	11
Verbindlichkeiten	588	287	390
Bilanzsumme	972	634	721



Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	1,8	1,2	-0,2
Materialaufwandsquote (in %)	96,2	96,7	79,2
Personalaufwandsquote (in %)	0,5	0,5	0,4
Eigenkapital (T€)	340	327	320

Bezüge

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gem. § 286 Abs. 4 HGB.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 zahlte der Kreis Groß-Gerau keine Zuschüsse an die RVZ Südhessen GmbH.

Auszug aus dem Lagebericht

Risikobericht und Prognosebericht

Im Jahr 2024 sind die Sperrmüllmengen geringfügig angestiegen. Mit 22.400 Mg wird von einer konstanten Annahmemenge auch für die nächsten Jahre ausgegangen.

Die Menge an rückgelieferten substituierten Gewerbeabfällen zur thermischen Verwertung im MHKW Darmstadt lag unter den angelieferten Sperrmüllmengen. Diese Unterlieferung soll im Jahr 2025 wieder ausgeglichen werden, so dass auch das negative Ergebnis vor Steuern relativiert wird. Das negative Jahresergebnis 2024 wird über den Gewinnvortrag der letzten Jahre ausgeglichen.

Aufgrund der Einführung einer CO₂-Abgabe für die thermische Abfallverwertung zum 01.01.2024 (BEHG-Umlage) wurden sämtliche Verträge und Vereinbarungen der RVZ GmbH (Rücklieferkontingent, Matratzenversorgung, Übernahme Holzige Fraktion sowie die Rahmenvereinbarung) angepasst, so dass die geforderte Lenkungswirkung der Abgabe bei den Verursachern ankommt.

Die Sanierung der im November 2022 abgebrannten Sortierhalle wurde im Spätsommer 2024 abgeschlossen, so dass die Halle im September 2024 wieder in Betrieb genommen werden konnte. Die Halle ist nun auch mit einer automatischen Löscheinrichtung ausgestattet.

Es sind keine Umweltschutzrisiken erkennbar. Darüber hinaus bestehen entsprechende Versicherungen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts

Kreissparkasse Groß-Gerau

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Darmstädter Straße 22
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152713-0
Webseite: www.kskgrossgerau.de



Rechtsform: AdöR

Gründungsdatum: 01.01.1826

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal 100,00% / - / 100,00%

Unternehmenszweck: Öffentlich-rechtliche Sparkasse, mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 1 Abs. 2 der Satzung).

Öffentlicher Zweck: Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben (§ 2 Abs. 1 der Satzung).

Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand (§ 2 Abs. 2 der Satzung).

Die Sparkasse arbeitet mit den Verbundunternehmen der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen (§ 2 Abs. 3 der Satzung).

Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes (§ 2 Abs. 5 der Satzung).

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Kreis Groß-Gerau	100,0%
------------------	--------

Beteiligungen

Technologie-, Innovations- und Gründungszentrum GmbH	12.360 €	12,0%
--	----------	-------

Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Vorstand

Herr Norbert Kleinle	Vorsitz
Herr Heiko Dennert	Stellvertretung Vorsitz

Verwaltungsrat

LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Vorsitz
Herr Karl Norbert Merz	Stellvertretung Vorsitz
Herr Walter Astheimer, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)	Mitglied
Frau Christine Becker	Mitglied
Bgo Herr Günter Buhl	Mitglied
Frau Monika Freitagsmüller (FREIE WÄHLER) (ab 02.05.2024)	Mitglied
Herr Joachim Göpfert (bis 30.08.2024)	Mitglied
Frau Anita Hedderich	Mitglied
Herr Bastian Hengst	Mitglied
Herr Nils Kraft	Mitglied
	Kreistag des Kreises Groß-Gerau
Herr Marco Müller (ab 01.09.2024)	Mitglied
Herr Roger Neu	Mitglied
MdB Herr Stefan Sauer	Mitglied
Herr Thomas Schell	Mitglied
Herr Dr. Andreas Schwarz	Mitglied
Herr Wolfram Winkler	Mitglied
Herr Burkhard Ziegler (bis 17.04.2024)	Mitglied

Gewinn und Verlust

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Zinserträge	77.264	101.615	111.880
Zinsaufwendungen	6.516	18.251	31.082
Zinsergebnis	70.748	83.363	80.798
Laufende Erträge	10.089	7.580	6.820
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	886	806	997
Provisionserträge	26.910	26.439	27.249
Provisionsaufwendungen	2.333	1.778	2.149
Sonstige betriebliche Erträge	3.058	2.203	2.295



Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	55.248	57.050	61.764
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle VGG des AV und Sachanlagen	3.024	2.853	2.630
Sonstige betriebliche Aufwendungen	660	1.175	4.228
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen	48.710	3.894	16.806
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbund. Unt. und wie AV behandelten Wertpapieren	1.325	717	725
Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	34.000	16.700
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.042	20.359	14.606
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.944	15.780	12.059
Sonstige Steuern	185	119	153
Jahresergebnis	913	4.460	2.395

Bilanz

Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Barreserve	54.014	48.305	443.472
Forderungen an Kreditinstitute	382.524	381.046	56.391
Forderungen an Kunden	3.400.609	3.380.335	3.440.707
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	85.363	100.916	105.510
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	348.116	200.722	118.387
Anteile an verbundenen Unternehmen	25	25	25
Treuhandvermögen	21.987	20.278	12.621
Immaterielle Anlagewerte	41	27	10
Bilanzsumme	4.362.007	4.198.930	4.245.217
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	660.726	653.696	560.754
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.173.102	2.982.234	3.109.004
Treuhandverbindlichkeiten	21.987	20.278	12.621
Sonstige Verbindlichkeiten	3.259	3.962	5.476



Rückstellungen	40.162	37.535	40.007
Eigenkapital	150.859	155.319	154.744
Bilanzsumme	4.362.007	4.198.930	4.245.217

Bezüge

Die ausbezahlten Bezüge des Vorstands stellen sich für das Jahr 2024 wie folgt dar:

	erfolgsunabhängige Komponenten TEUR	erfolgsbezogene Komponenten TEUR	Bezüge des Geschäftsjahres TEUR
Herr Norbert Kleinle	530	96	626
Herr Heiko Dennert	431	80	511
Gesamtbezüge des Vorstands			1.137

Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2024 92 TEUR.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 beliefen sich die Finanzerträge von der Kreissparkasse Groß-Gerau auf insgesamt 5 Mio. EUR (2024: 2,5 Mio. EUR; 2023: 0 EUR; 2022: 2,5 Mio. EUR).

Auszug aus dem Lagebericht

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Der Prognosebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Größen sowie auf die weitere Entwicklung der Vermögens- und der Ertragslage der Kreissparkasse Groß-Gerau beziehen. Diese Aussagen basieren auf zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts aktuellen Einschätzungen der Kreissparkasse Groß-Gerau. Sie haben daher nur zu diesem Zeitpunkt Gültigkeit. Die tatsächlichen Ergebnisse können aufgrund von Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die in zukunftsgerichteten Aussagen enthalten sind, wesentlich von den Prognosen abweichen. Die Kreissparkasse Groß-Gerau verfügt im Rahmen des Risikomanagements über geeignete Instrumente und Prozesse, um Abweichungen zu erkennen, zu analysieren und um rechtzeitig steuernd eingreifen zu können.

Zur Vorbereitung einer mittelfristigen Planung hat der Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie aktualisiert und Eckwerte für den Planungsprozess festgelegt. Daraus wird auf Basis unserer Hauszinsmeinung sowie der Erwartung bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung im Geschäftsgebiet die mittelfristige Planung entwickelt. Daneben werden mögliche Einflüsse auf



das Planszenario im Erwartungswert, wie z. B. in Bezug auf die Zinsentwicklung oder Geschäftsstruktur in jeweils einem optimistischen und einem pessimistischen Planabweichungsszenario zusammengefasst. Während im optimistischen Szenario insbesondere von einem stärker steigenden Kundengeschäftsvolumen ausgegangen wird, beinhaltet das pessimistische Szenario Rückgänge sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch im Kundeneinlagengeschäft.

Als adverses Szenario wird zusätzlich im Rahmen der normativen Perspektive ein schwerer konjunktureller Abschwung mit einem Planungshorizont von drei Jahren betrachtet. Das adverse Szenario zeigt Kapitalbelastungen auf, die jedoch nicht zu einer Beeinträchtigung der einzuhaltenden Kapitalquoten führen.

In seinem Jahresausblick für 2025 sieht der SGVHT in den internationalen Rahmenbedingungen wieder zahlreiche Risiken durch geostrategische Konflikte, andauernde Kriege sowie handelspolitische Auseinandersetzungen. Auch in Deutschland sind die politischen Rahmenbedingungen nach der Neuwahl des Bundestages noch nicht klar. Die „Gemeinsame Prognose“ der Chefvolkswirte der Sparkassen geht für die deutsche Volkswirtschaft 2025 nur von einem Wachstum von 0,2 % aus. Das Wachstum stützen dürfte in erster Linie der private Konsum, aber auch vom Staatskonsum wird eine expansive Wirkung erwartet. Dagegen bleiben die Perspektiven bei den Investitionen und im Außenhandel eingetrübt. Zwar scheint im Baubereich der Boden erreicht, bei den Ausrüstungsinvestitionen wird jedoch noch einmal ein Rückgang prognostiziert. Die Zahl der Beschäftigten dürfte weitgehend konstant bleiben. Die Verbraucherpreise werden leicht oberhalb der Zielmarke der EZB erwartet. Für weitere Leitzinssenkungen sehen die Volkswirte nur einen begrenzten Spielraum. Von einer nochmaligen Steigerung der Sparquote ist nicht auszugehen.

Nach dem Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar zum Jahresbeginn 2025 blicken die südhessischen Unternehmen weiterhin kritisch in die Zukunft. Der Erwartungssaldo ist deutlich im roten Bereich. Das wirkt sich auch auf die Investitionsvorhaben und die Personalplanung der Unternehmen aus.

In den kommenden Jahren erwarten wir weiterhin eine Zunahme der von uns verwalteten Kundengelder in bilanzwirksamen Einlagen im Bereich der Festanlagen, insbesondere bei den Sparkassenbriefen, aber auch bei Kündigungsgeldern. Bei den anderen bilanzwirksamen Anlageformen rechnen wir dagegen insgesamt mit leicht rückläufigen Werten. In der Summe wird ein leicht ansteigender Bestand an Kundengelder erwartet. Bei den Wertpapieranlagen der Kunden erwarten wir ebenfalls eine Zunahme. Im Kundenkreditgeschäft gehen wir insgesamt von einer nahezu konstanten Entwicklung aus.

Im Eigengeschäft sieht die mittelfristige Geschäftsstrukturplanung für das Jahr 2025 einen konstanten Bestand der Wertpapiereigenanlagen vor. In Abhängigkeit von der Zins- und Marktentwicklung ist ein Bestandsaufbau der Wertpapiereigenanlagen zulasten der Forderungen an Kreditinstitute möglich. Bei der Wiederanlage fälliger Eigenanlagen werden die Anforderungen aus der LCR delVO berücksichtigt. Mit Blick auf die Finanzlage wird die LCR gemäß der Planung durchgängig über der Mindestquote von 100 % liegen. Die Sparkasse strebt im Rahmen der operativen Steuerung durchgängig eine LCR über der Frühwarnschwelle von 120 % an.

Die Entwicklung des Zinsüberschusses ist maßgeblich von der Zinsstruktur und vom Kundenverhalten abhängig. Nach den deutlichen Zinsanstiegen in 2022 und 2023 und der inversen Zinsstrukturkurve in 2024 gehen wir für 2025 zum Planungszeitpunkt von einer Normalisierung der Zinsstrukturkurve aus. Gegenüber dem Vorjahr wird ein fallender Zinsertrag sowie ein steigender Zinsaufwand erwartet, wodurch der Zinsüberschuss deutlich niedriger erwartet wird.



Im Falle eines Zinsanstieges, insbesondere im kurzfristigen Bereich bei nahezu unveränderten Marktzinsen im langfristigen Laufzeitbereich in Kombination mit der Bilanzentwicklung des pessimistischen Planungsabweichungsszenarios, können sich Risiken ergeben. Chancen werden bei konstanten Zinsen auf dem aktuellen Niveau und deutlich steigendem Kundengeschäftsvolumen gesehen. Auf der Grundlage unterschiedlicher Zinsszenarien sowie verschiedener möglicher künftiger Entwicklungen des Kundengeschäftes erwarten wir für 2025 einen Zinsüberschuss, der sich in einer Spanne von 78,9 Mio. EUR und 85,4 Mio. EUR bewegt.

Nach kontinuierlicher Verbesserung des Provisionsergebnisses in den letzten Jahren erwarten wir für 2025 ein Provisionsergebnis in Höhe von 24,0 Mio. EUR, das rund 1,1 Mio. EUR unterhalb des Ergebnisses im Vorjahr liegt. In der pessimistischen Planungsabweichung wird von einem leichten Rückgang auf 23,6 Mio. EUR und in der positiven Planungsabweichung wird von einer geringfügigen Erhöhung auf 24,8 Mio. EUR ausgegangen.

Beim Personalaufwand wird aufgrund der erwarteten Tarifabschlüsse ein weiterer deutlicher Anstieg im Vergleich zum Jahr 2024 erwartet. Der Sachaufwand für das Jahr 2025 wird auf der Grundlage der allgemeinen Preissteigerungen bei einzelnen Einsparungen leicht steigend erwartet. Insgesamt wird ein Verwaltungsaufwand von 63,8 Mio. EUR erwartet. Im pessimistischen Szenario gehen wir beim Verwaltungsaufwand von zusätzlichen Steigerungen aus (65,8 Mio. EUR). Im günstigsten Fall sind insgesamt niedrigere Personal- und Sachaufwendungen (61,8 Mio. EUR) möglich.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung, ohne Berücksichtigung außerordentlicher Ergebnisbestandteile, wird im Jahr 2025 aufgrund der beschriebenen Entwicklungen mit 41,6 Mio. EUR deutlich niedriger als im Vorjahr erwartet. In der pessimistischen bzw. optimistischen Planungsabweichung ergibt sich ein Betriebsergebnis vor Bewertung von 37,0 Mio. EUR bzw. 48,7 Mio. EUR. Bezogen auf die Durchschnittsbilanzsumme gemäß unserer Planung liegt das Betriebsergebnis vor Bewertung zwischen 0,87 % und 1,13 %.

Im Rahmen unserer Risikostrategie und der deutlich gestiegenen NPL-Quote gilt der Steuerung von Adressenrisiken weiterhin unser besonderes Augenmerk. Der Bewertungsaufwand im Kredit- und Wertpapiergeschäft wird insgesamt mit -12,6 Mio. EUR erwartet. Das Betriebsergebnis nach Bewertung, ohne Veränderung der Vorsorgereserven, wird mit 28,9 Mio. EUR prognostiziert. Für 2025 wird ein Jahresüberschuss von 2,4 Mio. EUR geplant.

Im Rahmen unserer Planungsszenarien erwarten wir für das Jahr 2025 eine Aufwand-Ertrags-Relation zwischen 56,0 % bis 64,0 %, die sich damit im Rahmen unserer strategischen Zielsetzung bewegt. Für das Jahr 2025 wird eine wirtschaftliche Eigenkapitalrentabilität vor Steuern zwischen 3,1 % bis 7,6 % erwartet, die sich im pessimistischen Szenario damit außerhalb unseres strategischen Zielwertes bewegt. Die Gesamtkapitalquote wird gemäß unserer Kapitalplanung mit 18,2 % erwartet und liegt damit über unserer internen strategischen Mindestquote von 14,0 %. Der erwartete Rückgang der Kapitalquote gegenüber dem Jahresende 2024 ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Kapitalunterlegungen aus Basel III zurückzuführen.

Wir gehen davon aus, dass sich die Mitarbeiterkapazitäten (MAK) und die Anzahl der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter moderat reduzieren werden. Gründe dafür liegen vor allem in der zunehmenden Standardisierung, Automatisierung und Digitalisierung von Arbeitsprozessen und -abläufen in der Sparkasse.

Die Sparkasse befindet sich weiterhin in einem Umfeld mit besonderen Herausforderungen. Das veränderte Zinsniveau führt zu einer zunehmenden Nachfrage nach höher verzinsten Produkten und zu einem weiter steigenden Wettbewerb. Gleichzeitig führt die gesamtwirtschaftli-

che Entwicklung und die Zunahme politischer Unsicherheiten zu höheren Planungsunsicherheiten bei unseren Kunden, die sich in einer deutlichen Investitionszurückhaltung niederschlägt.

Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir von einem guten operativen Ergebnis und weiter steigenden Kapitalbestandteilen aus. Mit unserem Geschäftsmodell ist die Sparkasse insgesamt gut aufgestellt, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen, die Risiken zu tragen und die satzungsgemäßen Aufgaben dauerhaft erfüllen zu können.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Kommunales Jobcenter Kreis Groß-Gerau

Rechtliche Verhältnisse

Firmensitz:

Wilhelm-Seipp-Straße 9
64521 Groß-Gerau
Tel.: 061526384-222
Webseite: www.jobcenter-gg.de



Rechtsform: AdöR

Gründungsdatum: 01.01.2012

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal 100,00% / - / 100,00%

Unternehmenszweck:

1. Die Anstalt nimmt alle Aufgaben und Zuständigkeiten der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ und der kommunalen Leistungen nach dem SGB II wahr. Dies schließt die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben ein. Insoweit erlässt die Anstalt auch Verwaltungsakte.

2. Insbesondere obliegen der Anstalt folgende Aufgaben:

a. Bewilligung von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II Beantragung, Organisation, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen, die der Beschäftigungsförderung, der sozialen Betreuung, der Aus- und Weiterbildung sowie der Eingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt dienen.

Durchführung von Widerspruchs- und Gerichtsverfahren im Aufgabenbereich der Anstalt, einschließlich aller zum Zeitpunkt 31.12.2011 nicht beendeter Verfahren.

b. Bearbeitung von zum Zeitpunkt 31. Dezember 2011 nicht abschließend erledigten Forderungsfällen sowie Bedienung entsprechender Verbindlichkeiten im Aufgabenbereich der Anstalt.

c. Die Aufgaben der Vollstreckungsbehörde nach § 2f des Hessischen OFFENSIV – Gesetzes werden vom Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau wahrgenommen. Dessen Kreiskasse vollstreckt Verwaltungsakte, mit denen eine Geldleistung an die Anstalt gefordert wird.

Öffentlicher Zweck: Das Unternehmen erfüllt einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Geschäfte werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter

Kreis Groß-Gerau	100,0%
------------------	--------

Beteiligungen

AVM gGmbH	1.000 €	2,0%
-----------	---------	------



Organe der Beteiligung

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Vorstand

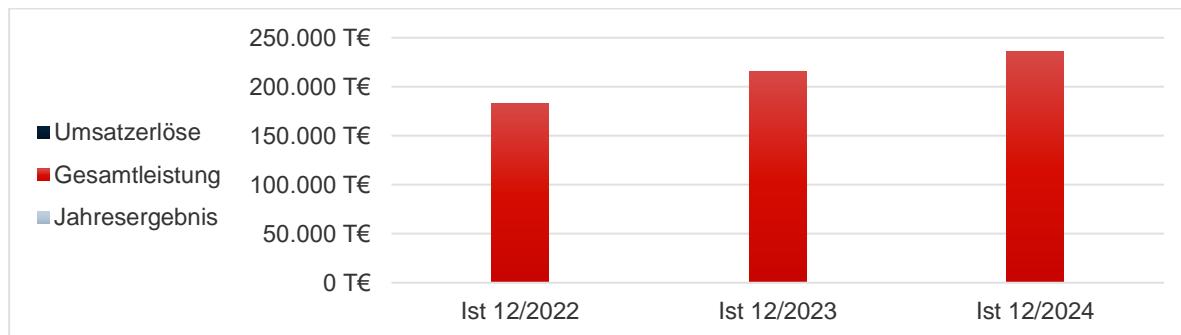
Herr Robert Hoffmann Vorsitz

Verwaltungsrat

Herr Adil Oyan, Erster Kreisbeigeordneter (GRÜNE)	Vorsitz
LRat Herr Thomas Will, Landrat (SPD)	Stellvertretung Vorsitz
Frau Laura Altmayer (SPD)	Mitglied
KTM Herr Marcel Baymus	Mitglied
KBgo Herr Heinz-Peter Becker	Mitglied
Herr Andreas Rotzinger	Mitglied
Frau Maria Schmitz-Henkes (GRÜNE)	Mitglied
Frau Maria Schmitz-Henkes (GRÜNE) (ab 15.02.2024)	Mitglied
KTM Frau Kirsten Schork	Mitglied

Kreistag des Kreises
Groß-Gerau

Gewinn und Verlust



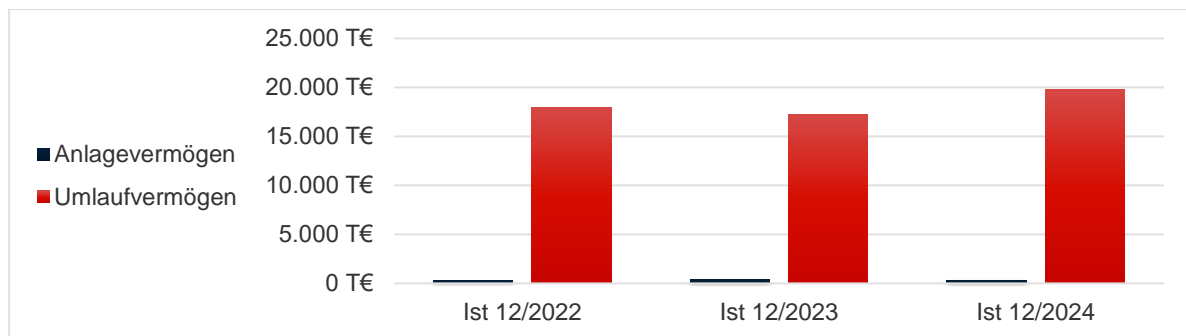
Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzerlöse	98	104	100
Sonstige betriebliche Erträge	157.760	187.376	204.488
Gesamtleistung	183.437	215.553	235.669
Materialaufwand	4.892	5.114	5.507
Personalaufwand	21.822	24.194	26.665
Sonstige betriebliche Aufwendungen	155.644	184.468	201.861
Abschreibungen	1.118	1.908	1.705
EBIT	-39	-132	-69



Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39	132	126
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	56
EBT	0	0	0
Jahresergebnis	0	0	0

Bilanz



Alle Angaben in T€

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Aktiva			
Anlagevermögen	274	346	344
Immaterielle Vermögensgegenstände	35	32	25
Sachanlagen	98	158	148
Finanzanlagen	141	156	172
Umlaufvermögen	17.926	17.203	19.787
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.229	14.968	14.758
Kasse, Bankguthaben, Schecks	3.697	2.236	5.029
Rechnungsabgrenzungsposten	9.216	10.913	11.141
Bilanzsumme	27.416	28.462	31.272
Passiva			
Rückstellungen	7.187	7.443	8.054
Verbindlichkeiten	7.597	7.639	8.243
Rechnungsabgrenzungsposten	12.632	13.379	14.974
Bilanzsumme	27.416	28.462	31.272

Finanzkennzahlen

	Ist 12/2022	Ist 12/2023	Ist 12/2024
Umsatzrentabilität (in %)	0,0	0,0	0,0
Materialaufwandsquote (in %)	2,7	2,4	2,3
Personalaufwandsquote (in %)	11,9	11,2	11,3
Finanzergebnis (T€)	39	132	69



Bezüge

Die Bezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr ca. 116 T€ brutto.

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Auswirkungen auf den Kreishaushalt Jobcenter

Für die Geschäftsjahre 2022-2024 beliefen sich die Aufwendungen (Kreisanteil Verwaltungskosten) für das Kommunale Jobcenter auf insgesamt rund 14,36 Mio. EUR (2024: 5,34 Mio. EUR; 2023: 4,87 Mio. EUR; 2022: 4,15 Mio. EUR).

Für die Folgejahre 2025-2027 sind folgende Zuschüsse geplant (lt. Haushaltsplan 2025/2026):

2025	2026	2027	Gesamt
5,75 Mio. EUR	5,79 Mio. EUR	5,79 Mio. EUR	17,33 Mio. EUR

Auszug aus dem Lagebericht

Rechenschafts- und Lagebericht

Das Kommunale Jobcenter Kreis Groß-Gerau finanziert sich aus Zuweisungen des Bundes und aus Zuweisungen des Kreises Groß-Gerau. Es erfolgen regelmäßig monatliche bedarfsdeckende Mittelabrufe und entsprechende Mittelabrechnungen.

Verwaltungsbudget

Das Verwaltungsbudget, welches sämtliche Personal- und Sachaufwendungen beinhaltet, wird zu 84,8% vom Bund und zu 15,2% vom Kreis Groß-Gerau finanziert. Der Gesamtansatz 2024 betrug 31.786.400 €. Demgegenüber stehen tatsächliche ordentliche Aufwendungen in Höhe von 31.542.273,84 €, sodass sich insgesamt Einsparungen in Höhe von 244.126,16 € ergeben. Die Finanzmittelausstattung des Bundes zu den Verwaltungskosten war aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen sowie dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, ohne gleichzeitige Erhöhung der Pauschalen zu den Sach- und Personalkosten, nicht auskömmlich. Es mussten 5.526.000 € Bundesmittel aus dem Eingliederungsbudget umgeschichtet werden. Es entstanden keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen. Die Bundes- und Kreis-mittel wurden entsprechend der rechtlichen Vorgaben anhand der tatsächlichen Aufwendungen und Auszahlungen abgerufen.

Kosten der Unterkunft

Die Kosten der Unterkunft, Mietkautionen, Mietschulden werden zu 100% durch den Kreis Groß-Gerau getragen. Dem Planansatz 2024 in Höhe von 88.060.000 € stehen 84.106.981,56 € tatsächliche Aufwendungen und die damit verbundenen Mittelabrufe entgegen. Es ergeben sich Mindererträge und Minderaufwendungen in Höhe von 3.953.018,44 €, trotz des stetigen Anstiegs um 185 Bedarfsgemeinschaften innerhalb des Jahres 2024. Es gab keine rechtlichen Änderungen mit großen finanziellen Auswirkungen. Bei den Rückzahlungen und Erstattungen ergab sich eine Verringerung von 344.244,08 € aufgrund der schlechten finanziellen Lage der Schuldner. Die Rückzahlung an den Kreis verringerte sich entsprechend.

Einmalige Beihilfen

Die einmaligen Beihilfen werden ebenfalls zu 100% durch den Kreis Groß-Gerau getragen. Dem Planansatz 2024 in Höhe von 1.035.000,00 € stehen tatsächliche Aufwendungen in Höhe von 751.730,08 € gegenüber. Einmalige Beihilfen werden aufgrund gesonderter Anträge der Hilfebedürftigen gewährt.

Bildung und Teilhabe

Auch das Bildungs- und Teilhabepaket wird zu 100% durch den Kreis Groß-Gerau finanziert. Entgegen der in 2024 geplanten 1.840.000,00 € wurden hier 1.925.677,40 € verausgabt und es ergaben sich Mehraufwendungen in Höhe von 85.677,40 €.

Bürgergeld

Das Bürgergeld wird zu 100% vom Bund finanziert. Dem Planansatz 2024 in Höhe von 101.500.000 € stehen 107.907.032,58 € Aufwendungen entgegen, sodass Mehrerträge und Mehraufwendungen in Höhe von 6.407.032,58 € entstanden. Zu diesen Erhöhungen führten der stetige Anstieg um 185 Bedarfsgemeinschaften innerhalb des Jahres 2024. Dieses Budget wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales festgesetzt. Im Gegensatz zu den mit dem Kreis Groß-Gerau abgerechneten Budgets erfolgt hier eine Abrechnung mit dem Bund nach dem Nettoprinzip.

Eingliederungsbudget

Die Eingliederungsleistungen werden zu 100% durch den Bund getragen. Der Planansatz 2024 betrug insgesamt 7.742.200 € aufgrund der Vorgaben der Eingliederungsmittelverordnung 2024. Tatsächlich betrug die Bundeszuweisung inklusive der Haushaltsreste aus Vorjahren 13.579.324,00 € und es erfolgte eine Umschichtung in Höhe von 5.526.000,00 € in das Verwaltungsbudget, sodass 8.053.324 € an Bundesmitteln zur Verfügung standen. Die Aufwendungen in Höhe von 6.689.354,07 € waren somit gedeckt, es kam sogar zu Einsparungen. Die Auslastung insgesamt beträgt 83%. Das Teilhabechancengesetz sieht vor, durch den Passiv-Aktiv-Transfer Teilbeträge der Eingliederungszuschüsse über ein Sonderbudget des Bundes zu finanzieren. Diese Möglichkeit wurde in 2024 in 39 Fällen genutzt. Aus dem Sonderbudget wurden hier 214.989,99 € abgerufen.

Bundesprogramm rehapro

Im Budget des Bundesprogramms rehapro wird für das Jahr 2024 eine Gesamtauslastung von 114,35% erzielt (hierbei ist die Mittelaufstockung mitberücksichtigt). Im Jahr 2024 fand der erste von insgesamt drei geplanten Fachtagen in Groß-Gerau statt, der ein voller Erfolg war. Hierfür musste das ursprünglich geplante Budget für die Öffentlichkeitsarbeit um 37,57 Prozent überschritten werden. Die geplanten Honorare der Ärztin wurden nur zu 75,46% ausgeschöpft, da einige Teilnehmende die Zielgruppenzugehörigkeit von ihren Hausärzten bestätigt bekommen haben, aber auch Termine leer blieben, da die Zuverlässigkeit der Zielgruppe ein schwieriges Thema ist und somit geplante Untersuchungstermine nicht stattgefunden haben. Im Allgemeinen lief die Arbeit über das Jahr sehr zielgerichtet und nach dem geplanten Konzept. Das Team entwickelte sich stets weiter und konnte sich fortbilden. Es wurden Formate wie Gruppenangebote erprobt und ausgebaut. Ein großer Faktor über das gesamte Jahr 2024 war die Werbung im Haus bezüglich der Zusteuerung neuer Teilnehmenden. Die geplanten konzeptionellen Meilensteine wurden für das Jahr 2024 alle erreicht, der Verlauf im Jahr 2024 war sehr zufriedenstellend. Bei den Transferleistungen im Budget des Bundesprogramms rehapro wurde für das Jahr 2024 eine Auslastung von insgesamt 108,09 % erzielt. Hierfür mussten Mittel aus anderen Bereichen verschoben werden um die erhöhten Ausgaben zu decken. Die erhöhten Ausgaben bei der wissenschaftlichen Begleitung (127,19%) sind schon in den Jahren



2021/2022 dadurch entstanden, dass die Zusammenarbeit später als ursprünglich geplant angefallen ist. Geplant war der Beginn im Jahr 2021, gestartet ist die Zusammenarbeit im Jahr 2022. Diese Verzögerung führte dazu, dass im Jahr 2022 nicht alle geplanten Dienstleistungen und damit verbunden auch nicht das dafür vorgesehene Budget von 92.508,00 € abgerufen wurde, sondern nur 61.300,00 €. Im Jahr 2024 konnten nun alle noch „fehlenden“ Leistungen in diesem Bereich abgerufen werden. Dafür mussten Mittel unter Beachtung der finanztechnischen Vorgaben und nach Rücksprache mit der Fachstelle umgewidmet werden. Bei der innovativen Maßnahme VIT im Alltag ist es auch im Jahr 2024 wieder gelungen, eine durchweg stabile Auslastung (97,10%) zu erreichen, die durch eine gute Zeit- und Ressourcenplanung sichergestellt werden konnte. Bezüglich der Personalkosten gibt es eine erhebliche Unterdeckung der Personalkosten für die Jahre 2024 bis 2026. Dies kommt zum einen durch die Tarifierhöhung im Jahr 2023, aber auch daher, dass das eingesetzte Personal überwiegend in höheren Stufen der jeweiligen Entgeltgruppen eingruppiert ist, als dies im Zuwendungsbescheid bewilligt und berücksichtigt wurde. Im Jahr 2023 konnte diese Unterdeckung durch eine Verschiebung der übrigen Transferleistungen, der übrigen Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, sowie den übrigen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und dem Zuschuss der Inflationsausgleichsprämie abgedeckt werden, ohne dass hierfür ein gesonderter Antrag gestellt werden musste. Im Jahr 2024 war dies nicht mehr möglich, so dass ein Aufstockungsantrag für die Personalkosten der Jahre 2024 bis 2026 gestellt und bewilligt wurde. Insgesamt wurde für die Jahre 2024 bis 2026 eine Aufstockung der Personalkosten in einer Gesamthöhe von 571.336,47 € bewilligt. Dies bedeutet für das Jahr 2024 eine Summe von 193.557,93 €. Somit waren alle notwendigen Personalausgaben gedeckt. Trotz Kündigung konnten alle Stellen durchgängig und nahtlos über das gesamte Jahr 2024 besetzt werden.

Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget

Im Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget erfolgten Aufwendungen in Höhe von 1.669.707,23 . 182.177,45 € aus dem AQB19 wurden an das Land Hessen zurücküberwiesen. Die nicht verausgabten Landesmittel aus AQB20 bis AQB24 in Höhe von 614.476,48 € wurden in das Folgejahr übertragen und stehen dort zur Verfügung.

Stand der Firmendaten: 31.12.2024

Anhang

Anlage 1 Begriffserläuterungen

Abschreibungen	<p>Abschreibungen erfassen die Wertminderungen der Anlagegüter, die durch Nutzung, technischen Fortschritt, wirtschaftliche Entwertung oder durch außergewöhnliche Ereignisse verursacht werden. In der Jahreserfolgsrechnung stellen die Abschreibungen Aufwand dar; sie vermindern somit den steuerpflichtigen Gewinn und damit auch zugleich die gewinnabhängigen Steuern: Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer. Für die Bewertung der Anlagegüter ist zu unterscheiden zwischen</p> <ul style="list-style-type: none">• abnutzbaren und nicht abnutzbaren Anlagegütern sowie• planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibung.
Aktiva	<p>Die Aktivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Anlage bzw. über die Verwendung des Kapitals (Anlagevermögen und Umlaufvermögen). Sie zeigt also die Mittelverwendung oder Investierung. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.</p>
Anlagevermögen	<p>Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert über EUR 410 netto und Gegenstände in Sachgesamtheiten (Zusammenfassung mehrerer selbständig nicht nutzungsfähiger Gegenstände, z.B. Schreibtischkombinationen), die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Das Anlagevermögen ist neben dem Umlaufvermögen Teil der Bilanz eines Unternehmens; es steht auf der Aktivseite und umfasst Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen).</p>
Aufwendungen	<p>Jeden Werteverzehr eines Unternehmens an Gütern, Diensten und Abgaben bezeichnet man als Aufwand. Aufwendungen vermindern das Eigenkapital.</p>
Betriebsergebnis	<p>Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen (z.B. Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen, Mieten u.a.) = Kosten und der betrieblichen Erträge (z.B. Umsatzerlöse, Eigenleistungen u.a.) = Leistungen ergibt das Ergebnis der eigentlichen betrieblichen Tätigkeit = Betriebsergebnis.</p>
Bilanz	<p>Aufstellung der Herkunft und Verwendung des Kapitals zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres) in Kontenform. Sie enthält auf der linken Seite die Vermögensgegenstände (Aktiva), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Passiva) als Ausgleich (Saldo). Beide Seiten der Bilanz (ital. Bilancia = Waage) weisen daher die gleichen Summen aus.</p>

- Bilanzgewinn/-verlust** Wird das **Jahresergebnis** um einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Entnahmen aus den Gewinnrücklagen erhöht oder um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Einstellungen in die Gewinnrücklagen vermindert, so erhält man den Bilanzgewinn bzw. -verlust (nur bei Kapitalgesellschaften).
- Eigenkapital** Kapital, welches einem Unternehmen von seinen Eigentümern ohne zeitliche Begrenzung und ohne festen Verzinsungsanspruch zur Verfügung gestellt wird. Das Eigenkapital steht auf der Passivseite, gliedert sich in das **Gezeichnetes Kapital**, je nach Rechtsform als Grund-, Nenn- oder **Stammkapital** bezeichnet, und die **Rücklagen** sowie den **Gewinnvortrag** und den Jahresüberschuss. Soweit die Rücklagen durch Einbehaltung von Gewinnen entstanden sind, werden sie als **Gewinnrücklagen** bezeichnet. Die **Kapitalrücklagen** wurden durch Kapitalerhöhungen oder einen Aufschlag auf das eingezahlte Stammkapital gebildet.
- Erträge** Alle Wertzuflüsse in ein Unternehmen, die das **Eigenkapital** erhöhen. Hauptertrag sind die Umsatzerlöse, die nicht nur die Selbstkosten decken sollen, sondern auch einen angemessenen Gewinn erbringen.
- Fremdkapital** Ein Teil der **Bilanz**, der auf der Seite der **Passiva** aufgeführt wird und die Mittel darstellt, mit denen das Unternehmensvermögen finanziert wurde. Es bezeichnet also die Verbindlichkeiten (Schulden) des Unternehmens, insbesondere Kredite und **Rückstellungen** für zukünftige Verpflichtungen.
- Gesellschafterversammlung** Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
- Gewinn- und Verlustrechnung** Periodische Erfolgsrechnung durch Gegenüberstellung der **Erträge** und **Aufwendungen** eines bestimmten Abrechnungszeitraums. Sie ist Bestandteil des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und muss zum Ende des Wirtschaftsjahres erstellt werden. Der ausgewiesene Periodenerfolg, der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag (**Jahresergebnis**), ist Ausgangsgröße der Gewinnverwendungsrechnung.
- Gewinnrücklage** Wird aus dem bereits versteuerten Jahresgewinn durch Einbehaltung bzw. Nichtausschüttung von Gewinnanteilen gebildet. Man unterscheidet vor allem zwischen gesetzlichen, satzungsmäßigen und anderen (freien) Gewinnrücklagen.
- Gewinnvortrag** Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe **Verlustvortrag/-rücktrag**).

Gezeichnetes Kapital	Ist das im Handelsregister eingetragene Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter beschränkt ist. Es ist Bestandteil des Eigenkapitals . Bei der GmbH stellt das Stammkapital, bei der AG das Grundkapital das „Gezeichnete Kapital“ dar. Es ist stets zum Nennwert auszuweisen. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am „Gezeichneten Kapital“ bestimmt sich die Beteiligungsquote.
Investitionen	In der Regel nur Geldverwendungen für den Erwerb von Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw.). Für die betriebswirtschaftliche Planung und Steuerung der Investitionstätigkeit ist jedoch eine weiter gefasste Definition zweckmäßig: Investition ist der zukunftsorientierte Einsatz finanzieller Mittel für Güter, die zur Erfüllung bestimmter Ziele längerfristig genutzt werden sollen. Kurz: Investition ist die zielgerichtete Bindung von Kapital. Man unterscheidet zw. Sach-, immateriellen und Finanzinvestitionen.
Jahresergebnis	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen , steht am Ende der Gewinnermittlung (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag).
Kapitalrücklage	Sie kommt in der Bilanz auf der Passivseite vor und gehört zum Eigenkapital . Die Kapitalrücklage ist die von Kapitalgesellschaften zu bildende Rücklagen . Als Kapitalrücklage auszuweisen sind: <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinaus erzielt wird. 2. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen zum Erwerb von Anteilen erzielt wird. 3. Der Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten. 4. Der Betrag von anderen Zuzahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.
Liquidität	Ist die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens, die sich aus dem Verhältnis der liquiden Mittel zu den fälligen Verbindlichkeiten ermitteln lässt. Es ist zu prüfen, ob die liquiden Mittel ausreichen, das kurzfristig fällige Fremdkapital zu decken. Zahlungsunfähigkeit (Illiquidität) führt meist zum Konkurs.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz ist die Aufteilung des Vermögens in Eigenkapital und Fremdkapital dargestellt. Sie gibt also Auskunft über die Mittelherkunft des Unternehmens. Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktiva) bzw. Einnahmen (Passiva) vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (Aktive bzw. Passive Rechnungsabgrenzung). Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitraumrichtigen Abgrenzung der Aufwendungen und Erträge , damit das Gesamtergebnis periodengerecht zum Jahresabschluss ermittelt werden kann.

werden. Rücklagen sind einbehaltene Gewinne oder zusätzliches **Eigenkapital** aus einem Agio (der Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinausgeht).

Rückstellungen

Sind Bilanzpositionen auf der Passivseite. Sie haben den Charakter von ungewissen Verbindlichkeiten, da ihre Höhe und Fälligkeit ungewiss ist. Man unterscheidet in Pensions-Rückstellungen, andere Rückstellungen (z.B. für Prozesskosten, Garantieleistungen, Steuern) und Aufwandsrückstellungen (z.B. für Großreparaturen, Werbekampagnen, künftige Preissteigerungen).

Stammkapital

Als Stammkapital bezeichnet man die bei Gründung einer Kapitalgesellschaft von den Gesellschaftern zu erbringende Einlage (**Gezeichnetes Kapital**). Bei GmbHs in Deutschland muss das Stammkapital nach § 5 Abs. 1 GmbHG mindestens 25.000,00 EUR betragen. Bei mehreren Gesellschaftern muss jeder mindestens ein Viertel seiner Stammeinlage erbringen, wobei die Summe dieser Einlagen mindestens die Hälfte des gesamten Stammkapitals ergeben muss (vgl. § 7 Abs. 2 GmbHG).

Umlaufvermögen

Bezeichnet Werte eines Unternehmens, die einer ständigen Änderung durch Zu- und Abgänge unterliegen. Zum Umlaufvermögen zählen unter anderem Warenbestände, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel. Es steht in der **Bilanz** auf der Aktivseite.

Umsatz

Erlöse für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und in Rechnung gestellt werden. Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto (auch wenn getrennt in Rechnung gestellt) und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

Verlustvortrag/-rücktrag

Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.



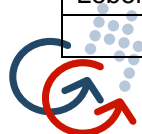
Anlage 2 Kennzahlen

Umsatzrentabilität	Jahresergebnis / Nettoumsatz
Materialaufwandsquote	Materialaufwand / Gesamtleistung
Personalaufwandsquote	Personalaufwand / Gesamtleistung
Finanzergebnis	Erträge aus Beteiligungen, Ergebnisabführung, Wertpapieren, Ausleihungen, Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge - Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV - Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Eigenkapital	Eigenkapital
Anlagendeckung I	wirtschaftl. Eigenkapital / Anlagevermögen



Anlage 3 Mitgliedschaften und sonst. Vereinigungen

Bezeichnung der Vereinigung	Zuwendungen/Beiträge
0/1 Steuerung	
Rat der Gemeinden und Regionen Europas	1.296,00 EUR
Fritz-Bauer-Stiftung e. V., Frankfurt	500,00 EUR
Friedrich-Ebert-Stiftung	500,00 EUR
Friedrich-Naumann-Stiftung	500,00 EUR
Heinrich-Boell-Stiftung e.V.	500,00 EUR
Konrad-Adenauer-Stiftung	500,00 EUR
Rosa-Luxemburg-Stiftung	500,00 EUR
Freiherr-vom-Stein-Institut	150,00 EUR
Europabüro FrankfurtRheinMain	4.000,00 EUR
Hessischer Museumsverband Kassel	255,00 EUR
Förderverein Jüdische Geschichte Riedstadt	1.500,00 EUR
Kultursommer Südhessen e. V. Darmstadt	8.509,24 EUR
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	75,00 EUR
Deutsche Olympische Gesellschaft	102,26 EUR
Kulturregion Frankfurt RheinMain GmbH	17.877,36 EUR
Betriebssport-Verband Hessen	465,50 EUR
BüchnerFindetStatt e.V.	500,00 EUR
Partnerschaftsverein Kreis Groß-Gerau	400,00 EUR
I/1 Personal und Recht	
Mitgliedsbetrag Hessischer + Deutscher Landkreistag	183.623,00 EUR
KGSt Köln	7.266,87 EUR
Kommunaler Arbeitgeberverband Hessen e.V.	11.738,50 EUR
I/3 Finanzmanagement	
Fachverband der Kommunalkassenverwalter	80,00 EUR
Bundesverband öffentlicher Zinssteuerung e.V.	100,00 EUR
I/2 Zentrale Dienste	
Verband hessischer Kommunalarchivarinnen und -archivare e.V.	10,00 EUR
I/4 Revision und Kommunalaufsicht	
Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V.	150,00 EUR
Offener Katalog Kommunaler Softwareanforderungen e.V.	50,00 EUR
II/1 Gebäudemanagement	
Astheim-Erfelder-Entwässerungsverband	48,58 EUR
Förderverein Hofgut Guntershausen e.V.	50,00 EUR
II/2 Soziale Sicherung	
Verein für Sozialplanung VSOP.e.V.	120,00 EUR
Sozialpsychiatrischer Verein Kreis Groß-Gerau e.V.	36,00 EUR
Lebenshilfe Kreisvereinigung Groß-Gerau e.V.	255,65 EUR



II/3 Jugend und Familie	
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	4.002,00 EUR
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	1.205,32 EUR
Weißer Ring e.V.	255,65 EUR
Bundesverband der Familienzentren e.V.	150,00 EUR
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.	315,00 EUR
II/5 Bildung und Schule	
Friedrich-Bödecker-Kreis e.V.	150,00 EUR
Literarische Gesellschaft	40,00 EUR
Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung	400,00 EUR
Grundschulverband e.V.	189,00 EUR
Ganztagsschulverband e. V.	260,00 EUR
Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule - Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.	360,00 EUR
Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.	30,00 EUR
Generationshilfe Groß-Gerau e.V.	10,00 EUR
Generationenhilfe Büttelborn e.V.	300,00 EUR
DJH Hauptverband e.V.	575,00 EUR
LAG Schulbibliotheken e.V.	25,00 EUR
III/4 Gesundheit	
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE)	520,00 EUR
Bundesarbeitsgemeinschaft der Gemeindepsychiatrischen Verbände	300,00 EUR
IV/1 Regionalentwicklung, Wirtschaft und Umwelt	
Öko Institut Freiburg	520,00 EUR
UNESCO-Geopark Bergstraße/Odenwald Naturpark Bergstraße-Odenwald e.V.	40.791,90 EUR
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser u. Abfall e. V. (DWA)	498,00 EUR
Wasser-, Boden- und Landschaftspflegeverband Hessen	155,00 EUR
Kommunale Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage e. V.	53.343,00 EUR
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	24.766,17 EUR
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	100.000,00 EUR
Wasserverband Hessisches Ried	31.956,09 EUR
Rhein.Main.Fair	1.250,00 EUR
Bundesvereinigung gegen Fluglärm Rhein-Main e.V.	800,00 EUR
KAG Zukunft Rhein-Main	3.900 EUR
Fluglärmenschutzverein Rhein-Main e.V.	2.000,00 EUR
Klima-Bündnis e.V.	936,30 EUR
Landschaftspflegeverband Kreis Groß-Gerau e.V.	14.208,70 EUR
Institut für Kommunale Geoinformationssysteme e.V.	7.600,00 EUR

Anlage 4 Übersicht der Wirtschaftsprüfer

Dornbach GmbH:

Projektmanagement Schulsanierung Kreis Groß-Gerau (PMS)

P&P Treuhand GmbH:

Kreisvolkshochschule Groß-Gerau

PKF Fasselt:

AVM gGmbH

AWS Abfall-Wirtschafts-Service GmbH

AWS Abfall-Wirtschaftszentrum Südhessen GmbH

Lokale Nahverkehrsgesellschaft mbH

Riedwerke Kreis Groß-Gerau

Riedwerke Versorgungs GmbH

Technologie-, Innovations- und Gründungszentrum GmbH

VerkehrService GmbH Groß-Gerau

Rohstoff- und Verwertungs-Zentrum Südhessen GmbH

pwc PricewaterhouseCoopers GmbH:

Energie Technik Rhein-Main GmbH

ÜWG Stromnetze GmbH & Co. KG

ÜWG Stromnetze Verwaltungs GmbH

Rödl & Partner GmbH:

Hessenwasser GmbH & Co. KG

Hessenwasser Verwaltungs-GmbH

MerzArnoldWüpper

Eigenbetrieb Rettungsdienst

WP Koehler GmbH

SAVAG Südhessische Abfall-Verwertungs-GmbH